

Zeitschrift für  
Sozialistische Politik und Wirtschaft

**spw-44**



**FrauenFragen**

11. Jahrgang / — Dezember 1988

9,50 DM

**Herausgeber/Herausgeberinnen:** Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Jürgen Egert (Berlin-West), Katrin Fuchs (Verl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairlindach), Olaf Scholz (Hamburg), Kurt Wand (Hamburg), Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

**Ständige Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen:** Burchard Bösche (Frankfurt/M.), Arno Brandt (Hannover), Hillevi Burmester (Berlin-West), Peter Ellinghausen (Berlin-West), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

**Redaktion:** Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Sigurd von Ingersleben, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Hans Willi Weizen, Andreas Westphal

**Sekretariat:** Christina Hausberg

**Werbung:** Christian Hossbach

**Redaktion und Auslieferung:** Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61, Telefon (030) 694 49 42

**Verlag:** spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61  
Geschäftsführer: Michael Karnatz, Andreas Wehr, Andreas Westphal

ISSN 0170-4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1988.  
Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Druck: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.  
Umschlag: Jürgen Holtfreter. — Auflage 1.-3. Tausend Dezember 1988.

Die spw erscheint 1988 in 6 Hefen mit einem Jahresumfang von 576 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,50 DM, in der Republik Österreich 70,- ÖS, in der Schweiz 9,- sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,50 DM zuzüglich Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 8,- DM (60,- ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift, einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 13 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 83 00 (BLZ 100 101 11)  
Postgiroamt Berlin-West 109 974 — 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält einen Prospekt des spw-Verlags sowie des Argument-Verlags, Berlin/West.

Editorial/Verlagsmitteilungen	483
Bonner Tagebuch	485
Frank Heidenreich	
<b>Jenninger und die Normalität des bürgerlichen Denkens im nachfaschistischen Deutschland</b>	489

### **Sozialdemokratie**

Michael Sachs	
<b>»Ja, in St. Pauli, Hamburg-Altona«</b>	491
Gerd Oelsner	
<b>SPD-Parteitag in Münster: Aufwertung der Betriebsarbeit</b>	493

### **Linke Geschichte**

Susanne Miller	
<b>Sozialdemokratie und die deutsche Revolution 1918/19</b>	497
Detlev Albers und Uli Schöler	
<b>Glasnost, Perestrojka und Neue Ökonomische Politik</b>	
Das Bucharin-Symposium in Wuppertal	503
Valerij Pisigin	
<b>Warum brauchen wir die politische Rehabilitierung Bucharins?</b>	509

### **Gewerkschaften**

Klaus Peter Kisker und Andreas Wehr	
<b>Die IG Metall in der Offensive</b>	
Internationaler Zukunftskongreß der IG Metall in Frankfurt/M.	514

### **Frauenfragen**

Mechtild Jansen	
<b>Assoziationen zur Lage der Frauenbewegung</b>	522
Elisabeth Kiderlin	
<b>Der neue Streit um den Paragraphen 218</b>	526
Ingrid Langer	
<b>Familien- und Frauenpolitik heute</b>	533
Katharina Gröning	
<b>Bienenköniginnen-Syndrom und Frauenpower</b>	
Zur Arbeit kommunaler Gleichstellungsstellen	545

## IWF / Weltbank-Tagung

Raul Rojas	
<b>Im Jahre Sechs der Schuldenkrise</b>	555

## Reaktionen

Hans-Ulrich Ronnger	
<b>Populäre Themen »wissenschaftlich« aufbereitet</b>	560

## Besprechungen

<i>Fiedler, Angela, und Ulla Regenhard: Das Arbeitseinkommen der Frauen. Analysen zur Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt (S.v.Ingersleben)</i>	561
<i>Gehrke, Claudia (Hrsg.): Frauen und Pornografie (A.Wehr)</i>	563
<i>Michalski, Bettina: § 218. Die Reformruine (I.Neumann)</i>	566
Über die Autorinnen und Autoren	568
Jahresinhaltsverzeichnis 1988	569

## Editorial

Im letzten Jahr wurde von der Zeitschrift EMMA die PorNo-Kampagne eröffnet, um eine ermattete und zersplitterte Frauenbewegung unter einer zentralen Fragestellung zu sammeln und zu stärken. Die seitdem noch lange nicht beendete Diskussion hat jedoch die Differenzen innerhalb der Frauenbewegung eher noch verdeutlicht und zugespitzt als zur Vereinheitlichung beigetragen. Längst hat sich die Frauenbewegung in vielfältige Positionen ausdifferenziert, die jede für sich in den unterschiedlichsten Bereichen Auseinandersetzungen führen und auch Teilerfolge erringen, eine verbindende politische Strategie ist hingegen nur schwer zu erkennen. Aus der Frauenfrage sind Frauenfragen geworden.

*Mechtild Jansen* stellt in ihrem Aufsatz diese Heterogenität heraus und erwartet für die nächsten Jahre erst einmal eine Phase der Sammlung und Bündelung der verschiedenen frauenpolitischen Aktionen und Interessen. — Die Aufsplitterung der Frauenbewegung ist nicht zuletzt auch Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre und der Politik der konservativliberalen Koalition, die, wie *Ingrid Langer* an Hand deren Gesetzesinitiativen nachweist, darauf zielt, ein konservatives Frauenbild zu verfestigen oder zu erneuern. — Ein wichtiger Kristallisationspunkt frauenpolitischer Aktionen war von jeher die Auseinandersetzung um den Abtreibungsparagraphen 218. *Elisabeth Kiderlin* beschreibt, wie die Frauenbewegung in diesem Feld in die Defensive geraten ist und wie neue Fragestellungen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Reproduktionstechniken die alte »Mein Bauch gehört mir«-Position für viele Frauen erschüttert haben. — Die Einrichtung von Gleichstellungsstellen, mit der vielerorts auf Aktivitäten der Frauen reagiert wurde, hat dort die Auseinandersetzungen um Fragenfragen vom offenen politischen Raum in die Verwaltungen übertragen und auf die Frauen, die als Gleichstellungsbeauftragte in die Verwaltungen »eindrangen«, abgeladen. *Katharina Gröning* schildert die Probleme und oftmaligen Überforderungen dieser Frauen. Eine Verbesserung ihrer Arbeitsmöglichkeiten hat eine rechtliche Fundierung der Gleichstellungsstellen, berufliche Selbstreflexion und die Arbeit an gesellschaftlichen Zukunftsentwürfen zur Voraussetzung.

Der Herbst 1988 hat die politische Bedeutung von Fragen der Geschichte noch einmal ins Bewußtsein gehoben. *Frank Heidenreich* untersucht die Jenninger-Rede zum November-Pogrom von 1938 und zeigt, daß die geläufige Bewertung als takt- oder stillos zu kurz greift.

Etwas untergegangen ist im Gedenken an die Judenverfolgung der 70. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution. *Susanne Miller* ruft das damalige Geschehen in Erinnerung. Sie stellt die entscheidende Rolle der SPD und ihre Fehler heraus, die allerdings bis heute im Selbstverständnis der Partei noch nicht verarbeitet worden sind.

Geschichte ist auch und gerade in der Sowjetunion wieder lebendig geworden. Dies zeigt der Redebeitrag von *Valerij Pisigin* auf dem internationalen Bucharin-Kongreß in Wuppertal. Die produktive Vielfalt dieser Tagung, auf die *Detlev Albers* und *Uli Schöler* in ihrem Bericht hinweisen, deutet an, welche Attraktivität ein erneuerter Marxismus nach den Veränderungen in der Sowjetunion entwickeln kann.

*Raul Rojas* gibt einen Überblick über die Ergebnisse von IWF- und Weltbank-Tagung und des Gegenkongresses in Berlin/West

*Gerd Oelsner* hebt die Bedeutung der Statutenänderung der SPD auf dem Münsteraner Parteitag für die zukünftige Arbeit der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) hervor und fordert die praktische Umsetzung ein. *Michael Sachs* zeigt die innerparteilichen Gründe auf, die für die nicht enden wollenden Auseinandersetzungen um die Hamburger Hafenstraße verantwortlich sind.

Vom internationalen Zukunftskongreß der IG Metall berichten *Klaus Peter Kisker* und *Andreas Wehr*. Hier wird deutlich, daß innerhalb der oft als Dinosaurier gekennzeichneten Gewerkschaftsbewegung ein bedeutender Diskussionsprozeß in Gang gekommen ist, der auch für die Gewerkschaften schwierige Fragen wie die der Umweltpolitik oder der internationalen Solidarität nicht scheut. Für viele Fragen gibt es noch keine fertigen Antworten, aber die Richtung der Diskussion kann von der Linken innerhalb wie außerhalb der SPD nur als positiv eingeschätzt werden. Die sozialdemokratische Linke kann hier in den Gewerkschaften Diskussionspartner und Mitstreiter gewinnen, um wider den um sich greifenden Lafontainismus glaubwürdige Alternativen zu entwickeln. Michael Karnatz

## Verlagsmitteilungen

*Zehn Jahre »spw«* — Mit knapp 100 hatten wir gerechnet, mehr als 200 sind dann wirklich gekommen. Susi Möbbeck und Klaus-Uwe Benneter, die neue und der alte Juso-Bundesvorsitzende, Klaus Lage, Jürgen Egert, Sabine Kebir, Heinz Albrecht und viele, viele andere mehr. Diether Dehm sang Lieder von Bertolt Brecht. Viele Glückwünsche zum Zehnjährigen. Dieter Scholz, Aktivist der ersten Stunde, schrieb uns: »Vor zehn Jahren hat wohl niemand von der Gründergeneration an eine derartige Perspektive geglaubt. Aber in manchen Situationen ist eben eine starke Behauptung besser als ein schwacher Beweis.« Wir wollten keine stinknormale Partei- oder Jusofete organisieren, und so fanden sich die Besucher in einem Südseeparadies wieder. Die Einzelheiten müßt Ihr Euch schon von denen berichten lassen, die dabei waren. — Also dann: Auf Wiedersehen beim 20. Geburtstag!

*Personelle Veränderungen im Verlag* — Zur Gesellschafterversammlung am 5. November sind die beiden Geschäftsführer *Joachim Günther* und *Frank Heidenreich* ausgeschieden. — Joachim ist als Mitarbeiter der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten gegenwärtig stark in den Berliner Abgeordnetenhaus-Wahlkampf eingebunden, zudem kandidiert er selbst in Kreuzberg als Abgeordneter. Es bleibt ihm daher keine Zeit, die Funktion des Geschäftsführers auszufüllen. Als Redakteur bleibt er uns aber erhalten. — Frank Heidenreich war seit Beginn des *spw*-Projektes 1978 Geschäftsführer des Verlages. Er war damit nach dem Ausscheiden von Dieter Scholz und Hans Raßmes der letzte der »Gründerväter«. Als Geschäftsführer war Frank vor allem für die Produktion zuständig. Ihm ist es zu verdanken, daß *spw* immer pünktlich erschienen ist. Nicht zuletzt sind seinem Engagement eine Reihe von Sonderproduktionen zu verdanken. Berufliche Veränderungen veranlassen ihn jetzt, als Geschäftsführer auszuscheiden, als Redakteur wird er aber weiter mitarbeiten. Alle am *spw*-Projekt Beteiligten sind ihm zu Dank verpflichtet. — Zu neuen Geschäftsführern wählte die Gesellschafterversammlung einstimmig *Michael Karnatz* und *Andreas Westphal*. Beide sind seit Jahren Redaktionsmitglieder. Michael wird sich vor allem um die Werbung kümmern, Andreas um die Produktion. — Am Ende des Jahres scheidet unsere Redaktionssekretärin *Christina Hausberg* aus. Seit Anfang 1987 arbeitete Christina im Verlag. In den zwei Jahren hat sie die Papierberge im Büro deutlich verkleinern können, manch überflüssiger Aktenordner mußte dran glauben. Wenn alles gutgeht, übernimmt ab Anfang 1989 ein kommerzieller Buchvertrieb große Teile von Christinas gegenwärtigen Aufgaben. — Aus dem Kreis der Herausgeber ist *Klaus Thüsing* ausgeschieden. Er war seit der Gründung des Verlages Herausgeber und gehörte in den ersten Jahren als Mitglied des Bundestages zu den wenigen Abgeordneten um Coppik, Hansen und Meinicke, die den Kurs des Reformabbaus unter der Regierung Schmidt nicht mitmachten. Klaus ist beruflich nach Afrika gegangen.

*Die Jahresabo-Rechnung liegt diesmal dem ersten »spw«-Heft des Jahrgangs 1989 bei.*

## Bonner Tagebuch

4. September 1988. Express. Das Köln-Bonner Boulevardblatt präsentiert die neue stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD Herta Däubler-Gmelin einmal ganz unpolitisch: »Frau Vize: Auch in der Mode Spitze«. Zwischen Make Up, Frisur und der Schilderung des Kennenlernens ihres Mannes am Swimming-Pool von Santa Cruz auf Teneriffa (also, nichts wie hin, da kann man sich noch Professoren angeln) versteckt, erfährt der aufmerksame Leser sogar etwas über sozialdemokratische Neuorientierung in Sachen Steuerpolitik. Wer bisher angenommen hatte, die SPD lehne die geplante Steuererleichterung für die Beschäftigung von Haushaltshilfen als eines der vielen Werbegeschenke der Rechtskoalition an Besserverdienende ab, wird von der linken Führungsfrau eines Besseren belehrt. Kleinlicher Klassenneid ist hier absolut fehl am Platz. Denn, so Däubler-Gmelin, eine solche Regelung brächte vor allem für berufstätige Ehepaare mit Kindern, die weniger verdienen als die SPD-Vize, »eine echte Erleichterung«. Na, da werden sich die zahllosen schlechter verdienenden ArbeitnehmerInnen-Haushalte mit Haushälterin aber freuen!

14. September 1988. Bundestag. Die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion Gudrun Weyel, präsentiert ihren GenossInnen das aktuelle Videoangebot des PV. Lapidarer Satz im Begleitschreiben: »Film Nr. 9 (‘Kürzer arbeiten — mehr Beschäftigung’) ist wegen der Debatte um die Thesen von Oskar Lafontaine gestrichen worden.« Erste Frontbegradigung also in Sachen Oskar? Es hagelt Protestschreiben von MdB-Gewerkschaftern beim PV. Gottseidank stellt sich dann doch alles als ein »Mißverständnis« heraus. Anke Fuchs teilt den MdBs mit, der Film sei auf dem Höhepunkt der gewerkschaftlichen Kampagne für Arbeitszeitverkürzung 1985 entwickelt worden. Seitdem seien die Gewerkschaften in ihrem Kampf um Arbeitszeitverkürzung ein gutes Stück vorangekommen, die vereinbarten Tarifabschlüsse hätten einen wichtigen Beitrag auf dem Arbeitsmarkt geleistet (ob das Oskar auch so sieht?). Und weiter: »Da unser Video-Film diese tarifpolitische Entwicklung nicht berücksichtigt, haben wir ihn aus dem Programm genommen. Die Überarbeitung des Filmes ist vorgesehen.«

Wer wollte da noch Böses denken! Gudrun Weyel wird es sich beim nächsten Mal doppelt überlegen, nochmal so vorlaut zu sein. Es gibt Dinge, die darf man denken, aber doch nicht aufschreiben!

12. Oktober 1988. Arbeitsgericht. Schneller als erwartet, holt die Partei ihr Beschluß von Münster über die ungeschützten Arbeitsverhältnisse von Abgeordneten-MitarbeiterInnen ein. Zwei Mitarbeiterinnen von SPD-MdBs klagen gegen ihre Kündigung und verlieren in erster Instanz aus dem formalen Grund der Nichtanwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes (KSchG). Das Problem existiert, seit es diese MitarbeiterInnen-Stellen gibt, doch bisher hat es niemanden (außer die Betroffenen) gekümmert. Nun berichten erstmalig Express, Bonner und Frankfurter Rundschau, Süddeutsche und der Vorwärts. Obwohl es ein Problem aller Parteien ist (nur die Grünen haben eine

schützende Betriebsvereinbarung), schafft es die SPD, damit alleine in die Schlagzeilen zu kommen. Letztlich wohl zu Recht, denn man kann nicht nach außen lauthals Mitbestimmung verkünden und im eigenen Büro drauf pfeifen.

Es ist kein CSU-Rechter, sondern die linke SPD-Frau Edith Niehuis, die in der Klageerwiderung darauf pocht, ihr Büro sei kein Betrieb im Sinne des KSchG und — geradezu zynisch — feststellt, ein form- und fristgerechter Widerspruch des Betriebsrates oder einer anderen Arbeitnehmervertretung sei nicht erfolgt, wissend, daß es eine solche Vertretung entgegen den Forderungen der MitarbeiterInnen eben erst gar nicht gibt. Daß es auch keinen Tarifvertrag gebe, liege an den Gewerkschaften. Bei ihr sei von denen noch niemand vorstellig geworden, um einen abzuschließen. Es spricht nicht gerade für ihre Kenntnisse im Tarifrecht, zu meinen, Tarifverträge würden mit jedem Einzelarbeitgeber für zwei Angestellte abgeschlossen. Aber dessen ungeachtet: Bemühungen um einen Gesamtarifvertrag liefen (unter Beteiligung des Tagebuchschreibers) schon vor mehreren Jahren und dauern bis heute. Bisher hat die SPD-Fraktion dies in trauter Eintracht mit den Rechtsparteien abgelehnt. Selbst die ÖTV, die Rechtsschutz gewährte, spielt dabei nicht nur eine rühmliche Rolle. Während Betriebsgruppe und Kreisverwaltung auf Verhandlungen zwischen allen Beteiligten pochen, kungelte ein Geschäftsführer der Stuttgarter Zentrale mehrfach hinter verschlossenen Türen mit der Arbeitgeberseite. Man will sich ja bei den MdBs nichts verscherzen!

13. Oktober 1988. PPP. Der SPD-nahe Pressedienst berichtet über ein Hintergrundgespräch mit Hermann Rappe. Seine vollmundigen Erklärungen finden in den Medien erstaunlicherweise überhaupt keine Resonanz. Immerhin hatte er erklärt, eine Zusammenarbeit zwischen SPD und Gewerkschaften im kommenden Bundestagswahlkampf sei nicht möglich, solange die Frage Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich nicht abschließend geklärt sei. In dieser Frage, die vom gesamten PV entschieden werden müsse, könne es keinen Kompromiß geben. Was heißt das? Macht er, der seit längerer Zeit Wahlkampf für eine Große Koalition betreibt, dann als Gewerkschaftsvorsitzender nur noch Wahlkampf mit der CDU? Gibt er dann sein SPD-Mandat ab? Schließlich kann schon jetzt mit Gewißheit gesagt werden, daß es die verlangte »kompromißlose« Klärung nicht geben wird. Ernsthaft: Von dieser Stelle aus sei die Frage erlaubt, ob nicht sein Verständnis von der Einheitsgewerkschaft einer grundsätzlichen Überprüfung bedarf, deren Grundsätze sich wohl kaum mit gewerkschaftlicher Zusammenarbeit mit oder Eintreten für eine(r) einzelne(n) Partei im Wahlkampf tragen. Geißler und Blüm werden sich ob solcher Aussagen die Hände reiben.

Mies an der Geschichte ist noch etwas ganz anderes. Angesichts der Sprach- und Orientierungslosigkeit der Frankfurter-Kreis-Linken in Sachen Lafontaine-Debatte kann sich Rappe schon seit längerem medienwirksam zum Hauptkritiker aufschwingen und dabei noch ein doppelbödiges Spielchen treiben. Während er als Parteikritiker mit lauten Tönen Oskar eins aufs Haupt gibt, läßt er seinen IG Chemie-Vorstandsintimus Horst Mettke mit leiseren Tönen den gewerkschaftlichen Kursschwenk auf Oskars arbeitgeberorientierte Thesen vollziehen. Der fordert nämlich zugleich (von Rappe unwidersprochen), die Erlaubnis von Wochenendarbeit in der Gewerbeordnung festzuschreiben. Und was tut die Linke?

17. Oktober 1988. »Baracke«. Der PV beschließt die Einrichtung und Besetzung einer vom Präsidium bereits abgeseigneten Super-Kommission, die die bisherigen Arbeitsgruppen zur Wirtschafts-, Finanz-, Sozial-, Energie- und Umweltpolitik ersetzt. Auf den ersten Blick ein vernünftiger Schritt, hatten doch vor dem Parteitag in Münster sich widersprechende Konzepte etwa zur Energiesteuer aus den verschiedenen Arbeitsgruppen für Verwirrung gesorgt. Aber Vorsicht ist angesagt. Die Kommission soll die innenpolitischen Schwerpunkte für ein SPD-Regierungsprogramm und für das in Arbeit befindliche Grundsatzprogramm abstecken. Daß die Partei — neben dem Grundsatzprogramm — ein Regierungsprogramm braucht, ist nicht zu bestreiten. Aber sieht nicht alles danach aus, daß nun die Superkommission der Programmkommission vorschreibt, was (aus wahl- und koalitionstaktischen Gesichtspunkten) ins Programm reindarf und was nicht? Die Art und Weise, wie Oskar, der doppelte Vorsitzende beider Kommissionen, den zweiten Irseer Entwurf von Thomas Meyer am 16. September vom Tisch fegte, läßt da Schlimmes ahnen.

Die Frankfurter Rundschau jedoch sieht nur Grund zum Jubeln: Die Linke bestimme mit dieser Kommission künftig das Bild der SPD. Die Frage ist nur: welche Linke? Wenn damit die Enkel-Riege um Oskar gemeint ist, mag das stimmen. Für die profilierteste Kritikerin des Lafontaine-Kurses in der Wirtschaftspolitik vor dem Parteitag, Sigrid Skarpelis-Sperk, fand sich allerdings keine Mehrheit für eine Mitgliedschaft in der Kommission. Zwei Wahlgänge brauchten die GewerkschafterInnen Ursula Engelen-Kefer und Michael Geuenich, die Oskar, der gegen sie stimmte, ebenfalls für verzichtbar hielt.

17. Oktober 1988. Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine internationale Tagung zum Thema »Strategien zur Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in Lateinamerika und Europa« hatte die Stiftung für den 17. bis 19. Oktober in Buenos Aires/Cordoba vorbereitet. Teilnehmer kamen aus Mexiko, Uruguay, Brasilien, Argentinien und Peru. Das Hauptreferat aus deutscher Sicht hält der Bremer Detlev Albers für die Bundesprogrammkommission der SPD.

29./30. Oktober 1988. AGS. Eine der kleineren Arbeitsgemeinschaften der SPD, die der Selbständigen, hält ihren Bundeskongreß in Saarbrücken ab. Oskars Heimspiel mit einer Rede über »Flexibilisierungsstrategien« findet ebenso Beifall wie die kontrastierenden Überlegungen der Gastrednerin Katja Ebstein über »Selbständiges Denken« (richtig: das ist auch doppelsinnig gemeint).

Erstmalig findet die Konferenz auch in den visuellen Medien größere Beachtung. Die Quotenregelung bei der Vorstandswahl wird aber noch nicht erreicht: Die Steigerung um 300 Prozent bedeutet drei von elf Sitzen für Frauen (mehr kandidierten nicht). Alter und neuer Vorsitzender: der eher linke Jürgen Vahlberg, MdB aus München. Mit zwei Dritteln der Stimmen ebenfalls in den Bundesvorstand wiedergewählt: der Musikproduzent Dieter Dehm aus Frankfurt.

2. November 1988. Bundestag. Die Aufregung und öffentlichen Streitereien um die Arbeitsverhältnisse in den Abgeordnetenbüros lassen die zuständige Parlamentarische Geschäftsführerin Gudrun Weyel erneut zur Feder greifen, um die Gemüter zu beruhigen. Der Leser ahnt schon: das geht nach hinten los. Zunächst hatte man das Ganze

ja als Lappalie behandelt, aber nun war in der Presse zu lesen, es gehe um 2500 ArbeitnehmerInnen allein im Bundestag und bundesweit nur bei der SPD um ca. 1000 (incl. Europaparlament und Landtage). Während Edith Niehuis (»Die Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten sind durch das Arbeitsrecht geschützt wie alle übrigen Arbeitnehmer der BRD.«) vergeblich das Problem suchte, zitierte die Presse aus dem Parteitagbeschuß: »Entgegen annähernd 90 Prozent der abhängig Beschäftigten« seien die hier Betroffenen »ohne jeglichen tariflichen Schutz«.

Gudrun Weyel wollte das wohl nicht so stehen lassen. Es gebe, so schreibt sie nun an ihre KollegInnen und deren MitarbeiterInnen, Ausführungsbestimmungen und einen Musterarbeitsvertrag, die »es nicht erlauben, von einem völlig (!) ungeschützten Arbeitsverhältnis zu sprechen«. Das ändert zwar nichts an der jederzeitigen nur sechswöchigen Kündigungsfrist und dem Fehlen jeglicher tariflicher oder Mitbestimmungsrechte, aber tröstlich ist der Hinweis für die Betroffenen wohl doch, oder?

8. November 1988. »Baracke«. Hatte Weyel ein schlechtes Jahr, so hat ein anderer heute einen Glanztag erwischt: der Parteivorsitzende. Wenn Vogel lernt, dann lernt er gründlich. 1977 hatte er noch gemeint: »Der Stamokap-Theorie und den Stamokap-Fraktionen muß ... in der Partei entschieden entgegengetreten werden. Wo ihre Anhänger diese Theorie in praktische Politik umsetzen, muß die Partei im Interesse der Erhaltung ihrer Glaubwürdigkeit auch vom Mittel des Ausschlusses Gebrauch machen.« Hat ihn der Flick-Skandal klüger gemacht, der die Verfilzung von Großindustriellen, Bankern und Politikern als schlechte Karikatur des Stamokap offenlegte? Er wird es nur selber wissen. Aber das hat er begriffen: Die schädliche Praxis wird nicht von den Anhängern einer Theorie gemacht. Die findet woanders statt.

Vogel zum Subventionsbeschuß der Bundesregierung für die MBB-Übernahme durch Daimler: Damit gerate sie in Abhängigkeit von einem monopolartigen Unternehmen. Die Umstände der Fusion seien ein Beispiel für »staatsmonopolistischen Kapitalismus« (Stamokap). Man darf gespannt sein, wer aus der Garde der sonstigen Vordenker der Partei ihm da widersprechen möchte. Pointe am Rande: Einer der Stamokap-Praktiker ist ein Sozialdemokrat, der vor nicht allzu langer Zeit noch als Wirtschaftsministerkandidat gehandelt wurde: Der Daimler-Chef Edzard Reuter. Ob der jetzt ausgeschlossen wird? — Wenn Hans-Jochen zu guter Form aufläuft, kann er sogar noch was zulegen. »Vogel stellt Lafontaine ins Abseits«, heißt tags drauf die Schlagzeile der Frankfurter Rundschau. Kurz und knapp die Mitteilung: Längere tägliche Arbeitszeiten und Ausweitung der Sonntagsarbeit, wie von Blüm und Oskar vorgeschlagen, sind mit der SPD nicht zu machen. Die Perspektive lautet 30-Stunden-Woche und 6-Stunden-Tag. So wünsch ich mir einen Parteivorsitzenden mit Führungsqualität. — Die treffenden Begleitargumente liefert Heidi Wieczorek-Zeul dazu. Neun Stunden tägliche Arbeit setze den männlichen Erwerbstätigen voraus, marginalisiere die Frauennarbeit und dränge Aufgaben wie Kindererziehung an den Rand. Oskars Versuch, seine Diskussionsansätze als frauenfeindlich anzupreisen, erweist sich immer mehr als demagogische Verschleierung. Er sollte nicht mehr von Frauenförderung sprechen, wenn er Maschinenlaufzeiten meint.

Uli Schöler (Bonn)

Frank Heidenreich

## Jenninger und die Normalität bürgerlichen Denkens im nachfaschistischen Deutschland

Deutlicher als früher tauchten die Nazi-Pogrome des November 1938 diesmal, fünfzig Jahre danach, aus der Versenkung wiederkehrender Verdrängungsversuche auf. Eine Vielzahl von Veranstaltungen, sogar eine populäre Roman-Verfilmung im Fernsehen, halfen der öffentlichen Erinnerung auf. Vorangegangen war eine neue Runde der Auseinandersetzung um die Entsorgung und Normalisierung der deutschen Geschichte (vgl. hierzu Wolfgang F. Haug: Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt, Berlin/West 1987, S.200-254), deren Bezeichnung als »Historiker-Streit« die Hauptsache im Dunkeln läßt: Das operative Ziel der Schlußstrich-Strategen (Dregger, Hillgruber, Nolte u.a.m.) bestand in der Schwächung des Antifaschismus in der politischen Kultur der BRD heute. Es wurde nicht erreicht — vorläufig. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) meldete Ende 1986 das Scheitern, welches auch ihr eigenes war: »Auschwitz wird auch in Zukunft bewußtseinsstiftend bleiben.« (FAZ vom 27.12.1986, S.23)

So wurde nicht der Brief Dreggers an die Mehrheit der US-Senatoren, deren Aufforderung an Reagan, Bitburg fernzubleiben, Dregger »als Beleidigung meines Bruders und meiner gefallenen Kameraden« (zit. nach Haug 1987, S.211) deutete, sondern die Rede von Weizsäcker am 8. Mai 1985 die Maßstäbe für Jenninger am 10. November 1988 im Bundestag. Darin enthalten war jener für die Stahlhelm-Fraktion der deutschen Rechten so unakzeptable Hinweis des Christdemokraten von Weizsäcker, wonach der Sieg der Anti-Hitler-Koalition historisch angemessen nur als *Befreiung* verstanden werden kann.

Jenninger redete und trat zurück. Die Reaktionen auf seine Rede sollten uns die Gründe seines Rücktritts mitteilen. Bei näherem Zusehen erweist sich diese Erwartung als trügerisch. In den zahlreichen kritischen und empörten Stimmen aus dem In- und Ausland zeichneten sich — bei allen Nuancen — zwei grundsätzlich verschiedene Positionen ab: Die eine, in einem Teil der bürgerlich-nationalistischen Presse des Auslands artikuliert, rückte Jenninger in die Nähe des Faschismus. Der Mailänder »Corriere della Sera« sah einen Ausbruch von Antisemitismus (»Antisemitismus expoliert im deutschen Parlament«); ähnlich niederländische Blätter und die israelische Zeitschrift *Maariv*: »Jenninger verteidigte die Hitler-Ära«.

Der SPD-MdB Michael Müller wandte dagegen zurecht ein, Jenninger sei »kein Vertreter des nationalkonservativen Stahlhelmlügels« (Neben der Geschichte. In: Deutsche Volkszeitung vom 18.11.1988, S.5). Tatsächlich ist seine Rede kein Plädoyer des Schlußstrichs. Walter Jens verwies auf den Staatssekretär Globke im Bundeskanzleramt, um die richtigen Relationen herzustellen: »Die Bundesrepublik hat ihren Skandal, der, gemessen an der Bestallung des Kommentators der Nürnberger Rassengesetze durch Konrad Adenauer, freilich eher ein Skandalchen ist.« (Ungehaltene Worte über eine ungehaltene Rede. In: *Die Zeit* vom 18.11.1988, S.3)

Die andere Gruppe der Jenninger-Kritiken verzichtete völlig auf aggressiv-offensive Anklage. Sie sprach von »peinlichem Auftritt« (so Andreas Borchers im *Vorwärts* vom 19.11.1988, S.3) und bedauerte, Jenninger habe nicht die richtigen Wort gefunden, sei mithin »an einer großen Aufgabe gescheitert« (Hans-Jochen Vogel). Der Redner hatte sich im Ton vergriffen — aber war der Inhalt im großen und ganzen haltbar? Die SPD-Fraktionsspitze kritisierte pathetisch eine mißlungene Rede, ohne andere als zufällige Gründe für das Mißlingen anzuführen. Nach dem Rücktritt kommentierte Reißmüller in der *FAZ* ganz ähnlich: Jenningers Rede zeuge »von beklagenswertem Ungeschick« (FAZ vom 12.11.1988, S.1)

Warum, so ist zu fragen, trat der so Kritisierte überhaupt zurück? Der Vorwurf des Antisemitismus streifte ihn bestenfalls, ohne wirklich zu treffen. Und seit wann ist Mittelmäßigkeit in den Deutschländern der letzten 150 Jahre für Politiker jemals ein Grund gewesen, ihr Amt aufzugeben? Manches spricht dafür, daß der Bundeskanzler Jenninger zum Rücktritt zwang, um Belastungen für seinen USA-Besuch einige Tage später zu vermeiden. Andernfalls hätten jene amerikanischen jüdischen Organisationen, die *nicht* am Empfang zu Ehren Simon Wiesenthals teilnahmen, für sehr ungemütliche Situationen gesorgt. Vor allem: Ein Verhältnis zur bundesdeutschen Führung wie zu Österreichs Waldheim können USA und NATO sich einfach nicht leisten.

Wurde Jenninger also auf dem Altar der NATO-Philosophie geopfert? Die SPD verzichtete jedenfalls darauf, Jenninger und anderen eine Auseinandersetzung über Substanz der Rede, über Gesagtes und Verschwiegenes abzuverlangen. Weil das nicht geschah, wachsen mit der zeitlichen Distanz in der Öffentlichkeit die Zweifel, daß die Rede selbst einen inhaltlichen Grund zum Rücktritt aufweisen könne. Im Gegenteil: »Nicht alles darf man beim Namen nennen«, und diesem ver-rückten Resumee Jenningers schlossen sich manche an. Die FAZ arbeitete bereits am Tag vor dem Rücktritt an der sozusagen antifaschistischen Legende, die Rede sei »zu deutlich auf Ursachen des Nationalsozialismus« (FAZ vom 11.11.1988, S.8) zu sprechen gekommen.

Jenningers Kritiker hätten sich besser auf den Redetext beziehen sollen. Statt dessen beklagten die hierzulande bloß individuelle Unzulänglichkeit. Die gab es auch, aber das ist nicht der Kern des Ekklats:

1) Jenningers Rede beginnt mit der Entgegensetzung von den »Juden« und »wir Deutschen« (Von der Verantwortung für das Vergangene. In: *Die Zeit* vom 18.11.1988, S.4-7). Diese Denkfigur reflektiert den Standpunkt des Resultats von Auschwitz. Der Vorgang der *Ausgrenzung* der deutschen Juden und der in anderen Nationen und ihre Verwandlung in das Gegen-VOLK der VOLKSGEMEINSCHAFT (vgl. Faschismus und Ideologie, Bd. 1, Berlin/West 1980) mit dem Ziel ihrer letzten Vernichtung bleibt vollständig ausgeblendet. Jenninger reproduziert so gedankenlos die »nazistische Ausstoßung aus dem deutschen Volk« (Haug 1987, S.205, Anm.8).

2) Auch nach einer anderen Seite ist die Redeweise von »Juden« und »wir Deutschen« beispielhaft für Bewußtseinsformen in Deutschland nach 1945. Mathias Greffrath zeigte, wie sie »falsche Allgemeinbegriffe« (Das falsche Wir. In: *Die Zeit* vom 18.11.1988, S.5) zur Voraussetzung hat: Sind mit dem »wir Deutschen« auch die ermordeten Funktionäre der Arbeiterorganisationen oder die aus dem Exil zurückgekehrten deutschen Juden gemeint?

3) Im letzten Teil seiner Rede behandelte Jenninger das Weg-Denken nach 1945. Er wirbt um Verständnis für diejenigen, die angeblich nie was gewußt hatten und davon auch nichts mehr wissen wollten. »Vielleicht konnte das deutsche Volk ... nicht anders ...« (S.7) Hildegard Hamm-Brücher erinnerte daran, daß die hauchdünne Mehrheit für das erste Gesetz der sogenannten »Wiedergutmachung« 1954 nur durch das geschlossene und vollständige Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion zustande kam — DP und BHE stimmten dagegen, und über 40 CDU/CSU-Abgeordnete fehlten. Aber wer in der schonungslosen Kenntnisnahme der Vergangenheit eine Überforderung sieht, kann sich künftig auf einen Bundestagspräsidenten berufen.

4) Die Rede zitiert die Alltagssprache und die faschistischen Kampfbegriffe aus dem Zusammenhang des Nazi-Rassismus. Jenninger meint, damit besondere Authentizität zu schaffen, Geschichte zu untersuchen und Wahrheiten zu sagen. Das Gegenteil ist der Fall: Die Zeitbegriffe entnennen den Gegenstand, fassungslos denkt Jenninger *in* den Formen und ideologischen Namen der Zeit. Der *Effekt*, besonders des gesprochenen Textes, ist *Einführung* in die Handlungsweise der Täter. Um ein anderes Beispiel heranzuziehen: Es ist, als würden wir heute die auf dem Appellplatz im KZ Sachsenhausen vor den Augen aller Häftlinge vorgenommenen Hinrichtungen als »Kulturabende« bezeichnen, nur weil die SS-Mannschaften sie so nannten.

# Sozialdemokratie

Michael Sachs

## »Ja, in St. Pauli, Hamburg-Altona«

Die *St. Pauli-Hafenstraße* — ein Symbol, ein Lehrstück, ein Wunder? Für was? Für wen? Für die CDU eine Schlappe des Rechtsstaats, für den braven Bürger ein Fanal der Anarchie, für die Linke ein Stück revolutionäre Praxis, für die »Autonomen« ein Sieg des gewaltsamen Widerstands, für die FDP eine Gelegenheit, den täglichen Umfall zu üben, und für Teile der SPD eines von vielen Themen für das Spiel: »Wie schade ich meinem innerparteilichen Gegner?« Jeder bedient sich des Themas, wie es ihm ins politische Konzept paßt.

Die Hafenstraße ist ein bemerkenswertes Beispiel für die Unfähigkeit der Parteien und der meisten Bürger, mit den sichtbaren Folgen einer über ein Jahrzehnt andauernden Krise fertigzuwerden. Vieles von dem, was kritische Zeitgenossen in den letzten zehn Jahren als gesellschaftliches oder ökonomisches Problem festgestellt, in Studierstuben analysiert und auf Parteiversammlungen geißelt haben, ist in der Hafenstraße plastisch geworden. Die unmittelbare Konfrontation mit der Realität hat viele Linke geradezu gelähmt. — Die Hafenstraße steht

- für eine gescheiterte Wohnungspolitik, die trotz Baubooms, sozialen Wohnungsbaus und ausgeglichenen Wohnungsmarkts einen Teil der Bevölkerung nicht ausreichend mit Wohnraum versorgen kann;
- für eine gescheiterte Stadtentwicklungspolitik, die — an Standortqualität und aufstrebenden Mittelschichten orientiert — soziale Randgruppen herabstuft, verdrängt und ausgrenzt;
- für eine Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslosigkeit und fehlende Ausbildungsplätze nur als statistisches Phänomen diskutiert, aber für die Betroffenen weder Verständnis noch Hilfe hat;
- für eine Jugendpolitik, die nicht zur Kenntnis nimmt (nehmen darf), daß die gestern von Haushaltskürzungen in Kindergarten-, Schul- und Ausbildungsbereich betroffenen Kinder die Jungerwachsenen von heute sind (*No futur? No past!*);
- für eine Sicherheits- und Rechtspolitik, die den friedensbewegten Kasernentorblockierer höher bestraft als den millionenschweren Steuerhinterzieher;
- für eine Medienpolitik, die Pressefreiheit am Geld und nicht am Inhalt mißt;
- für eine öffentliche Verwaltung, die die Vertrauenswürdigkeit ihrer Klienten an deren Kleidung und Frisur erkennen will.

Klaus von Dohnanyi hat im November 1987 den gordischen Knoten durchgehauen, in den sich Hafenstraßenbewohner, Politiker und Verwaltung verknäult hatten. Damit wurde immerhin eine Eskalation der Gewalt — von welcher Seite und mit welchen

Folgen auch immer — vermieden. Gelöst wurde indes keines der Probleme, von den Ursachen ganz zu schweigen.

Noch immer ist der Heuhaufen Hafensstraße so trocken, daß er von jedem pyromanen Zündler angesteckt werden kann. Die Bewohner und ihre Vertreter im »Verein Hafensstraße« pokerten um den Stromliefervertrag bis an den Rand des Verlusts der gesamten Partie. Der neue Bürgermeister — unter dem Erfolgsdruck, ganz im Gegensatz zu seinem Vorgänger, Härte und Konsequenz walten zu lassen — ist mit seinem Übereifer, Abmahnungen erteilen zu wollen, schwungvoll ausgerutscht. Der mühsam eingeleitete Prozeß der Legalisierung der Verhältnisse an der Hafensstraße — z.B. durch Mietverträge, durch Lieferverträge mit den Hamburger Elektrizitätswerken usf. — war und ist ständig gefährdet. Die für die Instandsetzungsmaßnahmen zu Verfügung stehenden Mittel unterliegen noch immer der politischen Entscheidung und sind damit beliebig nutzbares Spielzeug politischer Grabenkämpfe.

Die größte Gefahr für die Hafensstraße ist jedoch die kaum vorhandene Bereitschaft der Hamburger SPD, die Ursachen für die Entstehung des Symbols »Hafensstraße« aufzuarbeiten. Diese Abwehr entspringt nicht allein dem Unvermögen zur Selbstkritik.

Denn eine analytische Nachbetrachtung würde auch Fehler oder Handlungsdefizite aus sozialdemokratischer Regierungsverantwortung zur Sprache bringen:

- die nunmehr schon fast zehn Jahre andauernde Sparpolitik zu Lasten der Kinder-, Schul- und Jugend-Einrichtungen,
- eine auf kauf- (und steuer-)kräftige Mittelschichten ausgerichtete Stadtentwicklungspolitik,
- eine an jungen Arbeitslosen weitgehend vorbeigehende kommunale Beschäftigungspolitik,
- eine an konservativen Leitbildern orientierte Rechts- und Sicherheitspolitik.

Entscheidender für die Unfähigkeit zur Analyse sind jedoch Barrieren, die sich aus der sozialen Lage und aus dem Bewußtsein großer Teile der Mitgliedschaft der SPD ergeben:

- die SPD ist die Partei der Arbeit-Besitzenden und traditionell eben nicht der Arbeitslosen;
- die SPD hat bis heute kein rationales Verhältnis zur *Gewalt aus sozialer Notlage* entwickelt, auch die neuesten Aussagen im Irseer Programmentwurf sind wiederum ungenau und widersprüchlich;
- im Umgang mit Minderheiten verfällt die SPD häufig den überkommenen Prinzipien einer überholten Pädagogik: der Versuch durch politisches Handeln mehr innere und soziale Sicherheit zu gewinnen, wirkt keineswegs als »Prinzip Hoffnung«, sondern wird als Vorleistung und Garantieverprechen abverlangt;
- Selbsthilfebewegungen, in früheren Theoriedebatten der Arbeiterbewegung als »Insel-Ideologie« und Revolutionshemmer verworfen, werden von der SPD noch heute, wo sie doch die Arbeiter gar nicht mehr zum Kampfe führen will, mit Skepsis betrachtet. Ihre heutige Sozialstaatsgläubigkeit grenzt vielmehr all jene aus, die sich dem Regelwerk staatlich oktroyierter Hilfe entziehen oder durch das soziale Netz längst durchgefallen sind.

Dennoch: in den drei Tagen im November wurde der Vernunft eine Chance eingeräumt. Über lange Phasen der Beruhigung der Gemüter, des Abbaus von Verachtung und Mißtrauen, der Normalisierung des Umgangs miteinander können mit der Zeit Wohn- und Lebensbedingungen am Hafen entstehen, die den Bewohnern ausreichende Entfaltungsmöglichkeiten geben, ohne von Nachbarschaft, Besuchern, Presse und Politik als ständige Herausforderung betrachtet zu werden. Die Chance ist da, sie erfüllt sich nicht von selbst, man muß was dafür tun!

Gerd Oelsner

## **SPD-Parteitag in Münster: Aufwertung der Betriebsarbeit**

Durch die Diskussion um Quotierung und Oskar Lafontaine ging in Öffentlichkeit und Medienresonanz ein Beschluß des Münsteraner Parteitags unter, der in einem Bereich sozialdemokratischer Organisationspolitik den wichtigsten Einschnitt seit dem Wiederaufbau der Partei nach 1945 markiert. Mit großer Mehrheit wurde nach relativ kurzer Diskussion ein neuer Paragraph in das Organisationsstatut aufgenommen, der zum ersten Mal die sozialdemokratische Betriebsarbeit auch in der Satzung der SPD verankert. Drei Punkte wurden hierzu als neuer § 9a in das Organisationsstatut aufgenommen:

1. Die sozialdemokratische Betriebsarbeit und -organisation wird ausdrücklich als betriebliche Vertrauensarbeit in der Partei verankert.
2. In jedem SPD-Unterbezirk werden Betriebsgruppenkonferenzen aus Vertretern der sozialdemokratischen Betriebsgruppen und Vertrauensleuten gebildet, die Antrags- und Personalvorschlagsrecht zu den Unterbezirksparteitagen haben.
3. Diese Betriebsgruppenkonferenzen entsenden Delegierte zum Parteitag, die auch unter Berücksichtigung des Parteiengesetzes Stimmrecht erhalten können. Dieser im Parteitagsbeschluß erwähnte § 9a des Parteiengesetzes läßt zu, daß maximal 20 Prozent der stimmberechtigten Mitglieder auf Parteikonferenzen nicht von der darunter angeordneten Gebietsgliederung der Partei gewählt sein müssen. Ein für Betriebsdelegierte notwendiger Einschub, da das Parteiengesetz sonst zwingend Gebietsverbände als Untergliederungen der Parteien vorschreibt.

Die Bedeutung dieses Beschlusses läßt sich nur angesichts des satzungsgemäßen und teilweise auch politischen Schattendaseins verstehen, das die Betriebsarbeit von Sozialdemokraten seit 40 Jahren geführt hat.

## Vergeessene Vertrauensarbeit: Betriebsarbeit nach 1945

In dem von Richard Stöß herausgegebenen »Parteien-Handbuch«, einem politikwissenschaftlichen Standardwerk, hat Siegfried Heimann kurz und treffend umrissen, welche Schwierigkeiten sozialdemokratische Arbeitnehmer hatten, wenn sie für *ihre* Partei politisch werben und arbeiten wollten:

»Das Verhältnis der Partei zu ihren in den Betrieben zu Betriebsgruppen zusammengefaßten Parteimitgliedern und zu den sozialdemokratischen Funktionären in den Gewerkschaften ist von 1945 an immer zwiespältig gewesen. Einerseits betonte die Partei in den Anfangsjahren ihren Charakter als 'Arbeiterpartei', andererseits wurden besonders organisierte Gliederungen der Arbeitnehmer immer etwas stiefmütterlich behandelt.«

Die mit dem Wiederaufbau der SPD entstandenen Betriebsgruppen wurden nicht konsequent zu einem bundesweiten Netz ausgebaut, obwohl 1948 beim SPD-Parteivorstand ein »Ausschuß für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit« gebildet wurde und 1954 »Richtlinien zur Förderung und Vertiefung der Betriebsgruppenarbeit« herauskamen. Diesen diversen Kommissionen, Einrichtungen und Beschlüssen erfolgte keine bundesweite konsequente Organisation der Betriebsarbeit.

Erst im Zuge der Parteireform nach 1971 wurde eine bundesweite Organisationsform für die sozialdemokratischen Arbeitnehmer und Betriebsaktiven geschaffen. Zusammen mit den anderen Arbeitsgemeinschaften entstand die AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD), die 1973 ihre erste Bundeskonferenz in Duisburg abhielt. Herbert Wehner beschrieb sie auf der Gründungskonferenz als »lebenswichtiges Organ, als Auge, Ohr und Herzkammer der SPD«.

Bei der Umsetzung sozialdemokratischer Vertrauensarbeit im Betrieb wurden allerdings auch hier die Grenzen deutlich. Reale Mitwirkungsmöglichkeiten erhielten die im Betrieb aktiven Sozialdemokraten nicht, die finanzielle Unterstützung und die Förderung durch eigene hauptamtliche Kräfte blieb gering. Beschlüsse verschiedener SPD-Parteitage änderten daran nur wenig. 1982 wurden in München »Richtlinien für die politische Betriebsarbeit«, 1986 in Nürnberg ein »Aktionsprogramm zur politischen Betriebsarbeit der SPD« beschlossen. In die Richtlinien für die AfA-Arbeit wurde die Rolle der Betriebsarbeit aufgenommen, Betriebsgruppenkonferenzen als mehr oder weniger beratende Instanz der SPD auf Unterbezirksebene als Instrument genannt. Nachdem sich in der Partei auch dadurch nicht der gewünschte Erfolg einstellte, setzte die AfA mit einer Kampagne »Wir machen die SPD stark« die Frage der Betriebsarbeit in den letzten Jahren auf die Tagesordnung der innerparteilichen Diskussion. Auf dem Parteitag in Münster sind nun nach einigen Geburtswehen im Vorfeld ihre Forderungen im wesentlichen durchgesetzt worden. Zu sehen ist dies auch in Zusammenhang mit einer selbstkritischen Analyse der letzten Bundestagswahl durch die SPD.

### Stand der Betriebsarbeit heute

In einer im April 1987 vorgelegten Untersuchung hatte die AfA das Wahlverhalten der Arbeitnehmer näher analysiert. Für einen exemplarischen Bereich konnte dabei nach-

gewiesen werden, daß sich betriebliche Aktivitäten der SPD in Stimmenzuwächsen deutlich positiv verbuchen lassen. In Wahlkreisen mit VW-Beschäftigten ließen sich fast durchgängig Stimmengewinne registrieren, Ergebnis verschiedener Faktoren und Aktivitäten, die zusammenkamen: Hier erfolgte eine rege sozialdemokratische Betriebsarbeit, im Bundestagswahlkampf gab es eine eigene Arbeitnehmerwählerinitiative der VW-Beschäftigten, die sich — drittes Element — auf den sozialdemokratischen Themenschwerpunkt »VW darf nicht privatisiert werden« beziehen konnten. Diese sozialdemokratische Schwerpunktsetzung auf ein wirtschaftspolitisches Thema mit Arbeitnehmerbezug brachte zusammen mit ständiger und wahlkampf-verstärkter sozialdemokratischer Vertrauensarbeit deutliche Stimmenzuwächse, die auch über landesweiten Gewinnen lagen, vom bundesweiten Ergebnis ganz zu schweigen. Auch im später vorgelegten Bericht der Kommission des SPD-Parteivorstands »Auswertung der Bundestagswahl 1987 und Folgerungen für die weitere politische Arbeit« wurde dies registriert:

»Obwohl es eine starke Unterstützung aus Gewerkschaft und Betrieben gab, waren die Arbeitnehmerinitiativen regional unterschiedlich erfolgreich und wurden auch in unterschiedlicher Weise von der Partei unterstützt.«

Im Kommissionsbericht stand deshalb auch bei den »Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Organisation der SPD« ein Punkt ganz obenan:

»Das Gewicht der Arbeitnehmer, insbesondere aus der gewerblichen Wirtschaft, ist in der Parteiorganisation der SPD zu stärken. Als erster Schritt wird eine Bestandsaufnahme der existierenden Betriebsgruppen sowie Standort- und Branchenbetriebsgruppen empfohlen.«

Die daraufhin von der AfA durchgeführte flächendeckende Untersuchung der Betriebsarbeit wurde im März 1988 mit folgenden Ergebnissen abgeschlossen:

Sozialdemokratische Betriebsarbeit findet in drei von vier Unterbezirken der Partei statt. Dies bedeutet fast immer Arbeit von Einzel-Betriebsgruppen. Standort- oder Branchenbetriebsgruppen, die örtlich mehrere Betriebe zusammenfassen, sind als Arbeitsform kaum ausgeprägt. Betriebsvertrauensleute, die in Betrieben ohne Betriebsgruppen benannt werden sollten, wurden nur aus jedem dritten Unterbezirk gemeldet. Insgesamt existieren bundesweit über 1 000 Betriebsgruppen und 2 500 Betriebsvertrauensleute. Auch die Relevanz von Parteitagbeschlüssen wurde am Beispiel der Betriebsgruppenkonferenzen deutlich: Nur jeder siebte Unterbezirk führte solche Konferenzen durch.

Die Stärken der Betriebsarbeit unterscheiden sich dabei kaum von den Stärken der SPD: Großbetriebe und industrielle Ballungsgebiete weisen Konzentrationen auf. Die Schwächen liegen in ländlichen, strukturschwachen Unterbezirken.

Die gleichzeitig vorgenommene Untersuchung der AfA-Unterbezirksvorstände unterstrich den Charakter, den diese Arbeitsgemeinschaft für die Partei hat: Ist Betriebsarbeit schon mehr praxisbezogen und öffentlichkeitswirksamer als die übrige Parteiarbeit, läßt sich die AfA als Vorfeldorganisation der Partei charakterisieren. Die AfA-Unterbezirksvorstände sind nahezu vollständig gewerkschaftlich organisiert — was eigentlich selbstverständlich ist, bei einem gewerkschaftlichen Organisationsgrad der gesamten SPD von 35 Prozent jedoch erwähnt werden muß. Darüber hinaus übt jeder

zweite eine Funktion im Betrieb und jeder dritte eine Funktion in der Gewerkschaft aus. Interessant ist auch die Sozialstruktur der AfA-UB-Vorstände nach dem ausgeübten Beruf: zu den 44 Prozent Arbeitern kommen 39 Prozent Angestellte und 8 Prozent Beamte hinzu. Bei einem leichten Arbeiterüberhang entspricht dies ziemlich genau der Zusammensetzung der gesamten Arbeitnehmerschaft in der Bundesrepublik heute. Wenn die AfA oft innerparteilich als leicht verstaubtes proletarisches Relikt angesehen wird, beruht dies auf einer Mischung aus Vorurteil und Unkenntnis.

### **Betriebsarbeit — eine Chance der SPD**

Der Münsteraner Beschluß bietet der SPD eine gute Chance, der Mehrheitsfähigkeit einen großen Schritt näher zu kommen. Nach allen Untersuchungen bleibt die Erwerbsarbeit auch im Bewußtsein der Bevölkerung im Mittelpunkt. Daß dies auch in Zukunft so sein wird, haben Wissenschaftler des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen gerade für die Lebensperspektive und -orientierung von Jugendlichen nachgewiesen. In diesem zentralen Bereich verfügt die SPD über ein Potential von rund 100000 Betriebs- und Personalräten und damit über Multiplikatoren, die als Interessensvertreter gewählt worden sind. Bisher wird dieses Potential nur wenig ausgeschöpft. Betriebsgruppenkonferenzen bieten eine Chance, sie stärker in der Partei mitwirken zu lassen. Hinzu kommt, daß der Betrieb immer noch der Ort ist, wo gesellschaftliches und politisches Meinungsklima entsteht. Hier kann die Partei sich einklinken. Ortsvereine können dies immer weniger, dazu hat der Zerfall geschlossener Wohnmilieus in den letzten Jahrzehnten beigetragen: Der Aktionsradius der Bewohner ist auch in der Freizeit erheblich größer als das Ortsvereinsgebiet. »Von unten« kann die SPD sicher leichter die wirtschaftspolitische Kompetenz gewinnen, die ihr »oben« in den Medien abgesprochen wird. Betriebsräte werden schließlich gewählt, weil man ihnen im zentralen Lebensbereich der Arbeitswelt ökonomische Kompetenz zuspricht.

Der Münsteraner Parteitag hat es der SPD ermöglicht, sich mit diesem Potential in Zukunft besser in die gesellschaftliche Willensbildung einschalten zu können. Es liegt nunmehr an der gesamten Partei — besonders in den Bezirken und Unterbezirken —, diese Möglichkeit Realität werden zu lassen und damit die SPD auch wieder mehrheitsfähig zu machen.

# Linke Geschichte

Susanne Miller

## Sozialdemokratie und die deutsche Revolution 1918/19

»Wir können nicht sagen, wir haben die Revolution *gemacht*, aber wir sind nicht ihre Gegner gewesen. Wir sahen sie kommen und beginnen. ... Die Revolution ist überhaupt nicht gemacht und am wenigsten in Berlin gemacht worden, von Berlin, das nach Kiel, Hamburg und anderen Orten in die Revolution eingetreten ist. ... Aktenmäßig steht fest, daß Tag für Tag wir es gewesen sind, die der Arbeiterschaft Ziel und Richtung gegeben haben.«

Mit dieser Feststellung umriß der SPD-Vorsitzende Otto Wels auf dem Parteitag vom Juni 1919 die Haltung und die Rolle seiner Partei in einer Entscheidungssituation, die für die deutsche Geschichte, und nicht nur für die deutsche, von ungeheurer Tragweite war. Denn damals sind die Weichen gestellt worden für die Weimarer Republik, und wenn es auch völlig abwegig wäre, deren Krisen und Untergang geradlinig und pauschal auf den Verlauf der Revolution von 1918/19 zurückzuführen, so sind kausale Zusammenhänge doch unverkennbar.

### Der Ausbruch

Diese Revolution war ein spontane Aktion der Massen, die gegen die Fortsetzung des Völkergemetzels in einem vom Deutschen Reich und seinen Verbündeten militärisch verlorenen Krieg rebellierten. Den entscheidenden Anstoß erhielt sie durch die Matrosenmeuterei in der Hochseeflotte und die Machtübernahme eines Arbeiter- und Soldatenrates in Kiel, der in der Nacht vom 4./5. November gebildet worden war. Die Kunde von diesen Ereignissen verbreitete sich wie ein Lauffeuer mit unerwarteter Wirkung: Die Kronen der Könige und Landesfürsten »rollten auf's Pflaster«, wie es damals hieß — die der Wittelsbacher in Bayern durch die Tatkraft Kurt Eisners —, am 9. November verkündete der Reichskanzler Prinz Max von Baden die Abdankung des deutschen Kaisers und übergab sein eigenes Amt dem SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert. Der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann rief die Republik aus. Für das Schweigen der Waffen und den Übergang zu einer Friedensordnung hatten die Sozialdemokraten jedoch einen anderen Weg erstrebt.

Seit dem Frühjahr 1917, nach dem Sturz des Zaren durch die russische Februarrevolution, hatte die SPD die Beendigung des Krieges durch diplomatische Verhandlungen gefordert, einen »Scheidemannfrieden«, wie die polemische Bezeichnung ihrer Gegner lautete, die in Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung — die den Kurs der

Regierung bestimmte — auf einen »Siegfrieden« setzten. An diesem Gegensatz war der innenpolitische »Burgfrieden«, an den sich die SPD-Mehrheit seit dem 4. August 1914 gehalten hatte, zerbrochen, obwohl sie weiter für die Kriegskredite stimmte. Eine Chance, ihre Vorstellungen durchzusetzen, erblickte sie im Herbst 1918 bei der Bildung der Regierung des Prinzen Max von Baden, in die auch einige Sozialdemokraten eintraten. Auf die dringende Bitte der Obersten Heeresleitung, die den Zusammenbruch der Front befürchtete, richtete der neue Reichskanzler am 3. Oktober ein Friedens- und Waffenstillstandsgesuch an den Präsidenten der USA. Außerdem beschloß sein Kabinett, die von der SPD geforderten innenpolitischen Demokratisierungsmaßnahmen einzuleiten. An einem Erfolg des neuen Kabinetts und an einer entsprechenden Resonanz der Bevölkerung war die SPD brennend interessiert, sah sie doch darin die einzige Möglichkeit, revolutionäre Ausbrüche und »russische Zustände« zu verhindern. Was sich seit der russischen Oktoberrevolution im Sowjetreich ereignete — Bürgerkrieg, Hungersnot, Parteidiktatur —, wirkte auf Sozialdemokraten so abschreckend, daß sie solche Leiden ihrem Volk ersparen wollten. Ob der in den Erinnerungen des Prinzen Max überlieferte Ausspruch Eberts, er hasse die Revolution wie die Sünde, authentisch ist, bleibt ungewiß; vor dem zeitgeschichtlichen Hintergrund erscheint er dem Sinn nach plausibel. Doch die »Revolution von oben« der Regierung des Prinzen Max kam zu spät und brachte zu wenig, um die »Revolution von unten« verhindern zu können.

### **Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)**

Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie hatte bei Kriegsausbruch eingesetzt. Die große Mehrheit ihrer Reichstagsfraktion beschloß, die Kriegskredite zu bewilligen und den Burgfrieden zu bejahen, eine Minderheit lehnte das ab, wenn sie sich auch zunächst der Fraktionsdisziplin beugte. Nach bitteren Auseinandersetzungen in der SPD-Reichstagsfraktion trennte sich die Minderheit von ihr, und zu Ostern 1917 wurde die USPD gegründet. Die Gruppe Internationale, besser bekannt als Spartakusbund, an deren Spitze Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht standen, schloß sich der USPD an. Vorsitzende der neuen Partei wurden die Reichstagsabgeordneten Hugo Haase und Georg Ledebour. Von Anfang an war die USPD äußerst heterogen zusammengesetzt. Das Selbstverständnis der Mehrheit ihrer Gründungsmitglieder kann jedoch mit einem Wort gekennzeichnet werden, das Karl Kautsky einst für die SPD geprägt hatte: eine revolutionäre, doch nicht eine Revolution machende Partei zu sein. Obwohl USPD-Mitglieder bei den großen Munitionsarbeiterstreiks vom Januar 1918 eine führende Rolle gespielt hatten und einzelne auch an den November-Ereignissen besonders beteiligt waren — das gilt vor allem für Kurt Eisner —, war die Revolution keineswegs das Werk der USPD. Aber die Revolution war von ihr herbeigesehnt worden und wurde von ihr freudig und mit hohen Erwartungen begrüßt. Dabei stand für die meisten ihrer Mitglieder zunächst fest, daß sie in Deutschland nicht eine Kopie der russischen Revolution sein dürfe.

## **Hoffnungsvoller Anfang**

Am 9. November mit der Autorität des Reichskanzlers »beliehen«, ergriff Ebert noch am gleichen Tag die Initiative zur Bildung einer Revolutionsregierung mit der USPD. Sie kam schnell zustande, war paritätisch mit je drei Mitgliedern der beiden Parteien, die von diesen bestimmt worden waren, besetzt und nannte sich »Rat der Volksbeauftragten«. Friedrich Ebert und Hugo Haase waren seine gleichberechtigten Vorsitzenden, doch die Führung nahm Ebert in die Hand. Nach ähnlichem Muster, mit einigen Varianten, erfolgten die Regierungsbildungen in den Ländern des Deutschen Reiches. Auch in den spontan gebildeten Arbeiter- und Soldatenräten waren hauptsächlich SPD und USPD vertreten, kaum jedoch der Spartakusbund, und von den Soldaten besaßen viele keine Parteizugehörigkeit. — Am 12. November verkündete der Rat der Volksbeauftragten sein Programm, dessen einzelne Punkte den Rang von Gesetzen mit sofortiger Wirkung hatten. Damit wurden Forderungen, für die die Arbeiterbewegung jahrzehntelang vergeblich gekämpft hatte, verwirklicht: ein demokratisches Wahlrecht für Männer und Frauen zu allen Parlamenten, der Achtstundentag, unbeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Abschaffung der Gesindeordnungen und der Ausnahmegesetze gegen Landarbeiter. Zunächst ließ sich die Zusammenarbeit im Rat der Volksbeauftragten recht gut an. Irritationen bereiteten die Machtansprüche des Berliner Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte, eines mit wenig Sachverstand ausgestatteten Organs, dem die USPD mehr Verständnis entgegenbrachte als die SPD. Zu einer ernststen Auseinandersetzung kam es Ende November, als die SPD-Volksbeauftragten auf baldige Wahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung drängten und die der USPD sie verschieben wollten, um zuerst die Errungenschaften der Revolution zu festigen. Schließlich einigte man sich darauf, die Entscheidung über den Wahltermin dem bevorstehenden Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte zu überlassen.

## **Der Reichsrätekongreß**

Die Parteibindung der 514 Delegierten des Rätekongresses, der vom 16. bis 20. Dezember in Berlin tagte, teilte sich ungefähr so auf: 300 gehörten der SPD an, 100 der USPD, die übrigen waren bürgerlich-demokratisch. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hatten kein Mandat erhalten; nur zehn Vertreter des Spartakusbundes waren anwesend. Der Kongreß entschied sich für den 19. Januar 1919 als Termin für die Wahl der Nationalversammlung; er beauftragte den Rat der Volksbeauftragten, unverzüglich mit der Sozialisierung der hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus, zu beginnen, und er beschloß, daß die Kommandogewalt über das Militär die Volksbeauftragten ausüben, alle Rangabzeichen entfernt, die militärischen Führer durch die Soldaten gewählt werden sollen sowie die Errichtung einer Volkswehr. Von diesen Beschlüssen wurde lediglich der über den Wahltermin durchgeführt, die das Militär betreffenden stießen auf Eberts Widerspruch, vor allem aber auf den Protest Hindenburgs und Groeners.

Folgenscher wurde der Konflikt auf dem Rätekongreß über die Kompetenzen des dort zu wählenden Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte. Gegen den Willen der USPD, die für den Zentralrat das Recht der Zustimmung oder Ablehnung von Gesetzen vor ihrer Verkündung forderte, wurde beschlossen, daß die gesetzgebende und vollziehende Gewalt bis zur Nationalversammlung beim Rat der Volksbeauftragten liege und der Zentralrat lediglich die »parlamentarische Überwachung« des zentralen und des preußischen Kabinetts ausüben solle. Daraufhin lehnten die USPD-Delegierten ihre Beteiligung an der Wahl des Zentralrats ab, der deshalb nur aus SPD-Mitgliedern bestand und nicht ein Kontrollorgan der Regierung, sondern eine Stütze ihrer sozialdemokratischen Mitglieder wurde.

### **Regierungsrücktritt der USPD**

Am 23. Dezember lehnte sich die Volksmarinedivision, die im Berliner Schloß einquartiert war, gegen die Anordnung der Volksbeauftragten, es sofort zu räumen, auf und setzte den Stadtkommandanten Otto Wels gefangen. Nach vergeblichen Versuchen, ihn freizubekommen, wandten sich die sozialdemokratischen Volksbeauftragten — ihre USPD-Kollegen waren nach Hause gegangen — an den Kriegsminister, der daraufhin einer Truppe den Befehl zum Angriff auf das Schloß und den Marstall gab. Die Kämpfe zwischen Matrosen, die von der Berliner Bevölkerung Unterstützung erhielten, und der Truppe wurden erst am Vormittag des 24. Dezember abgebrochen.

Die USPD-Volksbeauftragten, die den Einsatz von Militär gegen die Matrosen verurteilten, riefen den Zentralrat zum Schiedsrichter über das Vorgehen der SPD-Regierungsmitglieder an. Dieser billigte die Erklärung Eberts, wies also die Beschwerde der USPD zurück. Daraufhin erklärten die drei USPD-Volksbeauftragten am 29. Dezember 1918 ihren Austritt aus der Regierung. Die dem preußischen Kabinett angehörenden USPD-Vertreter folgten diesem Beispiel.

Die Ereignisse vom 23./24. Dezember waren der Anlaß für den Bruch der SPD-USPD-Koalition, sein eigentlicher Grund war jedoch die tiefe Unzufriedenheit der USPD-Mitglieder und -Anhänger mit der Tätigkeit der Regierung und den Ergebnissen der Revolution. Die Bürokratie und das Militär der Kaiserzeit waren fast unverändert übernommen und in ihrer Macht belassen worden, der Einfluß der Rätebewegung war im Schwinden, Sozialisierungsmaßnahmen waren ausgeblieben, linker Radikalismus wurde bekämpft, während konterrevolutionäre und republikfeindliche Kräfte sich ungeniert regen konnten. Der Regierungsaustritt der USPD war ein Protest gegen diese Entwicklung — und zugleich ein Eingeständnis der eigenen Ohnmacht.

### **Die Folgen des Bruchs der SPD-USPD-Koalition**

Nach dem Ausscheiden der USPD-Mitglieder wurde der Rat der Volksbeauftragten, der sich hinfort als »Reichsregierung« bezeichnete, durch zwei Sozialdemokraten ergänzt: Rudolf Wissell, einen führenden Gewerkschafter, und Gustav Noske, den Marine-Experten der SPD-Reichstagsfraktion, der in den Revolutionstagen Gouverneur von Kiel geworden war.

In der USPD setzte rasch ein Radikalisierungsprozeß ein, der durch die Gründung der KPD um die Jahreswende 1918/19 nicht gebremst, sondern eher noch gefördert wurde. Das sollte sich im sogenannten »Spartakusaufstand«, der in Berlin Anfang Januar 1919 ausbrach, zeigen. Denn an diesem Aufstand hatten USPD-Mitglieder, vor allem die Revolutionären Obleute aus den Berliner Großbetrieben und Georg Ledebour, einen bedeutenderen Anteil als die damals noch sehr schwache KPD unter der Führung Liebknechts. Der Aufstand begann als Protestdemonstration gegen die Entlassung des Berliner Polizeipräsidenten, der der USPD angehörte, steigerte sich zu dem Versuch, die Reichsregierung zu stürzen, und gipfelte in bürgerkriegsähnlichen Gewalttaten. Das war die Stunde Gustav Noskes: Als selbsternannter Oberbefehlshaber der Truppen in Berlin setzte er die neugebildeten, von ehemals kaiserlichen Offizieren befehligten Freikorps gegen die Aufständischen ein und ließ sie brutal niederschlagen. Nach dem Aufstand wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar von Offizieren bestialisch ermordet.

### Die Vollendung der Spaltung

Als die »Marneschlacht der Revolution« bezeichnete der USPD-Mann Rudolf Hilferding den »Spartakusaufstand«, also als die Entscheidung für die Niederlage der Revolution. Alle Aktionen des Jahres 1919 zum »Weitertreiben der Revolution« scheiterten. Streiks, Unruhen, Räteregierungen in einzelnen Städten wurden auf die gleiche Weise bekämpft wie der Januaraufstand in Berlin.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung, die am 19. Januar 1919 stattfanden, erhielt die SPD 37,9, die USPD 7,6 Prozent der Stimmen. Die SPD stellte den Reichspräsidenten Friedrich Ebert und den »Reichsministerpräsidenten« Philipp Scheidemann, der mit den Demokraten und der Zentrumspartei die Weimarer Koalition bildete. Noske als Wehrminister war der starke Mann dieser Regierung. Sie stand vor ungeheuer schweren Aufgaben und im Kreuzfeuer der Opposition von links und rechts. Die Reichstagswahlen vom Juni 1920 ergaben keine Mehrheit für die Weimarer Koalition. Die SPD und die Demokraten verloren fast die Hälfte ihrer Stimmen, während sich die der USPD auf 18 Prozent erhöhten und auch die der Deutschnationalen stark zunahmen.

Nach der brüskten Ablehnung der USPD, in ein Koalitionskabinett einzutreten, verzichtete die SPD im Sommer 1920 auf die Bildung der Regierung und auf die Beteiligung an ihr. Erst 1928 übernahm die SPD wieder die Führung eines Kabinetts — es war das letzte parlamentarisch regierende der Weimarer Republik, und sein Ende im März 1930 leitete die Agonie der Republik ein. Die USPD hatte sich schon bald nach der Revolution zu einer Protestbewegung und einem Sammelbecken der Unzufriedenen entwickelt. Im Herbst 1920 vereinigte sich ihre Mehrheit mit der KPD, die erst dadurch eine Massenpartei wurde. Diese Stärkung der KPD und ihre zunehmende Abhängigkeit von Moskau vollendeten die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung.

## Die verhängnisvolle Wechselwirkung

Warum endete die Revolution von 1918/19, die fast ohne Blutvergießen begann und die Grundlagen einer demokratischen, sozial fortschrittlichen Republik schuf, mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen, von denen nur die republikfeindlichen Kräfte profitierten? Die Frage läßt sich hier nur ganz unzulänglich und stichwortartig beantworten. Doch der Versuch sei gewagt.

Die Führungsrolle in dieser Revolution der kriegsmüden, geschundenen Massen lag bei der SPD. Auf diese Rolle war sie nicht vorbereitet — was nicht nur an ihr lag, sondern auch an ihrer Ausschaltung von allen Machtpositionen im Kaiserreich. Ein halbes Jahrhundert lang stand im Mittelpunkt sozialdemokratischer Programmatik die Vergesellschaftung der Produktionsmittel; die Parole »Sozialisierung« wirkte auch in der Revolution wie ein Zauberwort auf die Arbeiterschaft. Aber ein Programm für die Sozialisierung hatten weder die SPD noch die USPD. Und das russische Beispiel bedeutete für Sozialdemokraten und Gewerkschaften eine Warnung. Hinzu kam die Befürchtung, sozialisierte Betriebe könnten bei einem Rückstand in den Reparationsverpflichtungen von den Siegermächten konfisziert werden. Dennoch: Hätten es die in der Revolution Regierenden gewagt, wenigstens einige Beispiele für Sozialisierung zu setzen — vor allem im Ruhrbergbau wäre es möglich gewesen —, hätte der tiefen Unzufriedenheit der Arbeiterschaft entgegengewirkt werden können.

Die in der Revolution entstandene Rätebewegung war für Sozialdemokraten ein neues und ihnen fremdes Phänomen. Ihr mangelndes Verständnis für sie und ihr Bestreben, diese Bewegung möglichst rasch zu entmachten und durch demokratisch gewählte Parlamente zu verdrängen, erregte den Unmut selbst von SPD-Anhängern. Daß die kaiserlichen Beamten und Militärs weiterhin ihre Posten behielten und ihre Macht ausspielten, war geradezu ein Hohn auf die Revolution, denn von ihr hatte man einen wirklichen Machtwechsel erwartet.

Die Radikalisierung der Massen hatte mehrere Ursachen. Sie war nicht nur, aber auch eine Reaktion auf das Versäumnis der SPD, ihre Erwartungen zu erfüllen. Die Entwicklung der USPD, deren Bedeutung in der Revolution die der Spartakisten bei weitem übertraf, kann als Ausdruck dieser Radikalisierung angesehen werden. Hugo Haase und andere erfahrene Politiker verloren in ihrer eigenen Partei zunehmend an Einfluß. War die USPD in den ersten Wochen nach Kriegsende eine Partnerin der SPD, wenn auch eine sehr schwierige und mißtrauische, wurde sie schnell deren unversöhnliche Gegnerin.

So setzte eine verhängnisvolle Wechselwirkung ein: Die Angriffe aus dem linken Lager veranlaßten die SPD, die junge Republik durch das alte Militär schützen zu lassen. Dies wiederum steigerte den Radikalismus der Linken. Der Kampf gegen den linken Radikalismus verstellte den Blick der Sozialdemokraten für die Bedrohung von rechts. Nicht der sogenannte Ebert-Groener-Pakt vom 10. November 1918 führte zur Stabilisierung und Stärkung der Macht des Militärs, sondern erst dessen Einsatz gegen aufständische Arbeiter durch Noske. Es spricht viel dafür, daß es in der Revolution möglich gewesen wäre, republiktreue militärische Formationen zur Verteidigung der

Republik aufzubauen, doch dieser Versuch wurde nicht unternommen, und spätere Bestrebungen in dieser Richtung wurden von Noske unterdrückt. Verschärft wurde die durch die Kriegsfolgen und die innenpolitischen Konflikte geprägte Situation durch die Politik der Siegermächte: die anhaltende Blockade Deutschlands sowie die harten Bedingungen des Waffenstillstands und des Versailler Friedensvertrags.

Bei einer Beurteilung des Verhaltens und der Politik der regierenden Sozialdemokraten dürfen die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen sie nach Kriegsende konfrontiert waren, nicht vergessen werden. Mit Recht stellt Heinrich August Winkler im ersten Band seiner großen Trilogie über »Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik« fest, daß die Verhinderung eines ökonomischen und politischen Chaos die Leistung der Volksbeauftragten war, und zwar ihre größte. Zuzustimmen ist Winklers Urteil, worin das entscheidende Versäumnis der führenden Sozialdemokraten bestand: Sie haben die in den ersten Wochen nach dem 9. November 1918 sich bietende Chance, der erstrebten parlamentarischen Demokratie eine stabilere gesellschaftliche Grundlage zu geben, nicht genutzt.

Detlev Albers und Uli Schöler

## **Glasnost, Perestrojka und Neue Ökonomische Politik**

### **Das Bucharin-Symposium in Wuppertal**

»Die Weltgeschichte ist das Weltgericht« — diesen Satz aus Schillers »Wallenstein« soll Nikolai Bucharin gegen seine Ankläger in den Terrorprozessen Stalins verwandt haben. Niemand anders als seine Tochter, Svetlana Gurvich, erinnerte an diese Begebenheit vor den TeilnehmerInnen des internationalen Bucharin-Symposiums in Wuppertal (10.-13. Oktober 1988). Was hätte die Bedeutung dieser Zusammenkunft prägnanter zusammenfassen können? Drei Jahre nach Beginn der Perestrojka, fünfzig Jahre nach den Schauprozessen, siebenzig Jahre nach der Oktoberrevolution trafen sich Wissenschaftler aus allen Teilen der sogenannten Ersten und Zweiten Welt in der Bundesrepublik, um gemeinsam und ohne jede Ausgrenzung das Lebenswerk eines der größten russischen Revolutionäre zu erörtern. Die Veränderungen, ja Umbrüche auf der historischen Bühne spiegeln sich bisweilen brennpunktartig in Ereignissen wider, die ganz undramatisch wirken. So undramatisch, daß sie den etablierten Medien hierzulande nicht eine einzige Zeile wert sind.

Denn wieviel Bereitschaft verlangt es, selbstkritisch die »weißen Flecken« der eigenen Geschichte zu löschen, um sich als sowjetischer Wissenschaftler, nach allem, was in diesem Jahrhundert zwischen Deutschen und Russen geschehen ist, aktiv an einer von Bundesdeutschen ausgerichteten Konferenz zu beteiligen und dabei maßgeblich zur radikalen Neubewertung der jahrzehntelang verfemten Figur Nikolai Bucharin beizutragen. Gelingt es, den in Wuppertal mit mancherlei improvisierten Notbehelfen, etwa bei den Übersetzungen, begonnenen Weg fortzuführen, käme erstmals ein seit

Generationen verschüttetes Projekt wieder in Sichtweite: die gemeinsame theoretische Arbeit aller Richtungen der Linken auf dem europäischen Kontinent.

Die Zielsetzung der Konferenz wurde durch den Teilnehmerkreis eindrucksvoll unterstrichen. Allein aus der Sowjetunion waren zehn WissenschaftlerInnen des historischen Instituts bzw. des Instituts für Marxismus-Leninismus angereist, die VR China war mit fünf angesehenen Professoren vertreten. Die insgesamt fast 100 Wissenschaftler repräsentierten die Bucharin-Forschung aus folgenden Ländern: Italien, Jugoslawien, Schweiz, Indien, England, Frankreich, Ungarn, Finnland, Belgien, USA, Österreich, Dänemark, Schweden, Kanada, DDR und BRD. Die DDR hatte sich allerdings nicht zur Entsendung »offizieller« Fachleute entschließen können, war aber dennoch durch privat angereiste Wissenschaftler vertreten. Die Zahl alleine verdeutlicht die Organisationsprobleme der Veranstalter. Der größte Teil der Zeit wurde schon durch die Darlegung der Kurzreferate (die meist noch übersetzt werden mußten) verschlungen. So konnten in vielen Bereichen nur Fragen und Problemstellungen angesprochen werden, die in der zu erwartenden Ausweitung der Forschungstätigkeit zu Bucharin zur genaueren Klärung anstehen.

Deshalb waren es auch weniger neue wegweisende Forschungsergebnisse, die den überragenden Stellenwert dieser Tagung ausmachten. Es war die Breite des Teilnehmerkreises und die überraschend offene Debatte über einige bisher von uns für unüberwindbar gehaltene Grenzen hinweg. Wie oft hat es das schon gegeben, daß sowjetische Wissenschaftler vor internationalem Publikum über Details ihrer Theorietradition miteinander streiten, daß sie mit im Westen lebenden Dissidenten (wie Lew Kopelew) aus dem eigenen Land und aus der CSSR wie Jiri Kosta und Michal Reiman offen debattieren, ohne Schärfe, ohne gegenseitige Ausgrenzung? Wer konnte bisher geradezu freundschaftlichen Diskussionen zwischen sowjetischen und chinesischen Wissenschaftlern über historische Fragen zuhören? Und damit ist das Spektrum noch nicht erschöpft. Sozialdemokraten und Kommunisten aus der Bundesrepublik fanden sich in der Tagung genauso wieder wie der international bekannteste Theoretiker des »Trotzkismus«, Ernest Mandel aus Belgien (immerhin vor Jahren mit einem Einreise- und Redeverbot für die BRD belegt). Wer hätte sich noch vor drei Jahren eine Tagung vorstellen können, in der DKP-nahe Wissenschaftler Mandel als »Genossen« anreden (Jörg Goldberg) und zugestehen würden, daß man in der Zeit der Studentenbewegung von ihm viel über die Bürokratiefrage gelernt habe (Gert Meyer), bevor man mit ihm den sachlichen Streit über andere Gesichtspunkte aufnimmt? Wenn der Aufbruch in der Sowjetunion schon dort eine neue politische Kultur des Streits, ein anderes Diskussionsklima erzeugt hat, so war davon, von dieser Art »neuen Denkens«, auch bereits etwas auf der Bucharin-Tagung zu spüren.

### **Bucharins politische Aktivitäten**

Die thematische Behandlung des politischen und theoretischen Erbes Bucharins erfolgte in sechs Blöcken. Der erste, der sich mit seinen politischen Aktivitäten beschäftigte, wurde von seiner Tochter, Svetlana Gurchich, eingeleitet. Sie lenkte das Interesse

auf seinen wohl letzten öffentlichen Vortrag vom April 1936 in Paris, den sie als eine Art politisches Testament bezeichnete. Obwohl dort im wesentlichen von der Krise der kapitalistischen Kultur die Rede sei, finde sich darin eine komplette Absage an die Politik Stalins, die Feststellung der Unvereinbarkeit des Sozialismus mit den totalitären Methoden der Politik des Faschismus. Jeden Versuch, die Masse mit Gewalt zu unterdrücken, vergleiche er darin mit dem Faschismus.

In anschließenden Kurzvorträgen ging es u. a. um Bucharins Verhältnis zu Trotzki (Pierre Broué, Grenoble) bzw. zur Literatur (Lew Kopelew, Wuppertal). Eine interessante Kontroverse dürfte es auch künftig anhand der von Michal Reiman (Berlin/West) aufgeworfenen Fragen geben. Er warnte vor einer neuen historischen »Begrädigung« im Sinne einer Linie Lenin — Bucharin — Chruschtschow — Gorbatschow, wozu er Tendenzen in der neueren sowjetischen Debatte sah. Man müsse zur Kenntnis nehmen, daß sich die Politik der NEP (Neue Ökonomische Politik) in den zwanziger Jahren auch mit anderen Namen verbinde: Kamenew, Sokolnikow oder Rykow. Es ergebe sich ein falsches Bild, wenn man meine, nur die Parteirechte sei pro und die Linke kontra NEP gewesen. Reiman erinnerte auch an die Schwächen Bucharins: Sein Anschluß an die Linksoption um Trotzki 1920/21 in der Gewerkschaftsfrage, die ihn aus der neuformierten Parteiführung ausgeschlossen habe; sein späterer Anschluß an Stalin und das Fehlen einer klaren Konzeption für den Bereich der Industrie. Aus sowjetischer Sicht wurde diese erste linksoppositionelle Phase Bucharins als Anpassung an die revolutionäre Ungeduld der Massen bewertet (Yurij Polyakow, Moskau).

Kritisch gesehen wurde auch Bucharins Rolle in der Kommunistischen Internationale (KI), deren faktische Führungsfigur (nicht Generalsekretär) er zwischen 1926 und 1929 war. Archivstudien belegen, daß er noch bis 1928/29 selbst zur administrativen Lösung von Problemen in der KI — unter Kooperation mit Stalins Gruppe — bis hin zur Einschaltung der russischen Geheimpolizei (GPU) in der KI neigte (Bernhard Bayerlein, Aachen). Eine weitere wichtige Differenzierung brachte hierzu der Beitrag von Alexander Watlin (Moskau), der (bezogen auf theoretische Fragen in der Internationale) westlichen Forschern eine Überschätzung der Differenzen zwischen Stalin und Bucharin vorwarf. Seine Sicht der Dinge: Bucharin teilte den Ansatz der Sozialfaschismustheorie, allerdings mit Einschränkungen. Er differenzierte hinsichtlich der Klassenbasis. Eine Einheitsfront von unten sei mit Sozialdemokraten möglich, nicht aber mit den Faschisten. Er bezog die Sozialfaschismustheorie auch nicht auf die linke Sozialdemokratie, die für Stalin (und in Deutschland für Thälmann) als gefährlichster Feind der Arbeiterklasse anzusehen war. Warum über derartige Fragen in Zukunft weitere Aufschlüsse zu erwarten sind, erklärte Leonid Skarenkov (Moskau) mit bemerkenswerter Offenheit: Sie könnten heute nicht nur endlich in die Archive gehen, sondern auch das schreiben, was sie wollten.

### **Transformationsperiode und Neue Ökonomische Politik (NEP)**

Im zweiten Block ging es um die Probleme der Transformationsperiode, der NEP und einer sozialistischen Ökonomie. Die immer wiederkehrende Frage lautete hier: War

Bucharins Ansatz wirklich eine Alternative zu Stalin, gab es für die Sowjetunion 1928/29 eine Alternative zu forcierter Industrialisierung und Zwangskollektivierung? Während diese Frage generell überwiegend positiv beantwortet wurde, gab es allerdings erheblichen Streit darüber, wie die Entwicklung der NEP selbst zu bewerten sei. Wladimir Koslow (Moskau) war der Auffassung, daß bereits 1925 die ökonomische Basis für die bis dahin mit der NEP verbundenen Maßnahmen dahin gewesen sei, eine krisenhafte Entwicklung eingesetzt habe, für deren Beendigung klare Konzepte gefehlt hätten. Sein Moskauer Kollege Witalij Lel'cuk ging — sicherlich unzutreffenderweise — von einer krisenfreien Industrieentwicklung bis etwa 1930 und damit einer geradlinigen Fortsetzungsmöglichkeit der bisherigen Mechanismen der NEP aus. Einigkeit bestand bei den Forschern aus Ost und West darüber, daß Bucharin nicht einfach als theoretisches Vorbild für die heutigen (sowjetischen, chinesischen oder ungarischen) Vorstellungen einer sozialistischen Marktwirtschaft dienen kann. In seinem Verständnis waren marktorientierte Mechanismen Übergangsmaßnahmen, die Eliminierung des Marktes blieb das perspektivische Ziel. Bucharin ist dennoch der sowjetische Theoretiker dieser Zeit, der die *Grundlagen* für die heutige Debatte gelegt hat (so Koslow, Kosta und Kenneth Tarbuck, Manchester).

Mit diesen Fragen hing der dritte Block über die Landwirtschaftspolitik eng zusammen. Hier sind die Differenzen zu Stalins Politik am deutlichsten. Bucharin trat für die freie Kooperation der Bauern im Rahmen von Handelsgenossenschaften ein, so wie es Lenin schon 1922 perspektivisch vorgeschlagen hatte (Michal Mirski, Kopenhagen). Die (dazu noch zwangsweise durchgeführte) Zusammenfassung in Produktionskooperativen lehnte er ab, da hierfür die Voraussetzungen fehlten, insbesondere Maschinen und Experten zur Leitung eines Großbetriebes (Alessandro Stanziani, Paris). Diese Form der Kollektivierung konnte für ihn deshalb erst am Ende, nicht aber am Anfang der Entwicklung stehen (Viktor Danilov, Moskau). Neben diesen allgemein als positiv eingeschätzten Positionen gab es auch produktive Kritik. In Frage gestellt wurde sein (als kautskyanisch angesehenes) Festhalten an der Überlegenheit des agrarischen Großbetriebs und seine Schematisierung in kapitalistische und sozialistische Sektoren der Ökonomie, die zu wenig Verständnis für gesellschaftliche Übergangsformen erkennen lasse (Teodor Shanin, Manchester).

Ein deutscher Wissenschaftler kritisierte Bucharins Vorwurf an die linken Konzepte von Preobraschensky, der von der Notwendigkeit eines Tributs der Landwirtschaft an die industrielle Entwicklung im Rahmen der »ursprünglichen sozialistischen Akkumulation« ausging. Einen solchen Tribut habe es mit der sogenannten Preisschere (Differenz zwischen Industrie- und Agrarpreisen zu Lasten der Bauern) schon in den ersten Jahren der NEP gegeben. Eine Kombination der Konzepte beider Theoretiker hätte seiner Ansicht nach zu angemessenen Lösungen führen können (Stephan Merl, Gießen). Die konträre Sichtweise erblickte gerade in dem ab Mitte der zwanziger Jahre akzeptierten Transfer von der Landwirtschaft in die Industrie die Zerstörung der Basis der NEP (Koslow).

Auf eine Lücke der rein ökonomischen Debatte machten Lew Kopelew und W. Malenkowitsch (München) aufmerksam. Während heute die Perestrojka mit Maßnahmen

der Demokratisierung im politischen Bereich gekoppelt werde, habe die NEP nur eine ökonomische, nicht aber eine politische Öffnung des Sowjetsystems mit seiner Einparteiensherrschaft gebracht. Der Einwand ist berechtigt und sollte in der weiteren Debatte Berücksichtigung finden. Wir können die kritikwürdige Sichtweise Bucharins hier dazuliefern, die bei der ansonsten positiv zu bewertenden Rekonstruktion seines Denkens und Wirkens nicht vergessen werden darf. In einer Rede erklärte er 1927:

»Auch bei uns können andere Parteien existieren. Das Grundsätzliche aber, was uns von dem Westen unterscheidet, besteht darin, daß die einzig denkbare Situation bei uns ist: die eine Partei regiert, alle übrigen aber sitzen im Gefängnis. (Beifall) So war es, so wird es auch bleiben. (Beifall).« (*Trud* 13.II.1927; die *Prawda* vom 15.II.1927 ließ diesen Teil der Rede beim Abdruck aus.)

### Staatstheorie

Bucharins Staatstheorie wurde im vierten Block behandelt. Sidney Heitman (Fort Collins), der bekannteste Bucharin-Forscher in den USA, beleuchtete seinen Einfluß auf Lenins theoretische Arbeiten und dessen (nur öffentlich nicht zurückgenommenen und wohl auch nicht haltbaren) Hinweis auf anarchistische Tendenzen in Bucharins Denken, der später von Stalin weidlich ausgeschlachtet wurde. In Ernest Mandels (Brüssel) Referat stand das Bürokratieproblem im Mittelpunkt. Während Bucharin noch bis Februar 1923 die darin liegenden Gefährdungen eindringlich beschrieben habe, erfolge danach eine abrupte Wende und künftig eine Unterschätzung des damit verbundenen Emporrückens Stalins zur absoluten Macht. Mandel nannte vier weitere Kritikpunkte: Ausblenden des unproduktiven Sektors aus seinem ökonomischen Schema, Betrachtung des Arbeiters nur als Konsument und Städter, nicht aber als Produzent, Theorie vom Sozialismus in einem Land und Verkenning der Rolle der sozialistischen Demokratie. Um unterschiedliche Sichtweisen in bezug auf die Demokratievorstellungen Bucharins ging es auch in den Beiträgen von Maria Feretti (Paris) und Silvio Pons (Florenz). Erstere strich seine Konzeption der Kulturrevolution als graduellen Prozeß (unter Führung der Partei) heraus. Hierin, im angestrebten »friedlichen« Aufbau des Sozialismus ohne zweite oder dritte Revolution, liege eine entscheidende Differenz zu Stalins These vom sich ständig verschärfenden Klassenkampf beim sozialistischen Aufbau. Dennoch trage das angestrebte Ziel einer »zivilen Gesellschaft« zu sehr Züge eines von oben organisiereten Konsenses zwischen Staat und Massen, ausgedrückt in Bucharins Absage an Autonomievorstellungen für soziale Gruppen, die Arbeiterklasse eingeschlossen. Deshalb müsse das heutige Denken über ihn hinausgehen, und zwar durch reale Anerkennung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen etwa in Polen oder der Sowjetunion. Pons hingegen verteidigte Bucharins Ansatz als — von westlichen Vorstellungen unterschiedenes — Konzept, die Voraussetzungen einer Massendemokratie erst herzustellen. Darin sei — unter Beibehaltung der Vorstellung von nur einer Partei — durchaus Platz für Pluralismus auch außerhalb dieser Partei. Am weitesten in der Berücksichtigung Bucharinscher Vorstellungen für selbstkritische Überlegungen ging Zeng Quixian (Wuhan). Ein besseres Studium Bucharins hätte ihnen in China die Kulturrevolution erspart.

## Imperialismus und Weltökonomie

Der fünfte Block stand unter der Themenüberschrift »Imperialismusanalyse und Probleme der Weltökonomie«. Jörg Goldberg (Frankfurt) schilderte Stärken und Schwächen in Bucharins Imperialismustheorie. Seine Kritik an Rosa Luxemburgs Reproduktionsschemata sei bis heute unübertroffen, hervorzuheben seien auch seine spätere Kritik an der österreichischen Grenznutzenlehre (Böhm-Bawerk) und das Erkennen der Ausweitung der ökonomischen Staatsfunktionen im Zusammenhang mit der Zentralisation und Konzentration des Kapitals. Er bewege sich aber auch — und hier die Kritik — im Rahmen einer Zusammenbruchstheorie, begreife die ökonomischen Widersprüche nur auf der Ebene der Zirkulation, die bei ihm in der Anarchie des Marktes gipfelten. Das führe zu einer völligen Unterschätzung der Anpassungsspielräume des Kapitalismus und verhindere das Erkennen von Reformmöglichkeiten. Bucharin bleibe so vielfach schematischem und ökonomistischem Denken verhaftet. Goldberg plädierte für eine Neuentdeckung aller Strömungen des zeitgenössischen Marxismus und ihre kritische Neubewertung, wobei auch Kritik an Lenin möglich sein müsse.

Sehr viel weiter ging dabei Radoslav Selucky (Ottawa). Er plädierte für eine radikale Revision des Leninismus in den sozialistischen Staaten, deren Notwendigkeit auch Bucharin nicht verstanden habe. Dessen Modell eines ausbalancierten wirtschaftlichen Wachstums, verbunden mit bäuerlicher Einzelwirtschaft und Marktrelationen zwischen Industrie und Landwirtschaft habe zwar eine reale Alternative zu Stalins oder Trotzki's »Superindustrialisierung« bedeutet; dennoch seien seine Vorstellungen zu abstrakt geblieben.

## Bucharin als Philosoph

Den Abschluß bildeten die Themen »Bucharins philosophische Arbeiten« und seine Beziehungen zu anderen Philosophen und Ökonomen. Für Hermann Schmid (Roskilde) machen es die realen gesellschaftlichen Veränderungen seit den zwanziger Jahren für den westlichen Marxismus erforderlich, weniger an die theoretischen Positionen denn an die Denkmethode bzw. die Gesellschaftskonzeption Bucharins anzuknüpfen. Dabei empfahl er u.a. eine vergleichende Aufarbeitung der Konzepte Bucharins und Gramscis zur Hegemonieproblematik. Beiträge, die sich genau damit hätten beschäftigen sollen (W.F. Haug, Chr. Riechers, D. Albers) entfielen bedauerlicherweise wegen Krankheit bzw. der Tatsache, daß den Vorträgen der ausländischen Gäste angesichts der Zeitnot Priorität eingeräumt wurde. Hier bleibt zu hoffen, daß ein projektierte Tagungsband diese Lücke schließen wird. Behandelt wurden so lediglich noch Bucharins Beziehungen zu Lenin vor 1917 (Miklos Kun, Budapest; der Sohn des Führers der ungarischen Räterepublik und späteren Komintern-Funktionärs Bela Kun) und zu Bogdanow (Jutta Scherrer, Paris) sowie der Stand der Bucharin-Forschung in der VR China (Yin Xuyi, Peking). Gespannt sein darf man auf die bisher noch nicht erfolgte Antwort auf einen Vorschlag Ernest Mandels, eine ähnliche Tagung mit den sowjetischen KollegInnen zu Trotzki zu veranstalten.

Valerij Pisigin

## Warum brauchen wir die politische Rehabilitierung Bucharins?

### *Vorbemerkung:*

Bei nachfolgendem Text handelt es sich um einen der Beiträge des internationalen Bucharin-Symposiums in Wuppertal (vgl. dazu den Beitrag von Albers/Schöler in diesem Heft). Vielleicht, weil er gerade nicht zu den mehr wissenschaftlich ausgerichteten Vorträgen gehörte, hat er mit den größten Eindruck hinterlassen. Mehr noch als in den offen ausgetragenen fachlichen Disputen sowjetischer Bucharin-Forscher kam hier eindringlich zum Ausdruck, in welche Krise des gesellschaftlichen Selbstverständnisses die tiefgreifende Veränderung in der UdSSR und ihr neuer Zugang zur eigenen Geschichte gerade die jüngere Generation hineingerissen haben. Bemerkenswert ist, daß hier dem Versuch widerstanden wird, nun die Stalin-Ära selbst nach altem Muster aus der eigenen Geschichte zu verbannen, neue weiße Flecken zu produzieren. Der Autor und alle diejenigen, die sich über die Rehabilitierung Bucharins hinaus für eine Neubelebung seines Gedankengutes einsetzen, bekennen sich zugleich zur Notwendigkeit einer offenen Auseinandersetzung mit Stalin als Teil der eigenen Geschichte. — Zu Bucharins wichtigsten theoretischen Hinterlassenschaften gehören seine ökonomischen Arbeiten über die Periode der NEP, die Neue Ökonomische Politik in den zwanziger Jahren, an die die heutigen Umgestaltungsversuche bewußt anknüpfen. Stalins Übergang zu einer Politik der Repression gegenüber den Kulaken, den reichen Bauern, bedeutete das Ende der NEP. — Der Autor, Valerji Pisigin, arbeitet in einem größeren Werk in der Stadt Naberezhnye Tchelny. Die Stadt war früher bekannt unter dem Namen Breschnew, verlor ihn aber auf Grund der Initiative der dort Beschäftigten. Pisigin war der Initiator eines Bucharin-Clubs, dem hauptsächlich Jugendliche angehören. In weiteren Städten ist man diesem Beispiel gefolgt. Aus Platzgründen war die Redaktion gezwungen, den Text leicht zu kürzen.

Uli Schöler

Diejenigen, die die Entwicklung in unserem Lande aufmerksam verfolgen, wissen, in welch komplizierter Zeit wir leben. Grandiose Probleme müssen wir lösen, um überhaupt weiterleben zu können: die nationale Frage, das Nahrungsproblem, das Problem des Kampfes gegen Korruption, Bürokratismus usw. Niemand verheimlicht diese Probleme, die Gesellschaft geht ernstlich an sie heran, vieles muß umgedacht werden, sowohl in jedem eigenen Leben wie auch im Leben des ganzen Landes, und Glasnost muß dabei behilflich sein. Plötzlich hören wir, daß die eisernen Volkskommissare, die großen Strategen, die ruhmreichen Organisatoren unserer Siege nichts als politisierende Intriganten und prinzipienlose Verbrecher waren. Hinter den idyllischen Liedern vom Land, wo jeder so frei atmet, hören wir nun das Stöhnen von Millionen von Gulag-Opfern. Wir beugen das Haupt vor den im Großen Vaterländischen Krieg Gefallenen, stellen uns aber die Frage: Warum mußte es zu diesem Krieg kommen, wenn wir ein Jahrzehnt vorher Millionen Menschenleben geopfert haben, um diesen Krieg zu verhindern? Wenn wir in Moskau den Kreml besuchen, hören wir oft von den Grausamkeiten der russischen Zaren. Heute aber wissen wir, daß ganz andere Zaren unsäglich viel grausamere Intrigen geflochten, viel schrecklichere Willkür walten ließen. Wir haben erkannt, daß unsere Gesellschaft nicht gesund ist, unwissend und gleichgültig,

heuchlerisch ist sie und grausam. Wir wissen auch, daß diese Laster gefährlich sind für die uns umgebende Welt und vor allem für uns selbst. Man könnte verzweifeln und aufhören, an die Zukunft zu glauben, wenn es die andere Seite nicht gäbe, die Reinigung unserer Gesellschaft. Heute sind wir schon soweit, daß wir allgemein menschliche Werte höher schätzen als Klassenwerte. Lesen können wir jetzt, was wir wollen. Sehr richtig hat Jewtuschenko gesagt: Die man gerichtet hat, wachen auf und werden Richter, und die ehemaligen Richter werden gerichtet werden. Jetzt lesen wir die Wahrheit über Rykow, Tomski, Kamenew, Sinowjew, Pjatakow, Radek und andere. Auch Lenin betrachten wir heute anders. Er steht jetzt vor uns in seinem wirklich menschlichen Aspekt, ohne jeden Fetischismus, der ihm so fremd war. Wir verstehen auch, wie groß unsere Verantwortung ist, denn schließlich wird heute die Frage entschieden: Hatte Lenin Recht oder nicht? Und eine unserer größten Erwerbungen ist die von Unwahrheit und Lüge freigegebene Gestalt Bucharins. Die Wiederkehr einer so wichtigen Persönlichkeit wie Bucharin ist bestimmt kein Zufall. Bedingt durch unsere Entwicklung und vorbestimmt schon zu Bucharins Lebzeiten, als er sich für die NEP einsetzte, vom humanen Sozialismus sprach und an das Gewissen seiner späteren Verderber appellierte. Bucharin wußte, daß er Recht hatte, sowohl 1929 auf dem tragischen Februar/März-Plenum, wie auch ein Jahr später, als er zum letzten Mal im Oktober-Saal des Gewerkschaftshauses erschien. Das erlaubte ihm, zu hoffen, daß früher oder später man sich an ihn mit warmen Gefühlen erinnern wird und die Nachkommen sich seine traurigen Erfahrungen zu eigen machen werden. Darin besteht nicht nur die höhere Gerechtigkeit, darin besteht das Glück, denn wie Diderot gesagt hat, sind die Nachkommen für einen Philosophen dasselbe wie das Jenseits für den Gläubigen. Und Bucharin war ein tiefsinniger Philosoph. Wir sprechen von der Wiederkehr Bucharins, denn das Wort Rehabilitierung ist hier kaum am Platz. Die gerechte Sache und die Wahrheit bedürfen keiner Rehabilitierung. Von uns hängt es ab, ob sie gewahrt oder von Lüge umwoben wird.

### **Klassenkampf und ziviler Friede**

In Bucharins Nachlaß schätze ich besonders hoch, wie er die Formen und Methoden des Klassenkampfes unter Verhältnissen des zivilen Friedens ausarbeitet. Folgerichtig vertritt er die Leninsche These von der Übertragung des Schwergewichts des Klassenkampfes auf die friedliche, organisatorische Kulturarbeit. In einer seiner wichtigsten Arbeiten (»Der Weg zum Sozialismus und das Arbeiter-Bauern-Bündnis«) Ende 1922 geschrieben sagt Bucharin: Wir werden endgültig siegen, wir werden in diesen neuen friedlichen Verhältnissen den Bund zwischen Arbeiterklasse und Bauerntum festigen können. Das muß in neuen, viel komplizierteren Verhältnissen als früher vor sich gehen. Mit dem Sieg der proletarischen Revolution und der Unterdrückung der konterrevolutionären Kräfte hört der Klassenkampf nicht auf. Er ändert wesentlich seine Form. Es ist die sowjetische Gesetzgebung, die die Rechte der Werktätigen garantiert, es ist das System der Steuerbelegung der kapitalistischen Betriebe, es ist die Konkurrenz seitens der Staatsindustrie, des Staatshandels und der Kooperativen, die die neuen

Formen des Klassenkampfes bilden, und wenn die Staatsindustrie, der Staatshandel und die Kooperativen im Prozeß der friedlichen Konkurrenz auf dem Markt den Privatunternehmer verdrängen, so ist das ein Sieg im Klassenkampf. Es ändern sich die Formen des Klassenkampfes auch im Dorf, wo wir gegen den Laden des Dorfhändlers nicht Gewalt anwenden, sondern einen guten Genossenschaftsladen eröffnen müssen. Diese friedlichen Waffen empfiehlt Bucharin im Kampf gegen die Ausbeuter und das war in jener Zeit sozusagen die Generallinie. Der Weg zum Sozialismus liegt nicht in der Gewalt. Wir brauchen heute keine Revolution und keinen bewaffneten Kampf gegen die existierende Ordnung, sagte Bucharin Ende 1925, als er vor den Komsomolzen auftrat. Heute, in der friedlichen Periode, muß sich unsere Tätigkeit dem Klassengegner überall dort widersetzen, wo er Fuß gefaßt hat. Auf diesem Wege werden wir Schritt für Schritt alles Böse überwinden, was noch vorhanden ist. In unserer simplen Vorstellung ist der Klassenkampf vor allem der bewaffnete Kampf, die totale Gewaltanwendung einer Klasse gegen die andere. Der Klassenkampf, wie ihn Stalin sah, hatte einen abstrakten Charakter genau wie der von ihm verkündete Humanismus. Dieser Klassenkampf will nicht die existierenden ökonomischen Beziehungen verändern, sondern konkrete Menschen, ganze Gruppen von Menschen vernichten, sogar ganze Klassen. Vor so einem Klassenkampf bekommt man Angst, aber in den zwanziger Jahren war die Verderblichkeit einer solchen Doktrin bei weitem nicht allen klar. Die Bürokratie hat sich das zunutze gemacht, sie wollte unbedingt die NEP diskreditieren, denn diese war die Hauptbremse ihrer Macht. Darum sollte die Lage im Lande destabilisiert werden, sie steuerten zurück zu den Ausnahmezuständen und wollten die Politik des zivilen Friedens liquidieren. Jetzt, nach vielen Jahren, können wir die Kräfte einschätzen, die über die mächtige Apparatgewalt verfügten und gleich nach dem 15. Parteitag eine Attacke gegen die Politik des zivilen Friedens führten, und die These vom abstrakten Klassenkampf aufstellten, dessen logisches Ende der große Terror wurde, ein wahrer Krieg gegen das eigene Volk, Vernichtung der bolschewistischen Partei, Vernichtung der Dörfer. Als Anfang 1928 Stalin und seine Umgebung schroff dazu übergingen, Ausnahmezustände einzuführen, traten Bucharin, Rykow und Tomski dagegen auf. Sie verstanden, wozu das führen kann. Bucharin, bei seinem Auftritt auf dem 8. Komsomolkongreß, kehrt nochmals zur Frage des Klassenkampfes in friedlichen Verhältnissen zurück. Es ist völlig falsch, sowohl theoretisch als auch praktisch, die Meinung zu vertreten, daß — sagen wir — das Errichten von neuen Betrieben etwas ganz anderes sei als der Klassenkampf mit den Überresten des Kapitalismus. Genauso ist es falsch, zu glauben, daß der Kampf im Dorf mit dem Kulaken eins ist und die Kooperierung der Bauern etwas ganz anderes. Bucharin gibt noch einmal zu verstehen, daß der Klassenkampf in der Epoche des friedlichen Aufbaus nicht abstrakt sein darf, sondern sich darin äußern muß, daß er Aufgaben des sozialistischen Aufbaus löst und dabei den Klassenfeind verdrängt. Wir müssen unseren Klassenkampf sozusagen ökonomisieren. Er muß durchtränkt sein vom Geist des wirtschaftlichen Aufbaus, und umgekehrt muß unser wirtschaftlicher Aufbau durchtränkt sein vom Geist des Klassenkampfes. Die Loslösung der Politik von der Ökonomie hat die Politik hohlgemacht, sie wurde zum System einer Hierarchie von verschiedenen Posten. Potentielle Teilnehmer

des Produktionsprozesses wurden millionenfach zu Klassenfeinden erklärt mit allen schrecklichen Folgen. Das muß jetzt endgültig abgeschafft werden, weil unsere Gesellschaft heute Probleme löst, die denen der zwanziger Jahre sehr ähnlich sind. Heute stehen die Werktätigen vor der Aufgabe, die Produktionsmittel zu beherrschen und sie von der Kontrolle des befehlsadministrativen Systems zu befreien, sie der Gesellschaft als solcher zur Verfügung zu stellen. Wir müssen immer an die Lehren der Vergangenheit denken, müssen die Politik des zivilen Friedens wahren, dürfen nicht vergessen, in welchem Lande wir leben.

### **Bucharin und die Jugend**

Das ist um so wichtiger, weil bei einem Teil unserer Gesellschaft, vor allem bei Jugendlichen, heute auch extremistische Tendenzen auftauchen. Unser politischer Club besteht hauptsächlich aus Jugendlichen, darum ist uns das besonders wichtig, was Bucharin sagte, wenn er mit der Jugend, mit dem Komsomol, sprach. In den zwanziger Jahren war Bucharin die populärste Figur unter den bolschewistischen Führern in den Kreisen der Jugendlichen. Er verstand es, an sie heranzugehen, ohne daß er sich anboterte und ohne Mentor zu sein. Er verstand es, seine Kenntnisse, seine Erfahrungen der jungen Generation zu übermitteln in der Hoffnung, daß die Jugend real am kommunistischen Aufbau teilnehmen wird, nicht aber, daß sie sich in eine dekorative Beilage des Bürokratismus verwandelt. Heute zieht es die Jugend wieder zu Bucharin. Es finden Konferenzen statt, Bucharinsche Lesungen, wissenschaftliche Symposien, Seminare. Und die Organisatoren sind Jugendliche. Es genügt, wenn ich Euch sage, daß anläßlich der Konferenz, die unser Politclub am 24. September durchführte, junge Forscher des Bucharinschen Nachlasses aus dem Baltikum, aus der Ukraine, aus Kirgisien, dem fernen Osten, aus dem Ural und aus den Wolgastädten zusammenströmten. Diese Bewegung nimmt stark zu. Kein Zufall, daß auf der Konferenz der Genossenschaften Ende August eine zwischenregionale Genossenschaftsföderation gegründet wurde. Sie wird in Zukunft eine nationale Föderation werden, und zu ihrem Präsidenten wurde der Politorganisator des Bucharin-Clubs gewählt. Alles das zeigt, daß das, was in den zwanziger Jahren gesät wurde, nicht untergegangen ist, darum schauen wir sehr optimistisch in die Zukunft. Dabei wissen wir, daß wir immer wieder auf das Vergangene zurückblicken müssen, auf unsere so tragische aber auch heldenhafte Geschichte.

### **Bucharin und Stalin**

Die Mehrzahl der westlichen Historiker ist der Meinung, daß die Verhältnisse, die sich um die Mitte der dreißiger Jahre in unserem Lande gebildet haben und uns zu unsäglichen Schwierigkeiten geführt haben, eine logische Folge der Oktoberrevolution sind. Anders ausgedrückt: Der Stalinismus sei die vollendete Fortsetzung des Leninismus. In seiner Analyse kritisiert Stephen Cohen, Professor an der Princeton-Universität, diese Methode. Man stellt logische Konstruktionen aus den Ereignissen der Vergangenheit her, um das Gegenwärtige zu behaupten. So machten es die Historiker, um

Britannien zu rühmen. Analog handeln viele Sowjetologen, um den Sozialismus und unser Land zu diskreditieren. Und so machen es auch viele unserer Revolutionsforscher. Wir lehnen diese Methode ab. Die Geschichte Rußlands war nie gradlinig. Sie kannte alle möglichen Wendungen, und oft gestaltete sich Rußlands Zukunft im Gegensatz zu ihrer Gegenwart. Das spricht nicht gegen die Gesetze der Dialektik, ganz im Gegenteil. Nicht dank des Stalinismus bildeten sich in unserer Gesellschaft die heutigen Prozesse, sondern im Gegensatz zu ihm, und der Stalinismus seinerseits entsprang nicht aus dem Leninismus, sondern war ein verbrecherisches Ignorieren seiner humanen Ideen. Der Stalinismus hat nichts Gemeinsames mit dem Sozialismus, mit unserer gesellschaftlich politischen Struktur, wohl aber mit der Geschichte unseres Landes. Aus unserer Geschichte können wir den Stalinismus nicht entfernen und für die ganze Menschheit ist er ein zu bitteres Kapitel, um darüber zu schweigen. Wenn wir uns von Stalin lossagen, wird es uns leichter, aber es ist die Leichtigkeit des sich Nichtkennens. Heute sehen wir, daß es bei Bucharin und Stalin nicht um Fragen des Tempos der Industrialisierung ging, sondern um zwei verschiedene Philosophien. In der Praxis äußerte sich das in folgendem: Entweder geht das Land den Weg des sozialistischen Aufbaus mit aller Vielfalt seiner Formen, den Weg der Demokratisierung, den Weg der Entfaltung volkswirtschaftlicher Methoden, den Weg im leninschen Sinne. Oder das Land geht den Weg, der abseits führt vom Sozialismus, der abweicht von demokratischen Prinzipien, der administrative Methoden des Wirtschaftens anwendet, das Dorf ausbeutet und die Macht der Bürokratie einsetzt. Der weitsichtige Politiker Bucharin hat das als einer der ersten erkannt. Hat Bucharin eine Alternative zum Stalinismus entwickelt, einen Bucharinismus? Nein. Einen dritten Weg hat es nicht gegeben. Es gab das von Lenin ausgearbeitete System der Anschauungen, die Konzeption des Aufbaus des Sozialismus in unserem Land. Bucharin war nach Lenins Tod in der Parteiführung der Politiker, der sich Lenins Gebote am besten angeeignet und sie durchgeführt hat. Bis 1928 war Stalin völlig mit Bucharin einverstanden, mindestens in Worten, und er verteidigte diese Anschauungen im Kampfe gegen die Opposition. Es war nicht Bucharin, sondern Stalin, der eine Wendung um 180 Grad in seiner Politik gemacht hat. Darum wurden Stalin und seine Anhänger selbst zu einer Alternative. Das war eine Alternative zum Leninismus und zum Sozialismus, den Bucharin verteidigte. Wir müssen nun endgültig mit dem Stalinismus Schluß machen. Wir müssen wiederherstellen, was vernichtet wurde, sonst werden wir die komplizierten Probleme, die vor uns liegen, nicht richtig lösen können. Darum ist die Wiederkehr von Nikolai Iwanowitsch Bucharin heute so wichtig.

# Gewerkschaften

Klaus Peter Kisker und Andreas Wehr

## Die IG Metall in der Offensive

Internationaler Zukunftskongreß der IG Metall  
vom 27. bis 29. Oktober 1988 in Frankfurt am Main

»Gewerkschaften: Zustand gut — Aussichten trübe?«, so lautete die Titelzeile der »Gewerkschaftlichen Monatshefte« 10/88. Sie spiegelt damit eine Einschätzung vieler Linker wider. Nach zehn Jahren Massenarbeitslosigkeit und konservativer Deregulierungspolitik stehen die Gewerkschaften in fast allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern in der Defensive: In den USA haben sie fast jeglichen politischen Einfluß verloren, in England bot der letzte TUC-Kongreß ein Bild des Rückzugs und der Zersplitterung, in Frankreich und in Japan ist ein weiteres Absinken der traditionell niedrigen Organisationsrate festzustellen, in Italien ist der einst so mächtige CGIL tief zerstritten.

Da hilft es wenig, wenn allenthalben auf die wachsende Rolle der Gewerkschaften bei der Überwindung autoritärer Regime (etwa in Chile und in Südafrika) oder auf ihre Rolle im Demokratisierungsprozeß der sozialistischen Länder verwiesen wird. Ihre defensive Position in den meisten hochentwickelten kapitalistischen Ländern scheint bis auf weiteres festgelegt.

Es muß daher schon internationale Aufmerksamkeit erregen, wenn in dieser Situation die IG Metall eine Zukunftsdiskussion eröffnet. Ein erster Schritt einer breit angelegten Gegenoffensive — oder ein verzweifelter Ausbruchversuch aus der Wagenburg? Wie es einer Zukunftsdiskussion der IG Metall schon einmal ergangen ist, daran erinnerte *Karl-Heinz Janzen* in seinem Schlußwort. Er forderte dazu auf, die Protokolle dieses Kongresses — anders als die der Tagung von 1972 — nicht im Bücherschrank verstauben zu lassen. Die Linke sollte diese Mahnung beherzigen, denn viele Reden und Diskussionsbeiträge dieses Kongresses sind es wert, gründlich gelesen und breit diskutiert zu werden.

Die Schwerpunkte der gegenwärtigen Zukunftsdiskussion sind durch die Herausforderungen vorgegeben, denen sich die Gewerkschaften gegenübersehen:

- Realisierung des EG-Binnenmarktes 1993,
- Druck der Unternehmen und der Bundesregierung in Richtung Deregulierung und Flexibilisierung,
- Individualisierungsschub und damit verbundene Organisationsprobleme der Gewerkschaften.

Der Kongreß war durch sechs Foren mit den Schwerpunkten Umweltschutz, Neokon-servatismus, Wertewandel, soziales Wirtschaften, Technologie sowie Sozial- und Tarif-politik vorbereitet worden (vgl. dazu die Zusammenfassung in *Der Gewerkschafter* 9a [Sept. 1988] und *spw* 42; die Reden und Diskussionsbeiträge sind inzwischen in sechs Materialbänden dokumentiert). Der Kongreß sollte einen Überblick über den Stand der Diskussion bieten, vor allem aber — wie Karl-Heinz Janzen sagte — den Anspruch der IG Metall auf die Gestaltung unserer Zukunft anmelden. Von der Diskussion mit Politi-kern, Gewerkschaftern und Wissenschaftlern erhofft sich die Gewerkschaft eine Präzi-sierung und Zuspitzung der Probleme. Die Referentenliste reichte von Edzard Reuter, Lothar Späth, Kurt Biedenkopf bis hin zu Hans-Jürgen Krupp, Peter Glotz, Johano Strasser und Oskar Negt.

Die Vertretung der SPD war dürrtig. Abgesehen von Hans-Jochen Vogels Referat am Eröffnungstag waren nur Strasser und Glotz als Referenten gekommen, wobei Glotz nach seiner jüngsten Niederlage als Repräsentant des Machtzentrums der SPD nicht mehr anzusehen ist. Als Mitdiskutierende sind noch die Bundestagsabgeordnete Sigrid Skarpelis-Sperk, die Hamburger Landesvorsitzende Traute Müller, Peter von Oertzen, Detlev Albers und Susi Möbbeck zu nennen. Kein Präsidiumsmitglied und kein sozial-demokratischer Ministerpräsident hatte sich nach Frankfurt verirrt. Eine verpaßte Chance zur Diskussion mit der größten DGB-Gewerkschaft, die angesichts der tiefge-henden Meinungsunterschiede zwischen Partei und Gewerkschaften über die Weiter-entwicklung der Wirtschaftspolitik besonders schwer wiegt. Als verpaßte Chance muß auch das Referat von *Hans-Jochen Vogel* gewertet werden. Er bekräftigte lediglich die bekannten Beschlüsse von Nürnberg und Münster. Damit zeigte er die innere Wider-sprüchlichkeit der Partei. Vermißt wurde der von vielen erwartete Aufruf an die eigene Partei, zusammen mit den Gewerkschaften die Zukunftsdebatte zu führen. Die von der IG Metall aufgeworfenen Fragen sind offensichtlich für die SPD bereits gelöst.

Die für den zweiten Tag einberufenen Arbeitskreise tagten parallel und blieben ohne gemeinsame Auswertung, so daß die TeilnehmerInnen nur jeweils einen Ausschnitt des Kongresses erleben konnten. Eine problematische Anlage einer Tagung, da die gantz-tägigen Arbeitsgruppen das Kernstück des Kongresses bildeten und sie personell und thematisch sehr unterschiedlich besetzt waren. Die vier inhaltlichen Schwerpunkte des Kongresses waren: (1) Die Bundesrepublik in der Weltwirtschaft, (2) Zukunftsfrage: Soziale Demokratie oder Spaltung der Gesellschaft?, (3) Zukunft der Arbeit — Zu-kunft der Gewerkschaften und (4) Wie wir morgen leben wollen. Hier kann nur auf die Arbeitskreise 1 und 3 eingegangen werden.

### Eine Lektion in Sachen Klassenkampf

Tief verletzt und mit einer vor Erregung zitternden Stimme preßte *Edzard Reuter* hervor: »Zwischen ihnen und mir bestehen unüberbrückbare, grundsätzliche Gegen-sätze, die müssen ausgefochten werden.« Dann der Bannfluch: »... mit ihren Ausführ-ungen, mit ihrer Ideologie von der zunehmenden öffentlichen Verarmung und der wachsenden Verelendung in der Welt, stellen sie sich außerhalb dieser Gesellschaft.«

Was war geschehen? Was hatte den Vorstandsvorsitzenden von Daimler-Benz, Mitglied der SPD und wiederholt als Wirtschaftssenator oder Wirtschaftsminister für SPD-geführte Regierungen gehandelten Spitzenmanager dazu gebracht, seine Fassung zu verlieren? In dem Arbeitskreis 1 hielt Reuter ein Referat über die Zukunft des Industriestandortes Bundesrepublik.

Nach einem Bekenntnis zum Standort Bundesrepublik und der schwer erträglichen, deutschtümelnden Feststellung, daß nicht die deutschen Gewerkschaften, wohl aber die Wettbewerber auf den Weltmärkten die Gegner der deutschen Unternehmer seien, wandte er sich scharf gegen alle Vorstellungen von alternativer Wirtschaftspolitik. Einen Abbau der Arbeitslosigkeit durch Stärkung der Binnennachfrage kanzelte er als puren Aberglauben ab, die Forderungen nach öffentlichen Investitionsprogrammen könnten seiner Auffassung nach nur Vabanque-Spieler verantworten. Er verurteilte den Kampf der Gewerkschaften um Arbeitszeitverkürzung mit dem Argument, die Gewerkschaften in der Bundesrepublik verdrängten die Tatsache, daß in allen anderen europäischen Ländern dieses »Patentrezept« längst fallen gelassen sei. Anklagend fügte er hinzu, daß selbstverständlich (!) die Arbeitskosten und die durch die Arbeitszeitorganisation verursachten Anlagekosten nicht tabuisiert werden dürften. Schuld an der Arbeitslosigkeit seien die Gewerkschaften, denn: Mit steigenden Arbeitskosten sinkt die Zahl der Arbeitsplätze.

Weiter so, wie bisher, geht es nicht, da wir uns — nach Edzard Reuter — in einer Ära tiefgreifender Umbrüche befinden. Wer nach dieser unbestreitbaren Feststellung auf eine die technologischen und ökologischen Probleme einschließende Analyse wartete, wurde schnell ernüchert. Umbrüche hätten nur die Unternehmer zu befürchten. Schon die Prognosen für das kommende Jahr seien für sie mit vielen Fragezeichen behaftet. Gleichzeitig müsse die deutsche Wirtschaft damit rechnen, in den nächsten Jahren unter erheblich verstärktem Preisdruck der ausländischen Wettbewerber zu geraten. Seine Forderung angesichts dieser Gefahren lautete, eine mikroökonomisch angelegte, solide Angebotspolitik zu betreiben! Dazu gehörte für ihn u. a., daß Staat und Gewerkschaften die Industrie unterstützen, die Wachstumschancen im Bereich der Luft- und Raumfahrt wahrzunehmen; ferner zu akzeptieren, daß es ein technisches und wirtschaftliches Junktim zwischen diesem Bereich und der Verteidigungstechnik gibt. Als »abwegig« brandmarkte er vorsorglich alle Analogieschlüsse zur deutschen Geschichte, da unsere Verfassung jede Vorbereitung von Angriffskriegen verbiete. Um eindeutig klarzustellen, wer hier der Boß ist und wer weiß, was sowohl für die Unternehmen wie für die Bundesrepublik insgesamt gut und richtig ist, fügte er hinzu: »Wenn unternehmerische Verantwortung keine Phrase sein soll, dann muß dazu die Bereitschaft gehören, nach reiflicher Prüfung aller Fragen und Einwände auch gegen Widerstand zu tun, was richtig ist.«

Den Gewerkschaften erteilte er den väterlichen Rat, sich von Ideologien zu trennen, mehr Pragmatismus zu entwickeln und in einer konzertierten Aktion den großen Vorrat an latenten Gemeinsamkeiten mit den Unternehmern auszuschöpfen. Im Interesse aller sei es zum Beispiel, den Produktivitätsanstieg bis auf weiteres in den Unternehmen zu belassen und ein flexibles Lohnsystem zu akzeptieren. Wenn die Gewerk-

schaften das nicht einsähen, drohte er zum Schluß seines Referates, dann müßten »die Verantwortlichen unseres Landes endlich wieder den Mut finden, mit der Mehrheit der Bürger zu koalieren, anstatt den ideologischen Eigengesetzlichkeiten ihrer Apparate zu folgen«.

Es war lehrreich, wie hier einer der wohl qualifiziertesten und als immer noch relativ liberal einzustufenden Vertreter des Kapitals die Arroganz der Macht demonstrierte und damit eine Lektion in Sachen Klassenkampf lieferte. Er weiß, was richtig und was falsch ist. Seine Vorstellungen beruhen auf der »Bereitschaft zur Verantwortung für unser Gemeinwesen«, sind »vernünftig und pragmatisch«. Die »Liste aus Unsinn und Denkfehlern« auf der anderen Seite beruht auf falschen Ideologien. Kein Zweifel trübt seine Überzeugung, daß das, was gut für Daimler-Benz ist, auch gut für die Bundesrepublik ist.

Beeindruckend war die Einhelligkeit und Eindeutigkeit, mit der die Kollegen aus der Hauptverwaltung, die Betriebsräte und die anwesenden Wissenschaftler den Vorstellungen von Reuter entgegentraten. Mit vielen Beispielen wurde belegt, daß die einzelwirtschaftliche Logik nicht mit der gesellschaftlichen identisch ist. Es herrschte ein breiter Konsens, daß angesichts der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, der Verarmung in der Bundesrepublik und der Verelendung der Dritten Welt Zukunft zu gestalten heißt, sie nicht länger den Interessen der ökonomisch Mächtigen zu überlassen, sondern Wege zu finden, die betriebswirtschaftliche Logik zu Gunsten der gesellschaftlichen Vernunft zu überwinden.

Diese Woge aus kämpferisch vorgetragener, konkreter Kritik brachte den Boß des größten deutschen Kapitals sichtlich aus der Fassung. Vorbei war es mit der Souveränität und der geschliffenen Rede. Wie ein Angeschlagener teilte er nur noch Tiefschläge aus. In harschem Ton verbat er sich Belehrungen und verteufelte die Kritiker als verbohnte Ideologen. Besonders empfindlich reagierte er auf die Kritik an der geplanten Großfusion von Daimler-Benz mit MBB, die nach Auffassung aller Diskussionsredner einen unkontrollierbaren »Militärisch-Industriellen-Komplex« schaffen wird. Ihnen unterstellte er — obwohl der Begriff bekanntlich von Eisenhower geprägt wurde —, Ideologien der »anderen Seite« zu verbreiten. Noch lange wurde darüber gestritten, ob dieser Denkmalsturz ein personenbezogenes Problem ist oder ob hier deutlich wurde, wie verletzlich die Klasse der Unternehmer ist, wenn ihr solidarisch Paroli geboten wird.

### **Ratschläge an die Gewerkschaften**

Im Arbeitskreis 3 referierten am Vormittag Oskar Negt und Lothar Späth. *Negt* bezeichnete die Gewerkschaften keineswegs als »auslaufendes Modell«. Bei der Demokratisierung in den sozialistischen Ländern, aber auch bei der Überwindung autoritärer Regime außerhalb Europas spielten sie gegenwärtig eine entscheidende Rolle. Die gewerkschaftliche Organisationsform hat nach seinen Worten noch eine große Zukunft. Für die bundesdeutsche Gewerkschaftsbewegung sah er den zentralen Mangel in der fehlenden Perspektive einer anderen Gesellschaftsform. Als Ursache benannte er

das weithin fehlende Geschichtsbewußtsein, der »doppelte Blick« sowohl auf die unmittelbare betriebliche Interessenvertretung als auch auf die Gesamtgesellschaft fehle. Er unterschied verschiedene Phasen der bundesdeutschen Gewerkschaftsentwicklung: Auf die Zeit einer starken Politisierung vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Verabschiedung des restriktiven Betriebsverfassungsgesetzes 1952 folgte eine stärkere Konzentration auf die Tarifarbeit, ohne daß allgemeinpolitische Fragen ganz aus der Programmatik verschwunden wären (z.B. Anti-Atom-Tod-Bewegung). Heute stünden die Gewerkschaften vor der Situation, daß der tarifliche Handlungsrahmen enger geworden ist und sich die gewerkschaftliche Organisationskraft nur durch Arbeit im kulturellen und politischen Vorfeldbereich erhalten ließe. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit müsse die außerbetriebliche Arbeit wichtiger werden.

In der Diskussion wurde kritisch darauf hingewiesen, daß Negt die betriebliche Ebene und die sich dort vollziehenden Veränderungen kaum berücksichtige. Das Verhalten der Gewerkschaftsmitglieder außerhalb des Betriebes bliebe aber durch die Produktionsbedingungen zentral bestimmt.

Mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten *Lothar Späth* war ein Vertreter der kapitalistischen Modernisierer geladen, angekündigt von Negt als »sozialpolitischer Wegelagerer«. Späth jedoch mied die Rolle des Provokateurs. Er erinnerte die Gewerkschaften daran, daß ihre Mitgliederstruktur in etwa der Beschäftigtenstruktur der fünfziger Jahre entspreche, sie es demnach nicht vermocht hätten, z.B. den gewachsenen Anteil der Angestellten zu organisieren. Er riet den Gewerkschaften, sich stärker auf die Betriebe zu orientieren und unmittelbare Interessenvertretung zu leisten. Aus seiner Sicht konsequent, warnte er vor »Rückfällen in den Klassenkampf«. Sein Konzept einer Modernisierung umriß er mit den Stichworten »Erhöhung der Wertschöpfung zur Lösung allgemeinpolitischer Fragen (Renten- und Gesundheitsreform), Qualifizierungsarbeit, gezielte Strukturhilfen und Flexibilisierung des Arbeitsverhältnisses«.

Späth schwieg über die von der Politik gesetzten Rahmenbedingungen, die auch die Gewerkschaften erst in bestimmte Handlungszwänge bringen. Vor allem dieses Verschweigen konservativer Regierungspolitik (§ 116 AFG, Angriffe auf das Normalarbeitsverhältnis) wurde in der Diskussion kritisiert.

*Peter Glotz* bot die schon durch verschiedene Veröffentlichungen bekannte Analyse der Krise der europäischen Linken. Im Mittelpunkt standen dabei die Internationalisierung des Kapitals und der dadurch bewirkte Verfall der nationalen Souveränität, ein Individualisierungsschub und ein allgemeiner Wertewandel, der zur »Kulturalisierung des Lebens« führe. Auf diese Herausforderungen reagierten die Gewerkschaften mit »Aufplusterung«, mit einer programmatischen Flucht nach hinten in Form von Forderungen nach aktiver Konjunkturpolitik und Wirtschafts- und Sozialräten. Die Hauptgefahr für die Gewerkschaften erblickte er denn auch in einem »aggressiven Traditionalismus«, der moderne Arbeitnehmer abspenstig mache. Statt dessen plädierte er für den »Ausbruch aus der Wagenburg«, für ein Wiederanknüpfen an die »große gewerkschaftliche Tradition des Kooperativismus«. In der Frage der Flexibilisierung der Arbeitszeit wollte er sich nicht eindeutig festlegen: »Ich bin mit Oskar Lafontaine der Auf-

fassung, daß Maschinenlaufzeiten wichtige Faktoren der Kompromißbildung zwischen Unternehmen und Gewerkschaften sind; man kann sie nicht als Tabu behandeln. (...) Wer weitgehende Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen will, wird um Kompromisse bei den Maschinenlaufzeiten, also auch bei der Wochenendarbeit, nicht herkommen. Das kann aber nicht heißen, daß man das mühsam erkämpfte freie Wochenende achselzuckend abschreibt. (...) Pragmatische Kompromißregelungen im Einzelfall sind notwendig, hebeln das Prinzip aber nicht aus.« Glotz zeigte einmal mehr, daß er als begnadeter Eklektiker fast jeden linken Gedankensplitter in seinen Diskurs einbeziehen kann, ohne seinen zentralen Ansatz, die vorausgesetzte Unterordnung der Arbeit unter das Kapital, auch nur anzutasten.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß seine Grundannahme einer weitgehend fehlenden nationalen Souveränität gegenwärtig keineswegs gegeben sei und damit auch ein nationaler wirtschaftspolitischer Spielraum vorhanden sei. Der von Glotz als politisches Konzept für gescheitert erklärte Keynesianismus sei hingegen zu keinem Zeitpunkt ernsthaft praktiziert worden.

**»Wir wollen die Lösung der Gattungsfrage und die Lösung der Klassenfrage gleichermaßen angehen.« (Steinkühler)**

Mit Spannung wurde das Referat von Franz Steinkühler am letzten Kongreßtag erwartet, war dies doch der eigentliche Beitrag der IG Metall zu ihrem Zukunftskongreß, nachdem an den ersten beiden Tagen vornehmlich Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft das Wort hatten.

In seiner Analyse der Gegenwart übte Steinkühler scharfe Kritik an den heutigen Entwicklungslinien: »Wo ökologische und soziale Katastrophen am Ende heute gültiger Entwicklungslinien stehen, da ist es fahrlässig oder gar kriminell, die Zukunftsgestaltung auf anonyme Marktprozesse zu verlagern und die Zukunft den Interessen der ökonomisch Mächtigen zu überantworten.« Er erinnerte an den Reformaufbruch der siebziger Jahre. Bereits damals wurden die verhängnisvollen Konsequenzen eines »weiter so« erkannt, doch nicht in ein Handeln zur Veränderung von Strukturen umgesetzt. Diese Änderung von Strukturen stünde jetzt auf der Tagesordnung: »Deshalb müssen wir den Aufruf zur Besinnung heute ergänzen um die ganz entschiedene Aufforderung zum Handeln, zur Änderung von Strukturen, zum kritischen Überprüfen von Verhaltensweisen bei anderen und bei uns selbst.« Im Unterschied zur gegenwärtigen sozialdemokratischen Rhetorik wurde der Gegner klar benannt: »Wir wollen Fortschritt gestalten, weil uns die gegenwärtigen Entwicklungslinien zu einer einschneidenden Korrektur zwingen. Wir wollen Fortschritt gestalten, weil das Risiko technischer Entwicklungen alle angeht und deshalb nicht dem Gewinnprinzip überlassen werden darf. Wer die Zukunft gestalten will, der kommt an bestehenden ökonomischen Zwängen, am real existierenden Kapitalismus, nicht vorbei.«

Die Alternative der IG Metall beschrieb Steinkühler so: »Die andere Zukunft der Weltwirtschaft wird nicht aus bürokratischen Beschlüssen einer roten Internationalen der Proletarier erwachsen. Sie darf aber auch nicht durch die blinde Besserwisserei

einer grauen Internationalen der Pragmatiker vertan werden. Sie kann vielleicht am ehesten durch die bunte Vielfalt von gesellschaftlichen Solidaritätsgruppen und gewerkschaftlichen Solidaritätsaktionen fallweise vorweggenommen und faktisch offengehalten werden.«

In der Vollendung des europäischen Binnenmarktes sieht Steinkühler den Versuch der Unternehmer, den Abbau des Sozialstaates voranzutreiben. Die IG Metall kämpft für ein soziales Europa mit sozialen Mindeststandards, die in keinem Land unterschritten werden dürfen. Voraussetzung dafür ist allerdings die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften auf europäischer Ebene: »Morgen müssen die europäischen Gewerkschaften den Schritt von gemeinsamen Programmen zur abgestimmten Praxis getan haben.«

In einem zweiten Abschnitt befaßte sich Steinkühler mit der inneren Situation der Gewerkschaften. Er betonte die »intellektuelle Gestaltungsfähigkeit« der Gewerkschaften, die gerade im Umweltbereich unverzichtbar sei. In diesem Zusammenhang erteilte er Branchenkoalitionen eine eindeutige Absage: »Wenn es zu Branchenkoalitionen kommt, in denen Arbeitnehmer Arm in Arm mit ihren Unternehmensleitungen den Status quo aufrechterhalten wollen, dann ist keine Umgestaltung möglich, egal auf welchem Sektor.«

Kritisch setzte sich Steinkühler mit den vorhandenen betrieblichen Egoismen und Branchenegoismen auseinander, die sich in einer neu aufbrechenden Syndikalismuskommunikation widerspiegeln: »Man kann nicht einerseits von der IG Metall erwarten, daß sie eine Branchenkoalition im Rüstungsbereich verhindert, daß sie den sozialverträglichen Ausstieg aus der Kernenergie organisiert und andererseits von ihr verlangen, daß sie sich zu einer Art Holding der betrieblichen Interessenvertretungen wandelt.«

Ein Teil der inneren Probleme der Gewerkschaften beruht nach seinen Worten auf der Tatsache, daß die »nicht lohnbezogenen Identitäten« zugenommen haben. In diesem Zusammenhang sieht Steinkühler auch die Wünsche nach größerer Zeitsouveränität, auf die die Gewerkschaften eingehen müssen: »Wir werden die Lage und Verteilung der Arbeitszeit noch flexibler ausgestalten, als wir das in der Vergangenheit bereits getan haben. Es gilt, die unterschiedlichen Zeitbedürfnisse der Arbeitnehmer zu berücksichtigen und eine möglichst hohe Zeitsouveränität zu verwirklichen.«

Steinkühler bekannte sich schließlich zur Politisierung der Gewerkschaftsarbeit. Notwendig sei in diesem Zusammenhang auch ein Umbau der eigenen Organisation. Er plädierte für eine »offene Gewerkschaftsarbeit«. »Die Einbringung der Auffassungen, Interessen und Belange der direkt Betroffenen in den Prozeß der Zukunftsgestaltung ist ein entscheidender, vielleicht der entscheidende Schritt auf dem Weg in ein anderes, in ein besseres Morgen.«

### **Der Zukunftskongreß — ein neuer Aufbruch?**

Der Internationale Zukunftskongreß konnte und wollte keine fertigen Konzepte für die Bewältigung der anstehenden Probleme liefern. Er diente vornehmlich der Diskussion unterschiedlichster wissenschaftlicher und politischer Standpunkte. Aber die eigen-

ständigen Positionen der IG Metall wurden in Ansätzen erkennbar und in dem ein-drucksvollen Referat von Franz Steinkühler festgeschrieben.

1. Der zentrale Ansatz für die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Gesellschaftsveränderung ergibt sich für die IG Metall vornehmlich aus drohenden ökologischen und sozialen Katastrophen.
2. Die kapitalistische Wirklichkeit wird nicht nur benannt, sondern die Unterordnung der Arbeit unter die Zwänge der Weltmarktkonkurrenz ausdrücklich abgelehnt. Damit unterscheidet sich der Ansatz der IG Metall grundlegend von der gegenwärtigen sozialdemokratischen Mehrheitsposition, die die Unterordnung unter die Weltmarktkonkurrenz zum Ausgangspunkt ihrer Strategien macht.
3. Die IG Metall hält fest an ihrem Anspruch, gesamtgesellschaftliche Entscheidungen unabhängig auch von Betriebsgeismen und einzelbetrieblichem Denken durchsetzen zu wollen. Diese Position gibt ihr vor allem in der Umweltpolitik Glaubwürdigkeit und Handlungsfreiheit.
4. In der Arbeitszeitgestaltung will die IG Metall den Wünschen nach mehr Zeitsouveränität der abhängig Beschäftigten stärker als bisher entgegenkommen. Für die Gewerkschaften wird dies eine Gratwanderung, da zugleich das Normalarbeitsverhältnis nicht aufgelöst werden darf.
5. Die IG Metall strebt eine Öffnung und Demokratisierung ihrer eigenen Organisation an und will verstärkt die internationale Solidarität organisieren. Wie kompliziert dies im Einzelfall ist, zeigt die Diskussion über die Frauenquote, die sich wie ein roter Faden durch den Kongreßverlauf zog und selbst beim Kulturabend präsent war. Die Ablehnung einer Frauenquote und die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Frauenförderplans für den ehrenamtlichen Bereich hatten innerverbandlich für einige Unruhe gesorgt.

Der Zukunftskongreß der IG Metall — einschließlich der vorbereitenden Foren — ist für die sozialdemokratische Linke eine äußerst wichtige Wegmarke. Wenn es in der gegenwärtigen Linken überhaupt möglich ist, eine mehrheitsfähige Gegenposition zu den sozialdemokratischen Modernisierern à la Lafontaine, Glotz u.a. zu formulieren, dann nur mit der Gewerkschaftsbewegung. Nach diesem Kongreß und im besonderen nach der Rede von Franz Steinkühler besteht die Hoffnung, die IG Metall könnte in der Zukunft für die Linke wieder eine ähnliche Rolle spielen wie schon einmal in den sechziger Jahren, als sie Gegenpart zu einer auf bedingungsloser Anpassung an die bestehenden Verhältnisse ausgerichteten Sozialdemokratie war.

# Frauenfragen

Mechtild Jansen

## Assoziationen zur Lage der Frauenbewegung

### I

Heutzutage gibt es allerorten nur noch Feministinnen und Feministen. Jeder und jede kann selbst bestimmen, was das ist. Politikerinnen aller Parteien, Mütter, Fernsehmoderatorinnen, Filmschauspielerinnen, Verleger, Journalisten, Literaten, Manager, Männer und Frauen normaler Statur, niemand regt sich mehr auf. Die Zukunft ist weiblich, eine Provokation ist das längst nicht mehr: Feminismus als neue wohlmeinnende Beliebigkeit, allseitig vermarktet.

### II

Die Lebenslage der Frauen hatte sich in den sechziger und siebziger Jahren umfassend wie historisch selten in so kurzer Zeit gewandelt. Das Resultat war die neue Frauenbewegung. Nun — im Übergang zu den neunziger Jahren wird die gesellschaftliche Verarbeitung und staatliche Umsetzung der neuen Fakten und Forderungen vollzogen. Die »Frauenfrage« ist hoffähig und profitabel geworden. Andere Lebensformen für Frauen sind erlaubt.

Um wieviel Feminismus geht es aber dabei wirklich? Viele Sonntagsreden und ein paar mehr gesetzliche Regelungen zum Abbau alltäglicher Gewalt gegen Frauen; ein bißchen mehr flexible Erwerbsarbeit, vor allem jedoch Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Erhalt der Familie; Umschichtung von Sozialleistungen, Eliteabschöpfung, Frauenförderung und -forschung soweit sie unverzichtbar und nützlich sind, eine umgänglichere Sprachkultur. Zugleich aber die absichtsvolle Glorifizierung weiblicher Tugenden, erneut eine rigide Moral beim Schwangerschaftsabbruch und die Privatisierung der Glücksverantwortung; und keineswegs ein Abbau der alltäglichen Lebensbelastungen für die große Mehrheit der Frauen, nämlich ungleiche Löhne oder Erwerbslosigkeit, hohe Belastungen, Arme, Alte und Ausländerinnen in Not, Mädchen ohne Ausbildungs- und Berufsperspektiven, benachteiligte Alleinerziehende, zahllose zwischen flexibler Erwerbs- und Familienarbeit hin- und hergerissene Frauen. Wer spricht heute davon, angesichts allgemeinen Frauenbooms?

### III

Die neue Frauenbewegung hatte umfangreiche Arbeitsgebiete erschlossen und Handlungsbedarf reichlich entdeckt. Es entstanden Frauenhäuser, Frauenzentren, Frauenberatungen, Frauenprojekte, Frauenforschung, Sonderzusammenschlüsse von Frauen aller Art. Es folgten Frauenreferate in Organisationen, Institutionen und auf allen

Ebenen, sogar kommunale Gleichstellungsstellen wurden eingerichtet. Frauenrecht wurde zunehmend öffentlich finanziert und abgesichert und reicht mittlerweile über die Quotierung in die Parteien bis zu ihren Spitzen und selbst bis hinauf auf die Regierungsebenen. Ohne Frauenministerium geht es nicht mehr. Wird jetzt flächendeckend alles anders?

Standen am Anfang Selbstbestimmung und Selbstverantwortung, so sind autonome Projekte, sofern sie überlebt haben, heute abhängig von staatlichen Zuschüssen, während sie zugleich den rabiaten marktwirtschaftlichen Konkurrenzkämpfen ausgesetzt sind. Eine qualitative Veränderung des Parlamentarismus und der staatlichen Bürokratien konnte bislang nicht beobachtet werden. Wieviel Frauen sitzen heute in Amt und Würden?

Die gesellschaftliche Durchsetzung emanzipativer Forderungen der Frauenbewegung ist unter patriarchalisch kapitalistischen Machtverhältnissen eine widersprüchliche Angelegenheit. Oft wird die Erweiterung von Handlungsspielräumen mit Enteignungen der Frauen selbst bezahlt.

#### IV

Und wo ist heute die Frauenbewegung? Pornografie, Gen- und Reproduktionstechnologien, Quote und Frauen in der Wirtschaft, das wird in größeren Kreisen diskutiert. Ethische Themen erreichen die Öffentlichkeit jedoch bedeutend seltener: Arbeitszeit-Diskussion, § 218, Beratungsgesetz und Memmingen, Abschaffung von Koedukation, Mütterdiskussion, Frauen und Perestrojka, Frauenlisten, Vereinbarkeitsstudie von *Brigitte*, ein bißchen Sexualität und Selbstbestimmung, ein paar verbliebene Frauenfriedenskämpferinnen, sehr viel Männer-Literatur und Filme, eher weich und versöhnlich, neue Gründungen von Netzwerken zur Berufsförderung von Frauen, ein ganz neues Verhältnis zur Mode, Körperfreude nahe an der Grenze zur neuen gefälligen Ausstaffierung und Einengung von Frauenkörpern, ein Kongreß »Frauenstadt Berlin«, Fachkongresse, Frauenkulturfestivals, doch nur mit der Elite, Verteidigungsposition von Feministinnen in der grünen Partei, die Quote — und schon alles bei der SPD, Frauenförderung in Betrieb, Kommunen und sonstwo.

Die Liste ist unvollständig, sehr vielfältig und widersprüchlich. Neue Aufbrüche sind nicht zu sehen, bei den Jüngeren gibt es kaum Geschichtsbewußtsein.

#### V

Verschwunden ist die Frauenbewegung deshalb nicht, sie sammelt sich entlang eines bestimmten sozialen Seils als Geschlechtswesen, die unter sich höchst verschieden sind. Dieses soziale Geschlechtersein ist ein, allerdings wesentlicher Ausgangspunkt unterschiedlicher Lebensweise, Politikvorstellungen und -konzepte, ausgehend von den anderen, weiteren Seinsmerkmalen. — Auf jeden Fall kann sich diese emanzipative Bewegung, die eine echte Basisbewegung darstellt, auch anders organisieren als im Rahmen der klassischen linken Politik. Die Weiterentwicklung ist offen.

Gegenwärtig dominieren lokale Zusammenschlüsse entlang spezifischer Berufs- und Lebensinteressen. Von ihnen und von den feministisch bewußten Frauen, die inzwischen

vor allem in den Überbau (Kultur, Wissenschaft, Kunst, Politik) eingesickert sind, wird vor allem *reformerische Lobbyistinnen-Arbeit* verrichtet. Sie trägt in die Gesellschaft hinein, was die neue Frauenbewegung zwanzig Jahre lang von unten neu entwickelt hat. Außerparlamentarische, gewerkschaftliche, autonome, radikale Aktionen, Diskussionen und Kämpfe gibt es dagegen kaum. Die gesellschaftlichen Korrekturen entschärfen einseitig den Konflikt. Das war ja auch nicht anders beabsichtigt bzw. zu erwarten.

Manchen Frauen reicht das Erreichte, andere sind müde. Anderen lassen die eigenen Lebensverhältnisse nicht mehr Möglichkeiten. Andere verlieren die Hoffnung, daß mehr möglich ist, andere wollen auf jeden Fall weitergehen, versuchen einzuschätzen, was gegenwärtig passiert. Unübersehbar stellt sich jedoch eine *Gegentendenz innerhalb* der Frauenbewegung gegen die in früheren Jahren gesteckten Ziele, die nicht allein der allgemeinen Umbruchsituation und dem neuen Nachdenken über Inhalte emanzipativer Politik geschuldet ist. Eine offensive Antwort auf die erneute Hinnahme ökonomischer »Gegebenheiten«, die Wiederentdeckung »des Weiblichen« qua Natur sowie die Entlastung der Männer bei einer bodenlosen Ignoranz gegenüber gesellschaftlichen Gewaltstrukturen gibt es bisher nicht.

## VI

Wir haben es mit einem neuen Realisierungsschub der längst versprochenen *bürgerlichen Gleichstellung* zu tun, mit allen ihr innewohnenden Widersprüchlichkeiten. Das »Angebot« aller Parlamentsparteien lautet im Kern: Gleichstellung der Frau innerhalb ungerechter gesellschaftlicher Verhältnisse, innerhalb des Mangels (lediglich am Rande der SPD und bei den Grünen gibt es hier und da diesen Rahmen sprengende Perspektiven). Flexibilisierung der Erwerbsarbeitsverhältnisse für beide Geschlechter, Privatisierung von Sozialleistungen zu noch wachsender, aber zwischen Mann und Frau »besser aufgeteilter« Haus- und Familienarbeit, Förderung von Kindergebären im Interesse der Bevölkerungspolitik, kulturelle Modernisierung und Förderung kapitalistisch-individueller Leistungsideologie.

Die Anliegen der neuen Frauenbewegung strömen in die etablierten Strukturen ein und modernisieren sie. Wieweit diese Modernisierung tatsächlich reichen wird, ist noch nicht genau erkennbar und hängt natürlich auch von der Qualität des Handelns der Frauen selbst ab. Es handelt sich dabei um einen notwendigen Prozeß von internationaler Tragweite — Bedarf und Durchsetzung an wesentlich mehr *formaler Gleichstellung* ist unumkehrbar. Doch wird der emanzipative Inhalt dieses *demokratischen* Erfolgs im Zuge seiner Realisierung verwässert und verfälscht. Entsprechend widersprüchlich sind die Auswirkungen. — Die politische Verarbeitung dieser Entwicklungen braucht Zeit. Wir werden es auf längere Sicht mit eher fließenden Prozessen als direkten Konfrontationen zu tun haben.

## VII

Die zunehmende Institutionalisierung der Frauenfrage und die konkreten Korrekturen der gesellschaftlichen Lebensmöglichkeiten für Frauen wird zu spürbaren Veränderungen führen, auf Grenzen stoßen und auch unerwartete Ergebnisse (sowohl im

Positiven wie auch im Negativen) mit sich bringen. — Die Frauen bringen Erfahrungen ein, die bislang wenig galten. Die entgegengesetzten Lebensweisen, Arbeitsteilungen, Denk-, Empfindungs- und Verhaltensweisen werden mehr und mehr gemäß der Geschlechterspaltung in ihren wechselseitigen Zusammenhängen begriffen und die resultierenden Eingrenzungen der Menschen durchbrochen werden. Zuvörderst gilt das für die Frauen selbst.

Die ideologischen Leitbilder und praktischen Lebensrealitäten werden beiden Geschlechtern mehr Variationen erlauben. Die entscheidenden gesellschaftlichen Strukturveränderungen (des Systems der Produktions- und Reproduktionsarbeit und der Abhängigkeit in der Arbeit) stehen aber erst noch bevor.

Für die Frauen erweitern sich demokratische Möglichkeiten und Handlungsräume, ihre Bedürfnisse und Interessen geltend zu machen. Auszufüllen sind sie von den Frauen selbst. Die Geschwindigkeit der Institutionalisierung der Frauenfrage hält allerdings keineswegs mit ihrer Demokratisierung Schritt. Von individueller und kollektiver demokratischer Selbstbestimmung und Selbstverwaltung sind wir noch weit entfernt.

Dennoch wird sich das System der Macht verändern. Doch sind Illusionen nicht angebracht. Die emanzipative Veränderungskraft der Frauenfrage muß sich erst noch erweisen, zumal ungeklärt ist, inwieweit die Männer zu eigenständigen Lernprozessen, produktiven Beiträgen zur Fortentwicklung des Geschlechterverhältnisses und damit der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung in der Lage sein werden.

Die Bedingungen der Arbeit haben sich einschneidend verändert. Die Ausgangslage ist komplizierter, die Lebenslage und -interessen der Frauen sind differenzierter, ihre Einstellungen und Handlungen vielfältiger geworden, der Machtzuwachs der Frauen ist unbestreitbar. Entsprechend wird sich der Streit um Inhalte und Formen der Emanzipation vervielfältigen — mit allen Chancen und Problemen, die darin liegen.

## VIII

Um den Emanzipationsprozeß der Frau radikal fortzuentwickeln, muß erstens der gesamte gesellschaftliche Prozeß feministisch durchdrungen und zugleich zweitens die Abhängigkeit der Arbeit des Menschen vom privaten Kapital und dessen Zwang zur Profitmaximierung als zentrales Problem begriffen werden; drittens müssen die mit beiden Problemen sehr wohl im Zusammenhang stehenden globalen Probleme angepackt werden. Aufgaben von riesenhafter Dimension. — Strategien, die an den realen Lebensverhältnissen der Frauen ansetzen und zugleich diese Perspektiven im Sinn haben, gibt es jedoch kaum, sie müssen erst noch in einem mühsamen kollektiven Prozeß erarbeitet werden. Hinzu kommt die umfangreiche Palette der konkreten politischen Praxisfelder, für die ebenfalls verbindliche Orientierungen entwickelt werden müssen. Wenn in der nächsten Zeit auf diesen Feldern gute »feministisch orientierte Allgemeinpolitik« (feministisch erübrigt sich in dem Maße, wie es verwirklicht ist) entwickelt würde, wäre das schon eine Menge. Wenn zudem eine Perspektive grundlegender gesellschaftlicher Erneuerung in *internationaler* Dimension und Solidarität aufgenommen würde, wäre das sehr, sehr viel.

Elisabeth Kiderlin

## Der neue Streit um den Paragraphen 218

### *Vorbemerkung*

Im September dieses Jahres suchten Angehörige der Aktion »Leben« eine schwangere, zum Abbruch entschlossene Äthiopierin im Kreiskrankenhaus Schlüchtern (Hessen) auf und bedrängten sie mit in Formaldehyd konservierten Embryonen und entsprechenden Bildern. Dem behandelnden Arzt wurde ein Aufkleber mit der Bezeichnung »Mörder« an den Pkw geklebt. Schon zuvor hatte es viel Energie gekostet, das zuständige Sozialamt in Fulda zur Übernahme der Kosten für den Abbruch zu bewegen. Erst als der konservative hessische Sozialminister der Kostenübernahme zustimmte, gab der Landrat des Kreises Fulda seine bis dahin beharrliche Weigerung auf. — Alltag in der § 218-Problematik zwölf Jahre nach der Reform!

Die Fraktion der Grünen beantragte zu diesem Vorfall eine aktuelle Stunde im Hessischen Landtag, in der die konservative Frauenbevollmächtigte Otti Geschka sich schwer tat, hier einen Standpunkt einzunehmen. Man möge sie mit solchen Marginalien doch nicht belästigen, war ihre Aussage. Wenige Wochen zuvor hatte ihre persönliche Referentin noch argumentiert, auch durch das von der konservativ/liberalen Regierung geplante Beratungsgesetz zum § 218 werde am Kern dieses Paragraphen nichts verändert. Dies ist richtig. Es fällt auf, daß mit dem Beratungsgesetz eine umfassende Bürokratisierung eintritt. Immer mehr Personen und Institutionen werden in das Entscheidungsverfahren einbezogen, wodurch die Belastung für die betroffene Schwangere ins Unerträgliche steigt. Sieben Stunden dauerte auf dem letzten Bundesparteitag der CDU die Debatte um den Abtreibungsparagraphen, die Entscheidung ging nur knapp zugunsten der Position der Regierung aus. An der Initiative von 25 konservativen Bundestagsabgeordneten sollte die »Gesundheitsreform« scheitern, da diese es unerträglich fanden, mit ihrer Stimme die Abtreibung nach sozialer Indikation auf Krankenschein zu legitimieren.

Das Dilemma um die Abtreibungsfrage berührt heute die konservativen Parteien, die gegen die reaktionären Kräfte in den eigenen Reihen um ihre Modernisierung kämpfen. Es berührt die Frauen, die sich derzeit heftigst mit dem Thema Liebe herumschlagen, und damit mit Regressions- und Kinderwünschen, und es berührt den Diskurs um die sexuelle Frage: das heißt, um sexuelle Lust versus Verantwortung um Selbstbestimmung versus Ordnungspolitik mit den Mitteln der sexuellen Repression.

Elisabeth Kiderlin hat mit ihrem Beitrag zum neuen Streit um den § 218 die Verschiebung der Diskurse durch Fortschritte in der Reproduktionsmedizin und Embryologie thematisiert. Während die neue Frauenbewegung vor fünfzehn Jahren die Abtreibung als Recht auf Selbstbestimmung, auf sexuelle Lust bzw. auf angstfreie Sexualität diskutierte, steht heute der Fötus und seine Subjektivierung im Mittelpunkt. Um diese Diskursverschiebung und ihre Bedingungen und Widersprüche nachzuzeichnen, drucken wir im folgenden die überarbeitete Textvorlage der mit dem Elisabeth-Selbert-Preis ausgezeichneten Rundfunksendung ab.

Katharina Gröning

Fünfzehn Jahre nach der bundesweiten Kampagne der Frauenbewegung flackert die Auseinandersetzung um den Abtreibungsparagraphen 218 wieder auf. Die gesellschaftliche Situation hat sich verändert — das Grundproblem jedoch nicht. Mitte der siebziger Jahre: Nach vier Jahren eines heftigen, sich stets radikalisierenden Aufstandes von Frauen gegen den über einhundert Jahre alten Abtreibungsparagraphen hatte sich die SPD/FDP-Regierungskoalition dazu durchgerungen, Abtreibung in den ersten drei Monaten nach der Empfängnis zu erlauben. Eine neue Situation: Frauen sollten das Recht erhalten, innerhalb einer gewissen Frist über ihren Körper und ihr weiteres Leben selbständig zu entscheiden.

1975 riefen CDU/CSU das Bundesverfassungsgericht an, um die Rechtmäßigkeit der sogenannten Fristenregelung überprüfen zu lassen. Die obersten Richter in Karlsruhe entschieden gegen die Freigabe der Abtreibung, das vorliegende Gesetz würde das Grundrecht des Embryos auf Leben nicht berücksichtigen. »Das ungeborene Leben genießt Verfassungsschutz«, so die Aussage der Mehrheit der Verfassungsrichter, woraus folgte, daß Abtreibung — von einigen Ausnahmen abgesehen — als Tötung bestraft werden muß. Besondere Bedeutung kommt an dieser Stelle dem Minderheitenvotum der Verfassungsrichter Rupp von Brüneck und Simon zu.

»Die Besonderheit, daß in der Person der Schwangeren eine singuläre Einheit von 'Täter' und 'Opfer' vorliegt, fällt rechtlich bereits deswegen ins Gewicht, weil der Schwangeren, anders als beim Adressaten von Strafvorschriften gegen Tötungsdelikte weit mehr abverlangt wird, als nur ein Unterlassen. Sie soll nicht nur die mit dem Austragen der Leibesfrucht verbundenen, tiefgreifenden Veränderungen ihrer Gesundheit und ihres Wohlbefindens dulden, sondern auch die Eingriffe in ihre Lebensgestaltung hinnehmen, die sich aus Schwangerschaft und Geburt ergeben, besonders die mütterliche Verantwortung für die weitere Entwicklung des Kindes nach der Geburt tragen ... Schon deswegen verbietet es sich von vornherein, die Abtreibung im ersten Stadium der Schwangerschaft mit Mord oder vorsätzlicher Tötung prinzipiell gleichzustellen.«

Jedoch: Minderheit bleibt Minderheit. Das Gesetz ging zurück an den Bundestag. Es wurde modifiziert zu dem, was wir heute haben. Weiterhin haben Frauen kein verbrieftes Recht, über ihr Leben selbst zu bestimmen, unter gewissen Umständen werden jedoch Zugeständnisse gemacht. Zugeständnisse an die herrschende Realität, die oft genug heißt: Vergewaltigung von Frauen, Gesundheitsgefährdung durch Schwangerschaft, Erbkrankheiten des Embryos, unzumutbare Belastungen durch die Lebensumstände der Schwangeren. Begründungen, die über diesen Rahmen hinausgehen, werden als Egoismen diffamiert, und das in einer Gesellschaft, die doch den Egoismus des bürgerlichen Individuums geradezu als Grundannahme voraussetzt. Der »Staatsvertrag« als Vertrag zwischen freien Individuen!

Den Frauen wurde das Recht auf Individualität von den Trägern der Aufklärung immer bestritten. Von Bacon bis Rousseau ist die Gesellschaft freier Individuen eine männliche, bleibt die Frau in ihrer über Biologismen begründeten Geschlechtsrolle mit der Natur verhaftet.

Menstruation, Schwangerschaft, Geburt, Klimakterium sind Metaphern für das Kreishafte, Wiederkehrende, das linearem Fortschritt entgegensteht. Auf seiten der Frauen bedeutet der Kampf um die Abtreibung der Kampf um ihre Individualität.

### **Alltag mit dem reformierten Paragraphen und Offensive der Konservativen**

Nach der Verabschiedung der Indikationsregelung haben sich ungewollt schwangere, abtreibungswillige Frauen das Recht auf Selbstbestimmung genommen. Sie haben, wie Heiner Geißler in einer Auseinandersetzung um den § 218 mit Alice Schwarzer richtig bemerkte, eine heimliche Fristenlösung herbeigeführt. Das durfte nicht hingenommen werden.

Ein ordnungspolitisch definierter Familienbegriff, auf der Basis der Geschlechter- und Generationenhierarchie gilt den Konservativen trotz aller Modernisierung als

Kernstück ihres Staates. Sexualität aus Lust, Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern und Erwachsenen und Kindern bedrohen diesen Entwurf an einer empfindlichen Stelle, da in der Privat- und Intimssphäre Steuerungsmöglichkeiten nur indirekt, zum Beispiel über Leitbilder und finanzielle Anreize, vorhanden sind. Das staatliche Gewaltmonopol endet am persönlichen Lebensentwurf auch von Frauen, weshalb der § 218 lediglich die Bedingungen festgelegt hat, unter denen abgetrieben wurde: mit schlechtem Gewissen, heimlich, in der Illegalität, unter miesen Bedingungen oder selbstbewußt, mit bester psychischer und medizinischer Versorgung.

Wirtschaftskrise, Frauenarbeitslosigkeit und Sparpolitik erschütterten schon das Leitbild der Gleichberechtigung und das Selbstbewußtsein der Frauen, als unter dem Stichwort der Unregierbarkeit die politische Offensive der Konservativen zur Rettung »ihres Staates« einsetzte, indem sie eine neue Weiblichkeitsideologie etablierte.

Der Tatbestand, daß der Frauenwille durch die Hintertür der sozialen Indikation eingeführt wurde, rief religiöse und politische Abtreibungsgegner auf den Plan. 1979 verglich Hartwig Holzgartner Abtreibung mit dem Völker- und Massenmord der Nazis: »Die Nationalsozialisten haben die Juden getötet und die Internationalen Sozialisten töten ungeborenes Leben. Das, was in unserem Volk passiert, ist exakt der Weg zurück nach Auschwitz.«

Der infame Vergleich war kein Ausrutscher, sondern hatte Methode im Streit um die Hegemonie in der Abtreibungsfrage. Die Katholische Kirche und ihr reaktionärer Kardinal Höffner leisteten Schützenhilfe:

»Wenn Abtreibung Mord ist, dann sind eben 73000 Abtreibungen ein Mord in Massen.«

Und schließlich fand es Karsten Vilmar, Präsident des Deutschen Ärztetages, in einem offenen Brief an die Pro Familia Bremen befremdend, daß in einer Überflußgesellschaft, die über ein weitgespanntes Netz sozialer Hilfen verfügt, 67 Prozent aller Schwangerschaftsabbrüche auf Grund der sozialen Indikation vorgenommen werden.

Nach dem Regierungswechsel in Bonn hat die CDU/CSU auf den Tatbestand von 200000 Abtreibungen pro Jahr mit der Aufwertung der Mutterrolle und der sogenannten aktiven Familienpolitik reagiert, deren besonderer Ausdruck die Bundes- und Landesstiftungen »zum Schutze des ungeborenen Lebens« darstellen. Ihre soziale Auswirkung ist doppelgesichtig, da sie auf Grund ihrer Existenz die argumentative Begründung für eine soziale und ökonomische Notlage einschränken. Andererseits wird erschreckend sichtbar, welche Konsequenzen die Politik des sozialen Kahlschlags für Frauen hat. Obwohl von 50 auf 100 Millionen DM aufgestockt, räumen schwangere Frauen, die nie an Abtreibung gedacht haben, bereits in den ersten Monaten des Jahres der Stiftung die Töpfe leer, so daß die Höhe der Zuwendung in der zweiten Jahreshälfte drastisch abnimmt.

Besondere Landesstiftungen gibt es vor allem in den CDU/CSU regierten Ländern. Hier war es noch nie einfach, eine Abtreibung wegen einer sozialen Notlage zu bekommen. In Bayern liegen über die Hälfte der Beratungsstellen in katholischer Hand. Das Land Baden-Württemberg hat die Richtlinien für die Beratungen geändert: Nicht mehr von der Schwangeren oder der ungewollt schwangeren Frau ist die Rede, sondern nur noch von der werdenden Mutter — ob sie es nun werden will oder nicht. Ziel der

Beratung ist es nun offiziell nicht mehr, die Betroffenen darin zu unterstützen, eine eigenverantwortliche Entscheidung zu treffen, sondern die Frau zum Austragen der Schwangerschaft zu bewegen.

Viele Kreistage haben in diesen Bundesländern beschlossen, in ihren Krankenhäusern keine Abtreibung auf der Grundlage der sozialen Indikation durchzuführen. Ein neuer Abtreibungstourismus blüht — doch nicht mehr nach Holland oder Dänemark, sondern innerhalb der Grenzen der Republik: von Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz nach Hessen, Hamburg und Bremen.

In den frühen siebziger Jahren hatten die Frauenzentren noch Busse organisiert und sind regelmäßig mit Frauen, die abtreiben wollten, nach Holland gefahren. »Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine« — stand damals in großen Lettern auf den Wagen. Es war ein offensiver, illegaler Akt, der auf die Not vieler Frauen — die Busse, die einmal wöchentlich von Frankfurt abfuhren, waren immer besetzt — wie auch auf den Wunsch nach Selbstbestimmung anspielte. Nicht mehr heimlich, wie schon immer, wurde gehandelt, sondern offen und provokativ.

So ist die Situation schon längst nicht mehr. Für die einen — die Frauen aus den SPD regierten Ländern — ist die Durchsetzung ihrer Entscheidung, abzutreiben, halbwegs eine Selbstverständlichkeit, für die anderen, die Frauen aus den CDU/CSU regierten Ländern ist es ein Gang, der mit schlechtem Gewissen, Heimlichtuerei und Vorwürfen verbunden ist. »Mörderinnen« ist ein Vorwurf, der nichts an Brisanz verloren hat.

Vor Pro Familia Beratungsstellen versammeln sich immer wieder Mahnwachen der »Lebensschützer« und bedrängen Frauen mit Mordvorwürfen und in Spiritus eingelegten Embryonen.

### **Eine neue Entwicklung der Rechtsprechung in der Abtreibungsfrage**

In der Annahme, daß sich durch den Zwang zur Beratung und durch die Aufrechterhaltung der Strafandrohung die Zahl der Abtreibungen senken ließe, hat das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung gegen die Fristenlösung 1975 sehr weit in gesetzgeberische Kompetenzen eingegriffen. Diese Annahme hat sich jedoch nicht bestätigt. Nach den Ergebnissen einer Studie des Arztes van Praag und des Soziologen Ketting hat die gesetzliche Situation in den untersuchten Ländern keinen Einfluß auf die Abbruchhäufigkeit. Und: Die Abbruchzahlen entwickeln sich unabhängig von der Gesetzgebung. Etwa 250000 bis 300000 Frauen treiben jährlich ab, davon ungefähr die Hälfte mit Indikation. Das bedeutet, daß Frauen massenhaft des Rechtsbruches schuldig werden, dieser aber in der Vergangenheit kaum geahndet wurde.

In der jüngsten Praxis der Gerichtsentscheidungen zum § 218 fällt trotzdem eine neue Tendenz auf: Das Amtsgericht Köln übertrug dem Ehemann einer schwangeren Frau das alleinige Sorgerecht über das Ungeborene, um die Ehefrau an einem Schwangerschaftsabbruch zu hindern. Mit einer Einstweiligen Verfügung erreichte er es, daß der Arzt von seiner Zusage, den Abbruch vorzunehmen, zurücktrat. Die Frau trug das Kind gegen ihren Willen aus.

Ebenso zwang das Vormundschaftsgericht Celle eine siebzehnjährige Schwangere zur Austragung des Kindes. Das Mädchen lebte in einem Heim, die Mutter verweigerte die Zustimmung zum Abbruch. Auf Antrag der Schwangeren wurde nun das Vormundschaftsgericht eingeschaltet und nahm das Sorgerecht gegenüber der Siebzehnjährigen in der Weise wahr, daß es sie, in dem es das Vorliegen einer Notlage bestritt, zur Fortsetzung der Schwangerschaft zwang. — Das Mädchen tauchte unter; ihr Aufenthaltsort ist nicht bekannt.

Das Arbeitsgericht Iserlohn bezeichnete den Arbeitsausfall einer Frau wegen Schwangerschaftsabbruch nach sozialer Indikation als bewußt herbeigeführt und damit rechtswidrig und verweigerte die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Als sicherlich nicht letzten Schlußpunkt unter diese schauerlichen Vorfälle muß der Prozeß gegen den Frauenarzt Theißen und seine Patientinnen erwähnt werden. Hier wurde Frauen zum Teil Jahre nach dem Abbruch die Notlage aberkannt, sie wurden mit Geldbußen belegt und müssen derzeit als Zeuginnen gegen den Gynäkologen Theißen aussagen.

Obwohl der Prozeß von Memmingen mehr Frauen betrifft und ein Hinweis dafür sein kann, daß der moralischen Einschüchterung der Frauen nun die offene Repression folgen soll, sind die Perspektiven der ersten beiden geschilderten Fälle weitreichender, denn der Embryo wird als von der Schwangeren getrenntes, eigenständiges Wesen begriffen; und das »Kind« wird vor seiner Mutter noch vor der Geburt »geschützt«.

Im Hinblick auf die rechtliche Konstruktion bei künstlicher menschlicher Reproduktion hat dies weitreichende Konsequenzen, denn je mehr der Fötus zum Subjekt mit eigenem Interessen gegen die Frau wird, desto mehr wird die Frau entsubjektiviert. Sie gerät tatsächlich — ein in der Medizin heute schon gebräuchlicher Begriff — zum »fötalen Umfeld«. Ihre Rechte und Lebensansprüche schränken sich gegenüber den Interessen des »Patienten Fötus« mehr und mehr ein.

Im Fall des Memminger Prozesses wurde den Frauen immer wieder vorgehalten, sie hätten das Kind zur Adoption freigeben können. Was aber unterscheidet eine Schwangerschaft mit dem Ziel der Freigabe zur Adoption psychisch von einer Leihmutterchaft? Letztere ist gerade wegen der pränatalen Bindung von Mutter und Kind in den letzten Stadien der Schwangerschaft von der Bundestagsenquetekommission ausgeschlossen worden.

Die neuen Möglichkeiten der Gen- und Reproduktionstechniken, das Entsetzen vor der zum Teil sicherlich übertrieben hoch eingeschätzten Machbarkeit und Planbarkeit von Menschen, dem genetisch durchanalysierten Fötus, der mit dem Gütesiegel versehen, den Wünschen der Eltern entspricht und zur Welt kommt oder als Ausschußware abgetrieben wird, lassen die Begriffe »Natur« und »Natürlichkeit« wieder bedeutsam werden. Diese Hochschätzung der »Natur« aber ist Ursache für ein wachsendes Unbehagen von Frauen aus der Frauenbewegung gegenüber der Abtreibungsproblematik. Das Bindeglied zwischen Abtreibung und Reproduktionsmedizin ist der Embryo — schützenswertes Leben, das nicht manipuliert werden darf, so die GegnerInnen der neuen technischen Möglichkeiten. Widerspricht dies nicht dem angestrebten Recht auf Abtreibung? Kann man hier schützen und dort verwerfen? Kann frau

mit der Forderung, »mein Bauch gehört mir«, rumklotzen wie vor fünfzehn Jahren, als dieser Slogan ein Befreiungsschlag war gegen die sogenannte »natürliche Bestimmung« der Frau zu Ehe und Mutterschaft?

Ab der 25. Woche ist schon so manches frühgeborenes Kind durchgebracht worden, ab der 32. Woche hat es gute Chancen, zu überleben. Andererseits ist Abtreibung bis zur 21. Woche entsprechend den Ergebnissen der Fruchtwasseruntersuchung erlaubt. Knappe vier Wochen trennen Abtreibung und Geburt, und der medizinische Fortschritt macht nicht halt.

### **Vom Licht der Aufklärung in der Gebärmutter und seinen weitreichenden Konsequenzen**

Der medizinische Fortschritt, von dem hier die Rede ist, das heißt: die Ausweitung pränataler Diagnostik, Reagenzglasbefruchtung und Embryotransfer, hat die Möglichkeit der Genanalyse, die medizinische und damit die soziale Kontrolle von Schwangerschaft und Geburt ausgeweitet und das Bewußtsein darüber verändert.

»Zunächst wird mit der Technik des Ultraschalls und anderer Bildmedien der Embryo/Fötus sichtbar gemacht, gewissermaßen mit den Augen erfäßbar, greifbar. Er wird über das Bild aus seiner symbiotischen Existenz mit der schwangeren Frau herausgelöst, abtrennbar; er wird Bild und damit Gegenüber, wird scheinbar eigenständiges, anderes. Die pränatale Forschung bringt Licht — sprichwörtlich das Licht der Aufklärung — in die Gebärmutter, in die biochemischen Vorgänge des Befruchtungsvorganges, der Einnistung, des embryonalen Wachstums und der Auswirkungen, die der Stoffwechsel der Schwangeren auf dieses Wachstum hat.« (Dagmar Oberlies)

Die Durchleuchtung der Gebärmutter, im Mutterpaß dokumentiert, der spätestens mit dem AIDS-Test auch ein polizeiliches Überwachungsmittel wird, korrespondiert mit der Qualitätskontrolle der Embryonen. Das enge Beieinanderliegen von eugenisch motiviertem Abbruch durch das Ergebnis der Fruchtwasseruntersuchung und der Rechtsprechung, die Frauen mehr und mehr zum Austragen unerwünschter Schwangerschaften zwingt, weil der Embryo genetisch gesund ist, weisen auf den Tatbestand hin, daß nicht jede Abtreibung strafbar ist, sondern offensichtlich nur die, die die Frau eigenständig will.

Geschützt wird derzeit nicht das Individuum vor den Übergriffen des Staates — das wäre die Frau —, sondern das staatliche Interesse an gesundem Nachwuchs. Aus der Definition des Embryos als eigenständigem Subjekt folgt dann, daß Frauen nicht nur an einer Abtreibung gehindert, sondern auch durch sorgfältige Lebensweise zum Austragen eines *gesunden* Kindes verpflichtet werden müssen. Eine verantwortungsvolle Schwangerschaft heißt heute aber nicht mehr nur im Sinne der sanften Terrorratgeber viel Schlaf, gesunde Ernährung, Gymnastik und Sport sowie Verzicht auf Alkohol, Zigaretten und Tabletten, sondern Inanspruchnahme von mehr und mehr Untersuchungen, operative Entbindungen usw.

Andererseits scheint es zum abstrakten Recht des Embryos zu gehören, daß die Mediziner weitreichend an ihm herumforschen. Im vorliegenden Gesetzentwurf zum sogenannten Embryonenschutzgesetz werden der Medizin weitreichende Möglichkeiten zur Forschung und damit zur Selektion ohne Abtreibung eingeräumt. Bestraft wird —

so die Tendenz des Entwurfes — nicht, wer forscht, sondern wer ohne Genehmigung forscht. Für Experimente vorgesehene Embryonen sind vor allem solche, die für eine Übertragung hergestellt wurden, deren Transfer aber nicht in Frage kommt. Das Gesetz will und wird die Manipulation am menschlichen Leben nicht verhindern, sondern ihr einen seriösen, weil bürokratisch kontrollierten Status geben.

Im gegenwärtigen Diskurs über das Recht des Fötus und seinen Stellenwert bleiben durch die naturwissenschaftlich-technische Sichtweise Dimensionen unberücksichtigt, die unter dem Begriff der »weiblichen Moral« bereits Eingang in die Diskussion gefunden haben. Die gerechtigkeitsmathematischen Vorstellungen, das Abwägen von Lebensinteressen des Embryos und Persönlichkeitsentwicklungsinteressen der Frau, vernachlässigen die Fragen, die sich Frauen, die ungewollt schwanger sind, stellen — ob sie es mit dem Kind schaffen, ob sie die Verantwortung übernehmen können etc. Ihre Sorge gilt nicht dem Embryo, sondern dem geborenen Kind.

Jeder Abtreibung geht eine individuelle Entscheidung von Frauen voran — eine Dimension von personaler Verantwortung, die bei der Genehmigung von Tests an Föten zwangsläufig vernachlässigt werden muß. Das derzeitige öffentliche Interesse am Embryo treibt nicht nur die Kolonialisierung der weiblichen Körper voran, sondern sitzt einer Eindimensionalität in Rechtsprechung und Wissenschaft auf, die für das moderne Patriarchat typisch ist.

Ingrid Langer

## Familien- und Frauenpolitik heute

### Frauen — das empfindliche Gelenk der Familie

Seit der Jahrhundertwende haben sich in allen hochindustrialisierten Gesellschaften in den Lebensformen und der Lebenswirklichkeit Veränderungen vollzogen, die alle in die gleiche Richtung weisen und auch unabhängig vom jeweiligen politischen System zu sein scheinen. Diese Trends haben sich in den letzten zwanzig Jahren so verstärkt, daß sie zum Teil die Qualität eines Erdbebens angenommen haben.<sup>1</sup> Wie alle Daten zeigen, sind es die Frauen, die in den letzten zwanzig Jahren die deutlichsten Änderungen ihres Verhaltens und ihrer Auffassungen aufweisen. In den Familien sind es also die Ehefrauen und Mütter, die mit den Spannungen, die ihnen die gesellschaftliche Entwicklung aufzwingt (durchaus mit all den Chancen, die darin für sie liegen), weitgehend allein gelassen werden. — Dies ist der Grund, warum man, wenn man über die Familie spricht, aus der Notwendigkeit der Verhältnisse vor allem über die Frauen in den Familien sprechen muß. Frauen sind das empfindliche Gelenk, auf das sich die gesellschaftlichen Veränderungen und aller Druck, der auf die Familien ausgeübt wird, primär auswirken. Wenn die gegenwärtige Familienpolitik die Frauen entgegen ihrem deutlich ablesbaren Willen wieder stärker in die alten Pflichten nehmen will, dann wird der Druck auf dieses empfindliche und stark belastete Gelenk verstärkt. Beschwörungen im Sinne der »Neuen Mütterlichkeit« sind hier kaum die Salbe, die Linderung bringen kann.

### Familienpolitik als Instrument der Ordnungspolitik

Für die Union hat Familienpolitik schon immer eine wichtige Rolle gespielt. Als konservative, also bewahrenwollende Partei, sieht sie in der Familie das wesentliche, stabilisierende Element der Gesellschaft: »Die wichtigste staats- und gesellschaftserhaltende Gemeinschaft ist die Familie. Ihre Rechte und Pflichten sind zu vertiefen und zu schützen ...«<sup>2</sup> Familienpolitik ist für die Union immer auch Ordnungspolitik. Horkheimer nannte die Familie kritisch »einen Agenten des Status quo«<sup>3</sup> und damit einen wesentlichen Hemmschuh für Veränderungen. Familientheoretiker der Union würden das so nicht ausdrücken und auch nicht kritisieren, aber sie sehen das ebenso und möchten möglichst wenig daran ändern: Für sie ist die Familie die Bewahrerin der gesellschaftlichen und oft als natürlich unterstellten Ordnung.<sup>4</sup>

Was aber heißt gesellschaftliche Ordnung bewahren, stabilisieren — und um welche Ordnung geht es? Nun — konservative Parteien pflegen sich in der Regel programmatisch nicht allzusehr zu engagieren. Utopisches Denken ist ihnen fremd und verdächtig. Einleitend sagt der frühere Familienminister Heck zu einer von ihm herausgegebenen Sammlung von CDU-Programmen: »Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands hatte ihren Ursprung nicht im Programm ... die programatischen Be-

strebungen der Partei schlugen sich kaum und dann nur episodenhaft in schriftlichen Erklärungen nieder.«<sup>5</sup> Was die Familie angeht, betont die Union den Vorrang der *Institution Familie vor den Einzelmitgliedern* und hebt ihre notwendige ordnungspolitische und staatstragende Funktion hervor. Damit *zielt sie immer auf die Familie allgemein und blendet schichtspezifische Benachteiligungen und Unterschiede aus*. Daß die Familienpolitik als Instrument gebraucht werde, welches die Gesellschaftsstruktur — etwa durch vertikale Umverteilung — verändern will, war einer der Hauptvorwürfe der Union an die SPD.

Was also und welche Gesellschaft will konservative Ordnungspolitik? Auf einen sehr allgemeinen Nenner gebracht: Wieder (oder soweit noch vorhanden verstärkt) *eine gegliederte Gesellschaft*, dies vor allem in drei Dimensionen:

- Hierarchisch gegliedert: »Mut zu Autorität und Führung«,
- stärkere Differenzierung in den Einkommen: »Leistung muß sich wieder lohnen«,
- die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sollen wieder betont und unbedingt erhalten werden, und zwar durchaus auch im Hinblick auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Familie, der Arbeitswelt und der Gesellschaft: »Neue Mütterlichkeit in Familie und im Ehrenamt«.

Nachdem auf dem Essener Parteitag im März 1985 die »Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau« verabschiedet wurden, erscheint die Augustnummer von *Die neue Ordnung* unter dem Titel »Die mutterlose Gesellschaft«. Mit anderen entrüstet sich Michaela Freifrau von Heereman — hier in einem Aufsatz zum Thema »Begriffsverwirrung«<sup>6</sup> — über diese Leitsätze, die ihr zeigen, »wie tief das Gift der Gleichmacherei unter dem Mäntelchen der Gleichberechtigung« schon in der CDU vorgedrungen sei. Sie betont: »der kleine Unterschied ist mehr«, »Gleichberechtigung heißt«, so ereifert sie sich, »Recht auf Anderssein«, der Begriff Partnerschaft sei »für die Ehe unangemessen«<sup>7</sup>. Sie argumentiert rein biologistisch: Geschlechtsunterschiede seien bei Säuglingen in ihren Reaktionen auf die Umwelt zu beobachten, sie zeigten sich durchgängig schon im Sozialverhalten der Kinder, sie seien schließlich in der »unterschiedlichen zerebralen Organisation bei Mann und Frau biologisch festgelegt«. Daraus folgert sie »ein Recht auf Anderssein«, das sie vehement verteidigt und das sie dazu führt, entschieden dafür zu plädieren, daß »das Interesse und die sich zum Teil daraus ergebende Selbstbescheidung vieler Frauen auf bestimmte Berufe, Teilzeitbeschäftigung oder ehrenamtliches Engagement ernst zu nehmen und zu respektieren«<sup>8</sup> seien. D.h. sie setzt sich entschieden dafür ein, daß den Frauen ihre schlechtere soziale Situation in allen Dimensionen erhalten bleibt. Wer etwas anderes will, ist aus dieser Sicht fehlgeleitet:

»Es ist eine ganz gefährliche Manipulation an den Vorstellungen und Wünschen des weiblichen Teils der Menschheit, Berufstätigkeit und Karriere, vor allem eine Berufstätigkeit in bisher hauptsächlich von Männern ausgeübten Sparten als Akt der Selbstverwirklichung, Gleichberechtigung und Befreiung darzustellen.«<sup>9</sup>

Unter der Überschrift: »Den Unterschieden gerecht werden« führt sie aus:

»Auch auf die Gefahr hin als 'Nestbeschmutzer' verschrien zu werden, behaupte ich, daß Frauen mit größerer Gelassenheit und weniger Frustration die lähmende langweilige Routine eines Haushalts ertragen.«<sup>10</sup>

Insgesamt kommt sie bei ihrem Nachdenken über Gerechtigkeit zu dem Schluß, Gerechtigkeit bedeute nicht: Jedem das Gleiche«, sondern: »Jedem das Seine« — wobei offenbleibt, wer dieses »Seine« zumißt.

Ist dies nicht nur die Meinung einer Ewig-Gestrigen, die es in einer großen Volkspartei wie der Union eben auch gibt? Ist nicht die Familien- und Frauenpolitik der CDU, die inzwischen von einer kompetenten und — aus der Sicht der CDU zumindest — fortschrittlichen Frau als Familien- und Frauenministerin geleitet wird, für Familien und Frauen sehr förderlich? Wenn meine Hypothesen:

- Für Konservative ist die Familienpolitik der wesentliche ordnungspolitische Faktor und Familienpolitik damit ein zentrales ordnungspolitisches Instrument.
- Diese Ordnungspolitik zielt auf eine in mindestens drei Dimensionen (Status, Einkommen, Geschlechterdifferenzierung) stärker gegliederte Gesellschaft; eine Gesellschaft also, in der schon erreichte egalitäre Positionen (Mitbestimmung von Arbeitnehmern, höheres Bildungsniveau auch bei Arbeiterkindern, insbesondere aber auch bei Mädchen mit den damit verbundenen Erwartungen — Potential für die alternative und feministische Szene —, Ansprüche von Jugendlichen, die schon mit 18 Jahren die Volljährigkeit erlangen, insgesamt aber das Ergebnis der »Gleichmacherei« durch die sozialliberale Koalition) wieder zurückgenommen werden, zutreffen, dann müßte sich diese Zielsetzung an den wesentlichen familienpolitischen Maßnahmen der unionsliberalen Koalition nachweisen lassen.

### Konservative Wählerinnen gesucht

Wozu braucht es dann aber die — in der Union keineswegs einhellig begrüßten — frauenpolitischen Anstrengungen, die hierzu in Widerspruch stehen?

Seit sie 1918 das aktive und passive Wahlrecht erlangt haben, waren die Frauen für konservative Parteien ein sehr zuverlässiger Wählerstamm. Frauen unterstützten damit in ihrer Mehrheit die Parteien, die vehement an der traditionellen Frauenrolle festhielten und sich auch kleinen Veränderungsschritten, die ihnen mühsam abgerungen werden mußten, immer widersetzen. Doch hat sich dies seit Anfang der siebziger Jahre deutlich und anhaltend geändert: Besonders die jüngeren und gebildeteren Frauen wählen kaum mehr die Union. Außerdem hat sich der Stellenwert der Familie selbst in der Gesellschaft geändert, wie an vielen Daten unübersehbar und beunruhigend abzulesen ist. Andere Formen des Zusammenlebens stellen inzwischen gewichtige Alternativen dar, und diese Veränderungen gehen vor allem von Frauen aus. Die Familie als Bollwerk gegen Veränderungen beginnt also zu wanken. Es muß daher eine neue Legitimation für die im Grunde gleiche Politik gefunden, ihre »Akzeptanz« bei Frauen, den jüngeren Frauen der Mittelschicht besonders, verbessert werden. Es ist die historische Einsicht von Heiner Geißler, dem nach Franz Josef Wüermeling zweiten *offensiven* Familienminister der Bundesrepublik, hier auf die Warnungen der CDU-Frauen<sup>11</sup> gehört und diese Erkenntnis umgesetzt zu haben. Dagegen sind die Bemühungen des Arbeitsministers Blüm auf der ideologischen Ebene ausgesprochen plump:

Heute möchte kaum jemand in der Union noch etwas von den gegen den Widerstand der Frauen durchgesetzten Thesen zur »Sanften Macht der Familie«<sup>12</sup> wissen.

### Die familienpolitischen Gesetze der unionsliberalen Koalition

Heiner Geißler schuf in sehr wesentlichen Gesetzen in voller Übereinstimmung mit dem gesamten Kabinett, in dem der Justiz-, Finanz- und Arbeitsminister sowie die Bildungsministerin das Ihre taten, einen familienpolitischen Rahmen, der, wie zu zeigen sein wird, den eingangs genannten Zielen dient. Nach getaner Arbeit konnte er es sich leisten, eine kompetente Fachfrau zu seiner Nachfolgerin berufen zu lassen: Frau Süßmuths Aufgabe besteht darin, der Familienpolitik der Union den Anschein von Progressivität zu verleihen, der die Frauen dazu bringen soll, diese Politik zu akzeptieren. Als Gesetze sind hier vor allem zu nennen:

- Einführung des dualen Systems im Familienlastenausgleich,
- die Umstellung des BAFÖG auf Darlehen,
- die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes,
- die Novellierung des Scheidungsfolgenrechts,
- die Bundesstiftung »Mutter und Kind«,
- die Belastung der Familien von Rentnern, Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfängern durch die Haushaltsbegleitgesetze 1982, 1983 und 1984,
- die Abschaffung des Mutterschaftsurlaubs,
- Einführung des Erziehungsgeldgesetzes,
- das Beschäftigungsförderungsgesetz.

Das duale System des Familienlastenausgleichs verwirklicht mit den wieder eingeführten Kinderfreibeträgen, deren Vorteil für die Höherverdienenden durch ein schwach degressives Kindergeld nicht ausgeglichen wird, eine alte Zielvorstellung zur Familienförderung der Union, die schon Wuermeling vehement vertrat: Die Belastungen durch Kinder sollten vom Staat nur soweit abgemildert werden, daß die Mehrkinderfamilien nicht gegenüber den kinderarmen und kinderlosen Familien *der eigenen Schicht* ins Hintertreffen geraten: »Familienlastenausgleich bedeutet: ... Kaufkraftausgleich innerhalb der sozialen Schicht ...«. <sup>13</sup> Heute wird die Förderung der Mittelschicht nicht mehr so offen propagiert, wie Wuermeling dies noch tat:

»Gerade auch unseren weithin kulturtragenden Mittelstandsschichten darf nicht ausgerechnet da die Erfüllung ihrer wichtigen kulturellen Aufgabe unmöglich gemacht werden, wo sie diese an ihren Kindern und damit für die Zukunft aller wirksam werden lassen ...«. <sup>14</sup>

Doch sagt Frau Süßmuth heute zur Verteidigung der Kinderfreibeträge sinngemäß das gleiche:

»Ohne Kinderfreibeträge würde der Staat dazu beitragen, daß der Lebensstandard von Eltern gegenüber Kinderlosen mit gleichem Einkommen noch mehr zurückbleibt«. <sup>15</sup>

Der Gedanke, daß über den Familienlastenausgleich versucht werden sollte, allen Kindern möglichst gleiche Startchancen in der Gesellschaft einzuräumen — also auch Nachteile auszugleichen, die durch die familiäre Herkunft bedingt sind, ist in den familienpolitischen Überlegungen der Wenderegierung nicht mehr vorhanden. <sup>16</sup> Die hohe

Selbstrekrutierung der Schichten, die in unserer Gesellschaft immer noch besteht, wird durch diese Art des Familienlastenausgleichs weiter stabilisiert. Daß es nicht um die gezielte Förderung der Kinder geht, zeigt allein schon die Tatsache, daß das Kindergeld auf die Sozialhilfe angerechnet wird, wohingegen bei Beziehern hoher Einkommen über die Kinderfreibeträge eine überdurchschnittliche Entlastung erreicht wird.

### Erste Belege dafür, daß der Umbau greift

Die *Novellierung des Hochschulrahmengesetzes*, die wesentliche Teile der Gruppenuniversität abschaffen soll, sowie die geplante Eliteförderung werden diese Selbstrekrutierung weiter stützen.

In die gleiche Richtung wirkt die *Umstellung der Ausbildungsförderung für Studenten (Studenten-BAFöG) auf Vollدارlehen* seit 1983, wie die im Dezember 1986 veröffentlichte 11. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks<sup>17</sup> belegt:

- So ist es seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre erstmals wieder zu einer Stagnation des nach dem Zweiten Weltkrieg fast durchgängig zunehmenden Anteils weiblicher Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen gekommen. Er liegt zwischen 1982 und 1985 an wissenschaftlichen Hochschulen konstant bei etwa 40,5 % und ist an Fachhochschulen ab 1982 sogar leicht rückläufig von 31 (1982) auf 30 % (1985).<sup>18</sup>
- Auch eine zweite Tendenz ist gestoppt worden, die den Konservativen sicher ein Dorn im Auge gewesen sein muß: »Der Anteil der Arbeiterkinder unter den Studenten wissenschaftlicher Hochschulen ist mit 16 % gegenüber 1982 unverändert geblieben. Dies bildet den vorläufigen Endpunkt einer seit Beginn der fünfziger Jahre zu beobachtenden Entwicklung, die durch eine stetige Zunahme des Arbeiterkinderanteils an wissenschaftlichen Hochschulen gekennzeichnet war.« An Fachhochschulen ist der Anteil von Arbeiterkindern, wenn auch auf höherem Niveau, leicht rückläufig (1982: 28 %, 1985: 27 %).<sup>19</sup>
- Frauen aus unteren sozialen Herkunftgruppen verzichten offenbar immer häufiger auf ein Studium. Die Erhebung stellt fest, daß Studentinnen »im Vergleich zu ihren Kommilitonen im Sommersemester 1985 noch häufiger aus der höchsten sozialen Herkunftsgruppe« kommen.
- So nähert man sich aus der Sicht der Konservativen auf dem Bildungssektor wieder der angestrebten »Normalität«, auf die ihre Ordnungspolitik zielt: Die Selbstrekrutierung der Schichten, kaum merklich ins Wanken geraten, festigt sich wieder.
- In den Jahren 1982 bis 1985 lassen sich »merkliche soziostrukturelle Veränderungen an den Hochschulen (feststellen). (...) Während sich der Anteil der Studenten aus einfachen sozialen Verhältnissen verringert hat, ist der Anteil der Studenten aus der höchsten sozialen Herkunftsgruppe komplementär dazu um 4 %-Punkte gestiegen«. Diese Entwicklung ist bei wissenschaftlichen Hochschulen deutlicher als an Fachhochschulen und bei Frauen ausgeprägter als bei Männern.<sup>20</sup>

— Daß diese Entwicklung mit der Änderung des BAFöG zu tun hat, wird durch die Erhebung belegt: »Die Gefördertenquote im Sommersemester 1985 fällt, verglichen mit dem Sommersemester 1982, deutlich niedriger aus.«<sup>21</sup>

*Die Änderungen im Scheidungsfolgenrecht* — gegen die einhellige Meinung der juristischen Fachwelt durchgesetzt — haben es mit der Einschränkung des Unterhaltsanspruchs sowohl nach seiner Dauer als auch was die Vermehrung der Ausschlußgründe angeht, für Frauen schwieriger gemacht, sich nach einer Scheidung existenziell behaupten zu können. Auf sie als in der Regel Anspruchsberechtigte zielen die Änderungen. Nicht nur die vom Kanzler bemühte »Einzelfallgerechtigkeit« ist angestrebt, sondern es soll vor allem dem Ärgernis gegengesteuert werden, daß die Scheidungsziffern weiter steigen, und es immer häufiger Frauen sind, die eine unbefriedigende Ehe aufgeben. Dazu ist es in der Tat sehr viel gezielter und wirkungsvoller, die Frauen an der für sie empfindlichsten Stelle zu bedrohen: an ihrer durch die Familienarbeit bedingten wirtschaftlichen Schwäche und Abhängigkeit! Das Scheidungsrecht als Ganzes zu verschärfen, wäre politisch kaum durchsetzbar gewesen — wohl auch deshalb, weil es die Scheidungsmöglichkeiten für Männer ebenso beschnitten hätte.

Dem weiteren familienpolitischen Ärgernis, den hohen Zahlen der Schwangerschaftsabbrüche nach der Notlagen- (sozialen) Indikation soll die *Bundesstiftung Mutter und Kind* abhelfen. Auch hier will man keine Änderung des Strafrechts versuchen, obwohl gewichtige Teile der CSU, der CDU und katholisch-klerikale Kreise dies einfordern. Zumindest aber verlangen sie, die Finanzierung der Abbrüche nach der Notlagenindikation durch die Krankenkasse zu unterbinden. Auch dies wäre der Versuch, an der wirtschaftlich schwachen Position der meisten Frauen anzusetzen, die sich zu einem Abbruch gezwungen sehen. Doch haben sich derartige Versuche als politisch wenig opportun erwiesen: Frauen lehnen bis weit in die Reihen der Union hinein eine Änderung sowohl des Gesetzes als auch der Finanzierungsmöglichkeiten ab; auch Frau Süßmuth tut das und wird hier von der Mehrheit der Unionsfrauen gedeckt. Außerdem stünde dann zu befürchten, daß dies zu einer sehr breiten und massiven Mobilisierung von Frauen aller Lager gegen die Regierung und die sie tragenden Parteien führen könnte. Das möchte die Union vermeiden. So wird mit der Bundesstiftung versucht, Einfluß auf die Beratungsstellen und ihr Beratungskonzept zu nehmen: Die Frauen sollen durch finanzielle Unterstützung, auf die sie weder dem Grunde, noch der Höhe, noch der Dauer der Gewährung nach einen Rechtsanspruch haben, dazu gebracht werden, das Kind auch dann auszutragen, wenn sie es angesichts der Gesamtsituation (die in der Regel nicht durch einen kurzfristigen Geldbedarf bestimmt ist) nicht verantworten können. Parallel mit der Bundesstiftung ergingen in unionsregierten Bundesländern einschränkende Verwaltungsvorschriften für die Beratungsstellen, die es ihnen erschweren sollen, den Frauen zu einem legalen Abbruch zu verhelfen — auch wenn eine gültige Indikation vorliegt.<sup>22</sup>

## Umbau des Wohlfahrtsstaates

Zur Einschränkung der Maßnahmen zum Sozialabbau durch die *Haushaltsbegleitgesetze 1982, 1983 und 1984* kann ich mich auf die Arbeit von Bäcker/Naegele<sup>23</sup> beziehen, mit der ich in vielen wesentlichen Punkten und Ableitungen übereinstimme. Die Autoren konstatieren an den wichtigsten Eingriffen in Sozialleistungen seit 1982, daß sie durchaus nicht wahllos und nur unter Sparzwang erfolgt seien, sondern daß diese Eingriffe nach einem System, und auf ein Ziel hin erfolgten: den »Umbau der gesamten Arbeits- und Sozialverfassung, (die) Neuordnung der industriellen und sozialen Beziehungen, ... (auf) ein anderes neo-konservatives Wertesystem.«<sup>24</sup> Ich habe dieses Ziel mit der nach drei Dimensionen stärker gegliederten Gesellschaft zu konkretisieren versucht. Allerdings wäre es zu kurz gegriffen, vom »Ende des Wohlfahrtsstaates« zu sprechen, wie Alber belegt.<sup>25</sup> Dies ist sicherlich nie die Intention der Union gewesen und auch von der Realität nicht gedeckt: Der Sozialabbau ist nach starken Eingriffen, die erzwungen durch die wirtschaftliche Krise schon nach 1975, also noch unter der sozialliberalen Koalition einsetzten, 1985 zum Stillstand gekommen. Es ist jedoch aufschlußreich festzustellen, *wem* die starken Opfer nach Übernahme der Regierung durch die unionsliberale Koalition zugemutet und *wie* die sozialen Lasten verteilt wurden. Gleichwohl blieben die Eingriffe so dosiert, daß die Loyalität zum Staat erhalten blieb. Dies gelang insbesondere dadurch, daß man Gruppen belastete, die zwar zahlreich aber in ihrer politischen Vertretung schwach sind (Rentner, Sozialhilfeempfänger, Empfänger von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit). Außerdem spielte man geschickt Gruppen gegeneinander aus — wie etwa Mütter als Hausfrauen und erwerbstätige Mütter (im Fall des Erziehungsgeldgesetzes).

## Frauen in geschwächten Rechtspositionen auf dem Arbeitsmarkt

Wie Gustav Fehrenbach, stellvertretender DGB-Bundesvorsitzender und prominentes CDU-Mitglied, 1986 feststellte, versuchen die Neokonservativen und Rechtsliberalen zur Zeit, »die Balance der Rechte *prinzipiell* zu verschieben, indem sie die Arbeitnehmer dem wirtschaftlichen Auf und Ab gnadenlos ausliefern.«<sup>26</sup> Dies betrifft um so mehr die am Arbeitsmarkt und in den Sozialrechten strukturell Schwachen, nämlich die Frauen. Die meisten seit der Wende eingeleiteten sozialpolitischen und sozialrechtlichen Veränderungen für Frauen scheinen sich auf den Nenner bringen zu lassen, *erlangene Rechtsansprüche auszuhöhlen* (Scheidungsfolgen- und Unterhaltsrecht, Versorgungsausgleich, Indikationsmodell, Arbeitsplatzgarantie beim Mutterschaftsurlaub) und durch Kann-Vorschriften (Bundesstiftung) oder größere Ermessungsspielräume von Behörden, Richtern (Unterhaltsrecht) oder Unternehmern (Flexibilisierung von Arbeitseinsatz) zu ersetzen. Geschenke nach Gießkannenprinzip (Erziehungsgeld) vernebeln zudem diesen Umbau, der leise, dezentral und mit geschickten Schlagworten garniert vonstatten geht: »Aufwertung der Familienarbeit«; »Wahlfreiheit für Frauen«; »Wiederentdeckung der Ehrenamtlichkeit«; »Hilfe zur Selbsthilfe«.

## Auswirkungen des Erziehungsgeld- und Beschäftigungsförderungsgesetzes

Ich bin nicht der Meinung, das Bundeserziehungsgeldgesetz ziele auf »den Austritt der Frau aus dem Erwerbsleben« und ihren »fraglichen Wiedereintritt nach der Phase der Familienarbeit«. <sup>27</sup> Die Frauen sind als ein gewichtiger Teil der Arbeitnehmerschaft (39,1 %) nicht nur ihrer Zahl nach auf dem Arbeitsmarkt unverzichtbar — sie sind es auch und gerade wegen ihrer geschlechtsspezifischen Qualifikationen und ihrer daraus resultierenden schwachen Positionen in der Vertretung ihrer Rechte als Arbeitnehmerinnen. Um mit dem Einfachsten zu beginnen: Frauen sind immer noch weit weniger gewerkschaftlich organisiert als die männlichen Arbeitnehmer: 1984 betrug der gewerkschaftliche Organisationsgrad (auf der Basis der Erwerbstätigen-Statistik) für Frauen 18,7 und für Männer 41,6 %. <sup>28</sup>

Dank ihrer familienorientierten Sozialisation bringen sie aus ihrem erworbenen weiblichen Arbeitsvermögen in die Arbeit bestimmte nichtberufliche Fähigkeiten ein, die zwar auf dem Arbeitsmarkt hoch geschätzt sind, aber nicht besonders honoriert werden brauchen. Frauen sind z.B. stärker daran interessiert, das betriebliche Sozialklima zu verbessern, sich solidarisch und nicht konkurrenzorientiert zu verhalten und dienende Tätigkeiten zu akzeptieren. Dies wird in den Betrieben sehr geschätzt; für bestimmte Aufgaben und Funktionen werden ausdrücklich Frauen verlangt. Auch andere Eigenschaften kann man auf das weibliche Arbeitsvermögen und die Doppelbelastung durch die Familienarbeit zurückführen: etwa die Tatsache, daß Frauen eher bereit sind, Diskontinuitäten in ihrer Berufstätigkeit auf sich zu nehmen, in Teilzeit oder Schicht zu arbeiten. Auch sind sie weniger streikbereit und akzeptieren eher monotone und wenig abwechslungsreiche Tätigkeiten.

Dank ihrer weitgehenden Alleinzuständigkeit für die Familienarbeit richten die Frauen ihre Lebensplanung immer noch auf die drei Phasen ein: Ausbildung und Berufstätigkeit vor und in den Anfangsjahren der Ehe, wenn noch kein oder nur ein Kind da ist, dann die Phase der Kindererziehung, schließlich der Versuch, wieder ins Erwerbsleben einzutreten. Schon in der ersten Phase der Berufstätigkeit akzeptieren sie oft Arbeitsplätze, die nicht ihrer Ausbildung und Qualifikation entsprechen, da sie sich in der Regel den Erfordernissen unterordnen, die der Beruf des Mannes und ihre zukünftigen Familienpflichten mit sich bringen. Sie sind also ausgebildete oder gelernte Arbeitskräfte, arbeiten aber auf Grund ihrer familiären Belastung als ungelernete Kräfte und werden entsprechend niedrig bezahlt: 90 % der Frauen werden in Berufen ausgebildet, in denen dann nur 30 % der Frauen arbeiten, d.h. für die sie zwar eine Qualifikation darstellt, die jedoch nur als Voraussetzung für die Einstellung gilt, die aber *nicht* in die Arbeitsplatzbeschreibung und damit in die Lohnfindung eingeht. Die Betriebe können also bei Frauen auf unterschiedliche Fähigkeiten, Kenntnisse und Qualifikationen zurückgreifen, die die betrieblichen Qualifizierungskosten enorm reduzieren: »Betriebe können diese Nebenbeschäftigungspolitik so lange betreiben, so lange ein Reservoir, eine Arbeitskräftegruppe auf dem Arbeitsmarkt vorhanden ist, der diese Einsatzbedingungen aufgezwungen werden können. Dieses Potential ist vorhanden in Frauen, die sich zwar nicht mehr so einfach zur Reservarmee degradieren lassen,

sondern eine betriebliche Ausbildung absolvieren, die im Betriebsalltag aber enttäuscht werden von den beruflichen Möglichkeiten und sich — oft auch nur vorübergehend — aus dem Betrieb zurückziehen.«<sup>29</sup> In diesem Zusammenhang ist auch wichtig, daß Frauen — insbesondere an Teilzeitarbeitsplätzen — viel weniger Widerstand gegen die hohen Belastungen am Arbeitsplatz aufbieten als Männer. Bedenkt man das hohe Interesse der Wirtschaft an weiblichen Arbeitskräften, so kommt man zu dem Schluß, daß die Frauen auch deshalb darin festgehalten werden, allein für die Familie zuständig zu sein, weil sie durch die auf dieser Rollenzuschreibung basierenden Fähigkeiten und die durch die Doppelbelastung bedingte Disponibilität für die Arbeitgeber ein Reservoir von Arbeitskräften darstellen, das besonders flexibel einsetzbar ist.

Die Erwerbsbedingungen von Frauen sind also Ausdruck der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die letztlich in der unterschiedlichen Zuständigkeit von Männern und Frauen für die Reproduktion in der Familie begründet sind. Daß dies möglichst so bleibt, ist eine der Zielsetzungen des *Erziehungsgeldgesetzes in Verbindung mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz*. Es wurde an die Stelle des 1979 eingeführten Mutterschaftsurlaubs und Mutterschaftsgeldes gesetzt, das es allen berufstätigen Müttern ermöglichte, nach Ablauf ihrer achtwöchigen Mutterschutzfrist nach der Entbindung einen zusätzlichen Mutterschaftsurlaub von vier Monaten zu nehmen. Sie erhielten in dieser Zeit unversteuert das Nettoarbeitsentgelt bis zu einem Höchstbetrag von DM 750 pro Monat, der Arbeitsplatz war während der ganzen Zeit der Mutterschutzfrist und des Mutterschaftsurlaubs durch Kündigungsschutz gesichert, die Mütter waren sowohl in der Krankenkasse, der Arbeitslohn- und Rentenversicherung beitragsfrei versichert. Es war ein rein arbeitsrechtliches Gesetz, von dem die Gegner in der Union auch befürchteten, es werde stabilisierend auf die Erwerbstätigkeit der Frauen wirken.

Das Bundeserziehungsgeldgesetz unterscheidet sich davon in wesentlichen, einschneidenden Punkten:<sup>30</sup> Das Erziehungsgeld, auf das nun alle Mütter Anspruch haben — unabhängig davon, ob sie erwerbstätig sind oder nicht und das in den ersten sechs Monaten auch unabhängig von sonstigen Einkünften für alle in gleicher Höhe gezahlt wird — beträgt nur noch DM 600. Damit kann der Wegfall von Einkommen aus Erwerbstätigkeit kaum mehr ausgeglichen werden. Die geringe Höhe des Erziehungsgeldes macht es zudem höchst unwahrscheinlich, daß Väter, die jetzt auch anspruchsberechtigt sind, davon Gebrauch machen können. Der Arbeitsplatz ist nicht mehr garantiert, sondern nur noch die Beschäftigung, und das Gesetz erlaubt Teilzeitarbeit während des Erziehungsurlaubs, jedoch nur bis zu weniger als 20 Stunden pro Woche. Dies bedeutet, daß die Frauen (und Männer) nicht mehr die Möglichkeit haben, sich gegen Arbeitslosigkeit zu versichern und daß die Arbeitgeber von einem Teil ihrer Sozialversicherungspflicht entlastet sind. — Die Beschäftigungsgarantie läßt zudem wesentliche Ausnahmen zu Lasten der Arbeitnehmer zu. Empfänger von Arbeitslosengeld sind vom Bezug des Erziehungsgeldes ausgeschlossen. Wenn sie doch Erziehungsgeld beziehen wollen, müssen sie den Anspruch auf Arbeitslosengeld und die Möglichkeit vom Arbeitsamt vermittelt zu werden, aufgeben. Damit verschwinden sie auch aus der Arbeitslosenstatistik. — Doch hält sich die Union viel darauf zugute, daß das Erziehungsgeld auf die Sozialhilfe nicht angerechnet wird. Alleinerziehende

Mütter, die — wenn sie ihre Erwerbstätigkeit aufgeben und nicht genügend Unterhalt beziehen — unmöglich allein vom Erziehungsgeld leben können, werden offiziell auf die Sozialhilfe verwiesen.<sup>31</sup> Somit bieten sich für Mütter (oder Väter), die nicht über genügend zusätzliches (Haushalts-)Einkommen verfügen, wenn sie das Erziehungsgeld in Anspruch nehmen wollen, zwei Auswege an:

- entweder Sozialhilfe zu beantragen (mit allen belastenden und diskriminierenden Folgen)
- oder in Teilzeit (unter 20 Stunden) dazu zu verdienen.

### **Förderung der Teilzeitarbeit**

Die Arbeit mit Teilzeitkräften und der Abschluß von befristeten Arbeitsverträgen wird durch das seit dem 1. Mai 1985 geltenden Beschäftigungsförderungsgesetz für Arbeitgeber besonders leicht und attraktiv gemacht. Es erlaubt, bis 1991 befristete Arbeitsverträge bis zu einem Jahr ohne Angabe von Gründen abzuschließen, in bestimmten Fällen können diese Verträge bis zu zwei Jahren verlängert werden. Teilzeitkräfte zählen für die Geltung wesentlicher Schutzgesetze nicht mehr zur Beschäftigtenzahl und dadurch werden wichtige Schutzrechte nach dem Kündigungsschutz-, dem Lohnfortzahlungsgesetz und dem Betriebsverfassungsgesetz in ihrer Geltung in Betrieben außer Kraft gesetzt, die ihre Arbeitskräfte vornehmlich aus Teilzeitarbeitskräften rekrutieren. Und dies sind vor allem Frauen! Nach einer Erhebung der Gewerkschaft Textil und Bekleidung<sup>39</sup> sind nach dem 1. Mai 1985 in ihre Organisationsbereich mit knapp 7000 Arbeitnehmern befristete Arbeitsverträge abgeschlossen worden: davon 67 % mit Frauen. Teilzeitarbeitsverträge wurden in knapp 3000 Fällen abgeschlossen, davon waren 98 % Frauen und von 504 Auszubildenden, die nur in befristete Arbeitsverhältnisse übernommen wurden, waren 75 % Mädchen. Die beschäftigungsfördernde Wirkung dieses Gesetzes besteht also darin, Frauen in ungeschützten Arbeitsverhältnissen zu beschäftigen, ihre unterprivilegierte und diskriminierte Stellung auf dem Arbeitsmarkt zu untermauern.

Die Union ist sich darin treu geblieben, in der Familie einen entscheidenden stabilisierenden Faktor zu sehen und dafür, daß sie möglichst in der überkommenen Form erhalten bleibt, eine gesonderte Politik zu verlangen. Dagegen glaubte die SPD mit ihrem Vorhaben einer durchgreifenden Sozialpolitik für alle eine besondere Familienpolitik überflüssig machen zu können: Man denke an die Debatten zur Einrichtung eines Familienministeriums 1953 und zu dem Vorhaben eines Sozialplans. Damit haben es die Sozialdemokraten bis heute versäumt, das Gebiet der Familienpolitik offensiv zu besetzen; sie haben aber auch versäumt, ihre eigenen Anschauungen deutlich zu machen und die sich daraus ergebenden Alternativen politisch durchzusetzen.

## Ergebnisse der CDU-Frauenpolitik

Die neuen arbeitsrechtlichen Gesetze halten die Frauen in diesen Positionen fest oder drängen sie vermehrt dahin ab; die familienpolitischen Gesetze, die ihnen die »Wahlfreiheit« einräumen sollen, sich — zumindest für einige Jahre — wieder fest in die Familienarbeit einzubinden, werden dies verstärken. Gesetze, die es Männern ermöglichen oder sie dahin drängen würden, ihren Teil der Familienarbeit zu übernehmen, sind nicht in Sicht: dies kann nur eine radikal verkürzte Wochenarbeitszeit oder ein so hohes Erziehungsgeld sein, so daß die Familien tatsächlich davon leben können. — Wenn die neue Frauenministerin das Erziehungsgeld als familienpolitische Großtat feiert und Quoten für die Besetzung politischer und wirtschaftlicher Schaltstellen durch Frauen ablehnt, kann sie das eigentlich nur wider besseren Wissens tun. Jedenfalls bleibt sie in dem von der Union gesteckten familienpolitischen Rahmen.

## Anmerkungen

- 1 Langer, Ingrid: Familie als Erziehungsträger. Neue Anforderungen auf Grund gesellschaftlicher Veränderungen. In: Familie als Erziehungsträger. Neue Anforderungen auf Grund gesellschaftlicher Veränderungen. Gemeinsame Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe und des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Dokumente und Materialien. Bonn 1986. S.9-32.
- 2 Christlich-Demokratische-Union und Christlich-Soziale-Union: Düsseldorfer Leitsätze über Wirtschaftspolitik, Landwirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Wohnungsbau. Vom 15. Juli 1949. Sonderdruck des Deutschland-Union-Dienstes.
- 3 Horkheimer, Max: Zur Kritik der instrumentellen Vernunft. Aus den Vorträgen und Aufzeichnungen seit Kriegsende. Hrsg. von Alfred Schmidt. Frankfurt/M. 1967. Darin, ders.: Autorität und Familie in der Gegenwart.
- 4 Vgl. dazu: Langer-El Sayed, Ingrid: Familienpolitik: Tendenzen, Chancen, Notwendigkeiten. Frankfurt/M. 1980. S.132ff.
- 5 Heck, Bruno (Hrsg.): Die CDU und ihr Programm. Programme, Erklärungen, Entschlüsseungen. St. Augustin bei Bonn 1979, S.7.
- 6 Heereman, Michaela Freifrau von: Begriffsverwirrung. Partnerschaft zwischen Mann und Frau heute. In: Die Neue Ordnung. 1985, H.4 (August). S.255-267.
- 7 Ebenda, S.256f.
- 8 Ebenda, S.263.
- 9 Ebenda, S.263.
- 10 Ebenda, S.265.
- 11 Wex, Helga: Thesen zur aktuellen Situation der CDU im Verhältnis zu jüngeren Frauen. Bonn, 9.11.1984. Vervielf. Msk.
- 12 Vgl. dazu: Langer-El Sayed, Ingrid: Konservative familienpolitische Rezepte: »Die Chance der Krise nutzen?«. In: Sexualpädagogik und Familienplanung. Zeitschrift der Pro Familia 1983, H.2. S.15-17 und 20ff.
- 13 Langer-El Sayed, Ingrid: 1980, a.a.O., S.101.
- 14 Ebenda, S.100.
- 15 Informationen des IM JFG Nr. 10, vom 20.12.1985, S.2.
- 16 Langer-El Sayed, Ingrid: 1980, a.a.O., S.III.
- 17 Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. II. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes im Sommersemester 1985. Kurzfassung. Bonn 1986.
- 18 Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S.If.

- 19 Ebenda, S.2.
- 20 Ebenda, S.3.
- 21 Ebenda, S.9f. Die gleichen Tendenzen ergaben Untersuchungen des »Landesinstituts Sozialforschungsstelle Dortmund« und des »Instituts für Schulentwicklungsplanung der Universität Dortmund« im Auftrag der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung. Danach sank der Anteil der Arbeiterkinder an den durch BAFöG Geförderten von 31,4 auf 17,4 %, wovon besonders die jungen Frauen betroffen seien. Vgl. dazu: »Frankfurter Rundschau«, Nr. 293, vom 18.12.1986, S.1.
- 22 Vgl. dazu: Langer, Ingrid: Die Bundesstiftung »Mutter und Kind«. Hilfe für schwangere Frauen oder Instrument zur Disziplinierung? In: »verhaltenstherapie und psychosoziale praxis« Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie e.V. 1984, H.3, S.436-443.
- 23 Bäcker, Gerhard, und Gerhard Naegele: Wende ohne Ende — Praxis und Ideologie der konservativ-rechtsliberalen Sozialpolitik. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 1986, H.4., S.122-135.
- 24 Ebenda, S.122.
- 25 Vgl. dazu: Alber, Jens: Der Wohlfahrtsstaat in der Wirtschaftskrise — Eine Bilanz der Sozialpolitik in der Bundesrepublik seit den frühen siebziger Jahren. In: Politische Vierteljahresschrift, 1986, H.1, S.28-59.
- 26 Fehrenbach, Gustav: Einheitsgewerkschaft — Mitbestimmung — Interessenvertretung. Referat auf der öffentlichen Veranstaltung/Preisverleihung der »Hans-Böckler-Stiftung«. Düsseldorf, 3.12.1986. Vervielf. Msk.
- 27 Vgl. Bäcker, Gerhard, und Gerhard Naegele, a.a.O.
- 28 Ohne Frauen wäre die Bilanz dürftiger ausgefallen. infas — Studie über Struktur und Entwicklung weiblicher Gewerkschaftsmitglieder. In: »Frankfurter Rundschau«, Nr.121, vom 28.5.1986, S.18.
- 29 Janssen, E., Packmohr R.: Hausarbeit und Berufsarbeit — Zwei widersprüchliche Arbeits- und Lebensbereiche von Frauen. In: Littek/Boehm (Hrsg.): Technische Entwicklung, Arbeitsteilung und berufliche Bildung, Frankfurt/M. 1982.
- 30 Für eine genaue Analyse der Gesetze vgl. Langer, Ingrid: Die neu entdeckten Frauen — zwischen Arbeitslosigkeit und Wendepolitik. In: WSI-Mitteilungen 1986, H.2, S.103-111.
- 31 Vgl. dazu: Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht, 10. Wahlperiode. 157. Sitzung, vom 13.9.1985, S.11787.
- 32 Ergebnis der Erhebung zu den Auswirkungen des Besch FG 1985 in den Betrieben des Organisationsbereichs der Gewerkschaft Textil-Bekleidung. Ohne Ort 1986. Vervielf. Msk.

Katharina Gröning

## Bienenköniginnen-Syndrom und Frauenpower

### Zur Arbeit kommunaler Gleichstellungsstellen

Als Ergebnis der Arbeit der Enquete-Kommission »Frau und Gesellschaft« des Deutschen Bundestages entstand 1980 die Forderung nach einem flächendeckenden Netz von kommunalen Gleichstellungsstellen nach US-amerikanischem bzw. skandinavischem Vorbild. 1982 wurde in Köln die erste kommunale Gleichstellungsstelle eingerichtet. Derzeit sind es allein in Nordrhein-Westfalen ca. 100, in Hessen ca. 40 und 50 bis 60 in den übrigen Teilen der Bundesrepublik. Gleichstellungsstellen sind in der Regel das Ergebnis jahrelangen Ringens um Stellen, was Ausstattung, Entlohnung und Kompetenzen angeht, und stellen einen Kompromiß dar, den Barbara Stolterfooth als sichtbaren Ausdruck des Kräfteverhältnisses zwischen Männerpolitik und Frauenbewegung in der jeweiligen Gemeinde bezeichnet.

Kommunale Gleichstellungsstellen oder Frauenbüros werden mit dem Ziel eingerichtet, Frauendiskriminierung auf kommunaler Ebene abzubauen und somit beizutragen, das in der Verfassung verankerte Gebot der Gleichberechtigung zu erfüllen. Für diese umfangreiche, recht abstrakt formulierte Aufgabe steht den jeweiligen Stelleninhaberinnen ein relativ einheitliches Instrumentarium von Interventionsmöglichkeiten zur Verfügung. Als besonders relevant für die Bewältigung der Aufgaben werden nachfolgende Kompetenzen angesehen:

- Ansiedlung des Büros beim Verwaltungschef, d.h. unmittelbares Vortragsrecht und die Stellung als eigenes Amt/eigene Stabstelle;
- Recht auf Akteneinsicht und Informationsbeschaffung gegenüber anderen Ämtern;
- Zugang zu Vorlagen der Verwaltungsspitze, der Gemeindeparlamente sowie der jeweiligen Ausschüsse und Möglichkeiten einer Stellungnahme;
- Verpflichtung aller städtischen Gremien, bei einer Intervention durch die Frauenbeauftragte neu zu beraten;
- Öffentlichkeitsarbeit, in der Regel in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Presseamt und Berichtspflicht.

Seltener ist in der Stellenbeschreibung der kommunalen Frauenbeauftragten ein Vetorecht gegenüber Personalentscheidungen und/oder ein Rederecht in den städtischen Gremien verankert.

Da es sich bei der Durchsetzung gleicher Lebenschancen von Frauen und Männern um ein soziales, gesellschaftlich definiertes Problem handelt, befindet sich die Gleichstellungsstelle im Schnittpunkt unterschiedlichster politischer Erwartungen, Strategien und Perspektiven. Ihr Aufgabenfeld ist ungenau definiert, wenig abgegrenzt und läßt — was eine Analyse der Stellenausschreibung und der Tätigkeitsberichte der Frauenbeauftragten angeht — die Schlußfolgerung zu, daß Paradoxien und Widersprüche das berufliche Handeln der Gleichstellungsbeauftragten bestimmen. Situationen, Deutungen

und Interaktionen werden auf diesem Weg zu Schlüsselbegriffen der beruflichen Kompetenz. Schon heute zeichnen sich bei den Gleichstellungsstellen Konsequenzen mißglückter Professionalisierungsbestrebungen ab, wozu sehr unterschiedliche Stellenbewertungen, Zeit- und ABM-Verträge oder neben- und ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte gehören. Ein typischer Katalog der Gleichstellungsstelle umfaßt folgende Felder (nach Theresia Riedmaier, Frauenbeauftragte der Stadt Karlsruhe):

- Bürgerinnen beraten und ihre Interessen anderen Ämtern gegenüber vertreten, u.U. bedeutet dies, sie neu zu formulieren;
- Ratsuchende an Beratungsstellen und andere Ämter weitervermitteln;
- Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit betreiben, d.h. Ausstellungen, Filmabende, Bildungsprojekte etc. konzipieren und/oder organisieren (zu diesem Bereich gehört auch das Unterrichten in Schulen im Rahmen des Sozialkunde- oder Religionsunterrichts)
- Frauenförderpläne entwickeln und umsetzen;
- mit frauenrelevanten Organisationen, Initiativen, Verbänden und Vertretungen zusammenarbeiten.

In der Regel bearbeitet die Frauenbeauftragte Arbeitsfelder wie:

- Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit von Frauen (Analyse der Berufs- und Erwerbssituation, Aktionen zur geschlechtsneutralen Stellenausschreibung, Veranstaltung von Seminaren und Training zur Wiedereingliederung, Existenzgründung und Qualifikation von Frauen);
- das Bild der Frau in der Öffentlichkeit, Gewalt gegen Frauen, Situation alleinerziehender/alleinstehender Frauen oder älterer Frauen oder Mädchen;
- Interne Aufgaben sind: Gleichbehandlung am Arbeitsplatz, Mitwirkung bei Personalentscheidungen, Untersuchung der Beschäftigungssituation von Frauen in der Stadtverwaltung, Zusammenarbeit mit dem Personalrat, Information, Beratung und Hilfestellung bei Konflikten innerhalb der Verwaltung.
- Zuarbeit für die Gemeindeparlamente: Besuch der Gemeindefraktionen, Teilnahme an Ausschuß- und Gemeinderatssitzungen, Überprüfung der Vorlagen auf ihre Frauenfreundlichkeit, Stellungnahme und Information.

Es fällt auf, daß in den Formulierungen zur Aufgabenstellung sehr häufig Begriffe wie Initiierung, Zusammenarbeit, Informations- und Erfahrungsaustausch auftauchen. Im Bereich der internen wie externen Arbeit obliegt es der Frauenbeauftragten, die jeweiligen Entscheidungsträger, also Institutionen oder Ämter der eigenen wie auch anderer Verwaltungen, Arbeitgeber für Frauen zu sensibilisieren und so auf eine veränderte Entscheidungspraxis hinzuwirken. Die Frauenbeauftragte ist somit nicht in der Lage, anzuordnen, zu verfügen, d.h. administrativ tätig zu werden. Von der Definition des Berufsfeldes her ist sie Überzeugungsarbeiterin. Sie arbeitet an einer Neuformulierung und Neudefinition von Werten und Normen. In diesem Sinn ist ihre Strategie und ihre Arbeitsweise zwangsläufig pädagogisch, auch wenn die Stelleninhaberinnen ein anderes Selbstverständnis von sich und ihrer Arbeit haben.

**Paradoxien und Widersprüche im Berufsalltag der Frauenbeauftragten**

Es spricht einiges für die These, daß die Gleichstellungsarbeit durchaus als neue Dimension sozialpädagogischen Handelns begriffen werden kann. Alle Gleichstellungsstellen bieten ratsuchenden Frauen Unterstützung und nach übereinstimmenden Aussagen sind die Beratungsfälle in der Regel komplexe Problembündel, die die Arbeitskraft der Stelleninhaberinnen schnell binden (vgl. Selters/U. Rühmkorf). Neben den alten Konflikten der besonderen sozialen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern, die die ökonomische Not verschärfen, sind es der Wandel der Lebensformen, also Scheidungen, nichteheliche Lebensgemeinschaft u.ä., die für die Verweiblichung der Armut verantwortlich sind. Als Altersarmut machen sich heute frühere Hilfs- und Heimarbeit, Lohndiskriminierung und ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse bemerkbar. Trotz Bildungsreform und Berufsorientierung der Frauen bricht mit Trennung und Scheidung neue Armut in ihren Alltag ein. Frauen heute sind zunehmend nicht mehr eine Berufsausbildung oder Qualifikation, sondern einen-Mann-weit von der Armut entfernt (Beck). Daß neben den Problemen von Unterhalt, Sorgerecht und Versorgungsausgleich auch alle psychischen und psychologischen Dimensionen des Geschlechterkampfes in den Gleichstellungsstellen präsent sind, versteht sich von selbst. Häufig aber ist die Ratsuchende nicht Deutsche, sondern Türkin, (noch) nicht anerkannte Asylantin, illegale Süsostasiatin oder ähnliches. Entsprechend ist die Beratungsarbeit der Frauenbeauftragten mit allen Problemen professionellen Helfens belastet. Da die amtliche Definition von Hilfsbedürftigkeit sich in der Regel aber an der männlichen Normalbiographie orientiert, gelten Frauen in ihrer spezifischen Lebenssituation als Abweichung. Im konkreten Fall heißt das, sie gehen leer aus, für ihre soziale Sicherung ist nicht oder nur unzureichend gesorgt. Ein Paradebeispiel für diese abgeleiteten Rechte stellt die Organisation der Rentenversicherungen dar.

Dort gelten alle Ereignisse, die Männer an der Erwerbstätigkeit hindern, wie Krankheiten, Arbeitslosigkeit oder auch Krieg als Ausfall- oder Ersatzzeiten. Sie werden bei der Rentenberechnung berücksichtigt. Dagegen sind Kindererziehungszeiten erst 1984 und das nur ein Jahr lang in der Rentenversicherung anerkannt worden. Sie gelten weder als Ersatz- noch Ausfallzeiten, was beim Eintreten des Rentenfalles häufig dazu führt, daß Frauen u.U. die sogenannte Halbbelegung gar nicht erreichen. Minirenten und Altersarmut sind hier die Folgen.

Besonders bedeutsam aber ist der Tatbestand, daß es für die Beratungsarbeit der Gleichstellungsstellen weder Konzept noch Ausbildung gibt. So konzipieren einige Gleichstellungsbeauftragte ihre Beratung im Sinne nondirektiver Gesprächstherapie, andere »raten« aus »gesundem Frauenverstand« oder aus ihrer Sicht der Dinge. Politische und helfende Dimension der Beratung auszubuchstabieren und eine Konzeption einschließlich Weiterbildungsplan zu entwerfen — das alles steht für die Gleichstellungsarbeit noch aus.

## Gleichstellungsarbeit im Spannungsfeld politischer Interessen

Frauenbeauftragte sollen Gleichstellung (mit-)herstellen — aber wer buchstabiert, definiert und konzipiert ihr Handlungsfeld? Es bleibt ein verblüffender Tatbestand, daß von grün bis schwarz Gleichstellungsstellen begrüßt werden, obwohl sehr unterschiedliche gesellschaftliche Zielvorstellungen in den jeweiligen Konzepten der Frauenorganisationen der Parteien sichtbar sind. Hinzu kommen die Vorstellungen und Entwürfe der autonomen Frauenbewegung, der Gewerkschaften, Kirchen etc. Auffallend ist zudem, daß in den politischen Auseinandersetzungen im Vorfeld der Einrichtung der Stelle sich die Befürworterinnen auf ihre Durchsetzung als solche, weniger auf dahinterliegende Einzelaufgaben konzentrieren. In der SPD macht sich dieser Konflikt als Konflikt zwischen Männern und Frauen und zwischen AsF und sonstigen SPD-Frauen bemerkbar, die Jungsozialistinnen einmal ausgenommen. Der Aggressionspegel gegenüber allem, was mit Gleichstellung und Frauenfragen zu tun hat, steigt also schon im Vorfeld der Stelle. Der gruppenspezifische Mechanismus nach der Einrichtung ist simpel und trotzdem erschlagend: Was das jeweilige Handlungsfeld angeht, wird bei anderen bereits bestehenden Einrichtungen kräftig abgeschrieben, was zu der Konsequenz führt, daß Fehler, die die anderen gemacht haben, zwangsläufig wiederholt werden. Das Prinzip heißt, wir machen das, was die anderen machen und keinen Schritt mehr. Den zweiten Mechanismus bezeichnet die Frauenbeauftragte der Stadt Göttingen, Gesine Spieß, als partei- und frauenpolitisches Zurücklehnen nach dem Motto: Wir haben dich geschaffen, jetzt schaff Du für uns. Stellvertretend soll nun die neuingestellte Frauenbeauftragte, die ja letztlich dafür bezahlt wird, die Konflikte, Programme und Konzepte weiterführen und durchsetzen, die Parlamentarierinnen und Frauen außerhalb des Rathauses müde gemacht haben. Der dritte Aspekt schließlich läßt sich auf die Formel bringen, zuerst haben die Frauen die Männer verprügelt, nun verprügeln die Männer die Frauenbeauftragte. Gemeint sind Verstrickungen in nutzlose und ermüdende Alltagskämpfe um Räume, meist geringe Etats, Mitarbeiterinnenstellen und öffentliche Äußerungen. Sie prägen den beruflichen Alltag der Gleichstellungsbeauftragten vor allem im ersten Amtsjahr. Als Folge lassen sich auf seiten der Stelleninhaberinnen Desillusionierungsprozesse und das für die Sozialarbeit typische burning-out-Syndrom attestieren.

## Die Frauenbeauftragte als Amt in der Kommunal- und Kreisverwaltung

Lautlos mit wenig öffentlichen Reibungsverlusten und Konflikten soll die Gleichstellungsstelle funktionieren. So läßt sich die Erwartung der Verwaltungsspitze der jeweiligen Kommune beschreiben. Geschieht das nicht, wie derzeit in Stuttgart, werden Störungen als mangelnde Verwaltungskompetenz der Stelleninhaberin definiert. Verwaltungserfahrung avanciert so zum meist genutzten Schlagwort in der Praxis der Frauenbeauftragten. Ihre Unfähigkeit, den Apparat zu beherrschen, wird nur zu gern mit einer fehlenden Verwaltungsausbildung oder mangelnder Verwaltungskennntnis begründet. Somit wird der Konflikt in die Berufsrollenträgerin hinein verlagert. Als ob

das formale Wissen um administrative Abläufe die Reibungsflächen zwischen Frauenbeauftragter und Bürokratie verringern würde. In ihren Tätigkeitsberichten verarbeiten die Frauenbeauftragten den politischen Konflikt, Teil der Verwaltung zu sein, sie aber gleichzeitig verändern zu wollen, auf folgende Weise:

»Frauenbüros, so sie bei der Verwaltungsspitze angesiedelt sind, liegen quer zur hierarchischen Verwaltungsstruktur und sind eigentlich Störfaktor in der klassischen Verwaltung. Sie haben die Verpflichtung, überall einzugreifen, wo Fraueninteressen berührt werden, sind also zur Konfliktaustragung gezwungen.« (Margot Brunner, Wiesbaden)

Barbara Stolterfooth weist noch auf einen anderen Aspekt hin:

»Feministinnen wie Politikerinnen haben ihre Kritik an der herrschenden Männergesellschaft entwickelt aus der Kenntnis der sozialen und gesellschaftlichen Situation der Frauen, aus Kenntnis des weiblichen Lebenszusammenhangs. Der spezifische weibliche Lebenszusammenhang und die Rollenzuweisung in unserer Gesellschaft waren und sind es ja, die querliegen zu den Organisationsformen von Politik, die den faktischen Ausschluß der Frauen von Macht und Einfluß in dieser Gesellschaft bedingen. Frauenpolitik war implizit also auch immer darauf gerichtet, die Organisationsform von Politik, die den faktischen Ausschluß der Frauen und ihrer Interessen ignorierte, in Frage zu stellen. Die Segmentierung des politischen Prozesses in Ressortpolitiken ohne inneren Zusammenhang geriet so — zu Recht — ins Blickfeld der Kritik als eine der Organisationsformen von Politik, die nicht in der Lage war, auf Interessenbedürfnisse und Lebenslagen von Frauen angemessen zu reagieren. Immanentes Ziel der Frauenpolitik in den Institutionen mußte es also sein, diese Segmentierung in Ressortpolitiken aufzuheben oder zu überwinden.«

Gerade aber diese Argumente richten sich gegen das Herzstück des administrativen Selbstverständnisses. Verwaltungsfachleute beziehen ihre beruflichen Identitäten maßgeblich aus dem Selbstverständnis, daß ihr Handeln rational und wertfrei und dem Dienstherrn gegenüber loyal sei. Auf der Ebene der Interaktion bedeutet die förmliche Anwesenheit einer Frauenbeauftragten eine Kränkung. Strukturell verweisen die aufgezählten Einrichtungen, Stabsstellen und Innovationsämter (z.B. Wirtschaftsförderung) auf Probleme sozialstaatlicher Steuerung. Die Kontrolle des technischen Fortschritts im Sinne einer sozialen und ökologischen Verträglichkeit ist von einer Verwaltung, deren Funktionsprinzipien historisch beim Aufbau stehender Heere entwickelt wurden, also letztlich die Hegemonie militaristischer Prinzipien und Denkweisen verkörpern, nicht mehr zu leisten. Stichworte wie Entbürokratisierung, Entrechtlichung und Entstaatlichung machen die Notwendigkeit einer Ausbuchstabierung neuer Qualitäten von Verwaltungshandeln deutlich — ein Prinzip, das auch für Gleichstellungsstellen gilt. Als instrumentelles Handeln vernachlässigt Verwaltungshandeln die Dimension der Sinnhaftigkeit. Ein Prozeß der Rückkoppelung darüber, wie Verwaltungsentscheidungen in Lebenswelten und Zusammenhänge eingreifen, muß und soll deshalb durch die Gleichstellungsstellen stattfinden. Diese neuen Dimensionen von Verwaltungshandeln im Gleichstellungsauftrag müssen vor dem Hintergrund ausgelotet werden, daß

- Verwaltungshandeln den eben genannten zweckrationalen und instrumentellen Prinzipien folgt;
- die Prinzipien des Verwaltungshandelns die Spielräume der Frauenbeauftragten begrenzen (woran auch das direktive Vortragsrecht beim Verwaltungschef nichts ändert);

- das Handeln der Frauenbeauftragten selbst zum Verwaltungshandeln wird, sich also zu Vorgängen, Fällen, Akten etc. entwickelt und damit sogenannte kustodiale Elemente bekommt;
- die Frauenbeauftragte innerhalb der Verwaltung einen beruflichen Sozialisationsprozeß durchläuft.

Kämpft die Frauenbeauftragte heute noch damit, von der Verwaltung als Fachfrau für Frauenfragen akzeptiert zu werden, kann sie schon morgen mit den Problemen ihrer Professionalisierung kämpfen. Dies gilt um so mehr, als Frauendiskriminierung in den Alltag verwoben und damit ein Problem sozialer Deutungsprozesse ist. Was liegt näher, als sich gegen fremdbestimmte Bedürfnisdefinitionen und aufgezwungene Bedürfnisbefriedigung auch durch eine kommunale Gleichstellungsstelle zur Wehr zu setzen und gegen die Entmündigung durch die Expertin zu protestieren. Gilt bei den vorgeschriebenen Kontakten der Gleichstellungsbeauftragten die heftig vorgebrachte Kritik des Deutschen Hausfrauenbundes an den »berufsorientierten Emanzen«, die die gesellschaftliche Diskriminierung der Hausfrau verschuldet haben, noch als Schwänngesang, so wirkt sich die Selbstbewußtheit der neuen Mütter, die Stillgruppen und eine selbständige Hebamme in der Kommune fordern, auf das berufliche Selbstverständnis nachhaltiger aus. Zu befürchten ist die Ausweitung der Doppelangriffe, da sich auf der Erscheinungsebene konservative Forderungen, die die »Überzogenheit« der Stellen, die z.B. nicht im Einklang mit Prinzipien der Wirtschaftlichkeit stehen, beklagen, und die alternative Expertinnenschelte gleichen.

Für letzteres steht die Generalabrechnung von Regula Schmitt-Bott und ihrer Tätigkeit in der Hamburger Leitstelle.

»In der Frauenpolitik war und ist die Einrichtung von Gleichstellungsstellen Ausdruck dieser auf staatliche Regulierung orientierten Politik, die einen ambivalenten Charakter hat: Einerseits ist sie das Ergebnis von sozialem und gesellschaftlichem Druck, gleichzeitig hat sie aber auch fraglos die Funktion, diesen Druck abzufangen und zu kanalisieren, Integrierbares zu integrieren, um den Rest besser abfertigen zu können.« (Bott, 1987, 11)

### **Berufsrolle, berufliches Selbstverständnis und berufliche Identität**

Zentrale Problematik ist die konstitutive wie eigenartige Verknüpfung von Berufs- und Geschlechtsrolle. Frausein ist in unserer von Biologismen durchsetzten Alltagstheorie keine soziale, sondern eine natürliche Kategorie. Gesellschaftliche Deutungsmuster gegenüber dem Weiblichen als solchem stehen in krassem Widerspruch zu der erwarteten Kompetenz einer Verwaltungsfachfrau.

»Die Sachkompetenz der Frauenbeauftragten hat gegenüber dem Alltagswissen ihrer Gesprächspartner kaum eine Chance. Sie kämpft gegen stereotyp vorgebrachte Sätze wie: Bei meiner Frau ist das aber so ... Aber die Frau ist doch von Natur aus ... . Frauen wollen doch gar nicht ... Was immer die Frauenbeauftragte anspricht, ihr Thema wird schnell privatisiert oder auf die Natur der Frau bezogen, denn jeder Mann kennt ja die Frauen und leitet daher das Recht ab, mitreden zu können oder die Überzeugung, es besser zu wissen. Keiner würde sich anheischig machen z.B. dem Statiker für Brückenbau ins Fach zu reden, obwohl doch alle schon über eine Brücke gefahren sind — alle jedoch machen sich anheischig, der Frauenbeauftragten in die Sache der Gleichberechtigung hereinzureden.« (Spieß, 1987, 13)

Zur beschriebenen Dimension der Verknüpfung von Berufs- und Geschlechtsrolle gehört auch männlich-chauvinistisches Verhalten gegenüber der Frauenbeauftragten. Gönnerhaftigkeit und Galanterie, Verunglimpfung und offene Aggression gelten der Gefahr der Verschiebung der »natürlichen Ordnung« durch die Frauenbewegung. Diese wird von der einzelnen Stelleninhaberin repräsentiert. Auf der soziologischen und politischen Ebene muß das gezeigte männliche Verhalten als rationale Verteidigung patriarchalischer Privilegien angesehen werden. Analysen von Linguistinnen und Psychologinnen beweisen, daß sich die Geschlechterhierarchie in Sprache und Körpersprache besonders manifestiert. Mit Drohgebärden, aber auch mit kavalliershafter, häufig ironisch gemeinter Unterstützung wird eine Situation hergestellt, die der Frauenbeauftragten signalisieren soll, daß sie sich auf fremdem Terrain bewegt, wenn sie in politischen und administrativen Kontexten agiert. Frauen — so Cheryl Benard/Edit Schläffer — haben in der Öffentlichkeit nur ein »Transitvisum«. Ihr Ort ist das Heim. Verlassen sie es, bedarf es männlicher Duldung bzw. männlichen Schutzes. Die Kommunikationsstrukturen und Signale der Männer manifestieren sich besonders in Begriffen, mit denen die Gleichstellungsbeauftragte belegt wird: Zum Beispiel zeigt »Gleichstellungsmieze« noch das männliche Bemühen um eine Beherrschung der Situation, indem die Frau als Mieze, also als Kätzchen, das anschmiegsam und schnurrig sein soll, bezeichnet wird. Rathaus-Xanthippe oder Amtsemanze dagegen zeigen die Reaktion von Männern auf den Kampf einer ganzen Frauengeneration um ihre Bedürfnisse und ihre Dienstleistungswünsche.

Zur Berufsrolle der Frauenbeauftragten gehört ebenfalls der Umgang mit ihrer Position als Führungskraft. Sie gehört häufig zu den wenigen Frauen in leitenden Positionen der jeweiligen Verwaltung. In der geschlechtshierarchischen Wahrnehmung stellt dies einen Widerspruch dar, der als Statusinkonsistenz bezeichnet wird. Interaktionspartner sind verunsichert und mögen widersprüchlich reagieren. Da Machtbeziehungen zwischen Frauen und Männern mit dem Medium der Sexualisierung aufrechterhalten und verstärkt werden, findet sich letzteres gehäuft in den Interaktionsstrukturen, mit denen Frauen in Führungspositionen umgehen müssen. Schließlich gelten auch für die kommunale Gleichstellungsbeauftragte alle Probleme des »halbierten Lebens«, d. h. sie müssen Familie und Beruf unter den Bedingungen ausufernder Arbeitszeiten vereinbaren. Die Schwierigkeit, einigermaßen unbeschädigt und freundlich zu sich selbst und anderen Frauen die Stelle auszufüllen und dort respektiert und anerkannt zu werden, ohne Gefühle der Selbstentfremdung zu entwickeln, gehört zu ihren zentralen beruflichen Sozialisationserfahrungen.

### **Zur Problematik der beruflichen Kompetenz**

Kompetent sein im Gleichstellungsauftrag bedeutet weniger eine formale Qualifikation, sondern eine Bewußtseinshaltung und Persönlichkeitsstruktur. So wird Erfahrung zu einem zentralen Medium dessen, was Frauenbeauftragte an beruflichen Ressourcen in ihr Arbeitsfeld einbringen müssen. Erfahrung ist hier abzugrenzen von Erlebnissen, vielmehr sind Formen des politischen Bewußtseins, der Verarbeitung gesellschaftlicher

Realitäten gemeint. Damit rücken Prozesse patriarchalischer Vergesellschaftung und politischer Sozialisation vor dem Eintritt in das Berufsfeld Gleichstellung und damit lebensgeschichtliche Dimensionen in die Betrachtung. Aus welchen Gründen bewerben sich Frauen auf die Stelle der Frauenbeauftragten? Was sind das für Frauen?

Zuerst einmal: Sozialpädagogische Projekte als praktische Konsequenz politischer Analysen haben in der autonomen Frauenbewegung lange Tradition. So sind die Häuser für mißhandelte Frauen, Notrufzentren für vergewaltigte Frauen oder Beratungsstellen für sexuell ausgebeutete Mädchen entstanden. In der Frauenbewegung aktiv sind, so behaupten Schmauch-Schade 1978, vorwiegend Frauen aus sozialpädagogischen Berufen, so daß die Autorinnen die Frage nach der Sozialpädagogisierung der Frauenbewegung gestellt haben. Zumindest für Hessen gilt, daß die Mehrheit der Frauenbeauftragten aus sozialpädagogischen Berufen kommt, ihr Arbeitsvermögen also von helfender Ethik mitbestimmt ist. Helfende Ethik bedeutet in diesem Kontext, daß Frauen Weiblichkeit und Mütterlichkeit im Rahmen ihrer professionellen Beziehung fortsetzen (wollen). Volle Identifikation bis an den Rand physischer und psychischer Erschöpfung verlangen sie von sich selbst, wird ihnen von Kolleginnen, die schon länger dabei sind, vermittelt und zum Teil vorgelebt. Hingabe an die Sache der Frauen, Lust an der Veränderung des immer dagewesenen Ungerechten — das ist Heldinnen-tum und Totalität in einem. Der Beruf wird zur Metastase, die frißt und frißt und frißt. Aus dieser Perspektive betrachtet, haben Frauenbeauftragte weder eine Profession noch einen Job. Sie haben ein Liebesverhältnis. Sie sind — und das sage ich in voller Selbstkritik zu meiner eigenen Praxis — professionalisierte Retterinnen.

»Obwohl ich von 8.00 bis 23.00 Uhr pausenlos im Einsatz bin, türmt sich auf meinem Schreibtisch die unerledigte Arbeit.« (Zit. n. *Der Spiegel* 13/86, S.96)

Überstunden sind Gesprächsstoff in den Pausen von Fortbildungsveranstaltungen und Treffen der Frauenbeauftragten. Die Frauenbeauftragte reagiert auf ihre Handlungspartner, die sich wünschen, daß der Gleichberechtigungsspek aufhören möge, indem sie schuftet. Hier geht es ums Ganze, um die Sache der Frauen und um eine bessere Welt; nicht um ein Dienstverhältnis und um Mehrarbeit. Hier geht es ebenfalls um Rettungsphantasien und mütterliche Grandiosität. Die Selbstverständlichkeit, mit der Karrierewünsche und Hierarchie den Männern zugeschoben und bei sich selbst verleugnet werden, verblüfft. Die Gleichstellungsstelle soll zwar effektiv arbeiten, aber »rein bleiben«, d.h. nicht autoritär und emotional verhärtet werden. Unter den Kolleginnen sollen Solidarität und Unterstützung dominieren. Hierarchien und Konkurrenzen werden, weil männlich, verleugnet. Die Frauenbeauftragte wird so zum besseren Teil der Verwaltung. Ihre grandiose Einladung »Kommen Sie, wenn Sie Hilfe brauchen« weckt diffuse Erwartungen bei der Klientel und Bedrohung bei den Ämtern.

### Wege aus dem Dilemma

Bisher sollte aufgezeigt werden, daß die Paradoxien im Berufsfeld der Frauenbeauftragten mit dem traditionell weiblichen Sozialcharakter, mit sozialpädagogischem und d.h. mütterlichem Arbeitsvermögen korrespondieren. Es gibt Anzeichen dafür, daß

Frauenbeauftragte diese von ihnen vorgefundenen Widersprüche nicht benennen, sondern verstärken. Lösungswege aus dem Dilemma, das als Überforderung, Berufskrise und Erschöpfung sichtbar wird, liegen erst einmal in einer dringenden Neudefinition dessen, was Frauensolidarität heißt. Bestimmte Formen der Frauensolidarität sind entwürdigend und verlogen. Wir können uns nicht mit den Millionen von Frauen solidarisieren, noch nicht einmal mit allen unseren Klienten, die aus sehr unterschiedlichen Motiven die Gleichstellungsstelle aufsuchen. Die Frauen z.B., die in meine Beratung mit einem echten Gleichberechtigungsinteresse kommen, stellen die Minderheit. Die Mehrheit sind die Betrogenen. Frauen, die artig das gemacht haben, was man(n) von ihnen erwartet hat, dabei ausgerutscht sind und nun eine Fülle von Problemen haben. Sie wollen Entschädigung und stellvertretende Konfliktaustragung. Sie sind aggressiv, wollen dafür aber keine Verantwortung übernehmen. Wenn Konflikte in die Phase kommen, wo sich Interessen polarisieren, springen sie ab und boykottieren, nach dem Motto »So schlimm ist es ja nun auch wieder nicht«. Frauenbeauftragte müssen deshalb aufhören, zwanghaft zu helfen und auch einen objektiven Rückfall in die traditionelle Frauenrolle bei ihrer Klientel als Teil von deren Lebensbewältigung akzeptieren. Dazu gehört, daß wir uns neue Sichtweisen auch feministischer Erkenntnis aneignen bzw. solche vorantreiben. Frauenbeauftragte müssen lernen, ihren Blick für Verstrickungen und »Verträge« zu schärfen, die Frauen mit Männern eingehen. Dazu gehört, die weibliche Lust an der Abhängigkeit, die Bewunderung für tatsächliche und vermeintliche männliche Stärke und den Wunsch, durch einen Mann bzw. Identifikation mit ihm an seiner Macht teilzuhaben, als Struktur zu erkennen. Dazu gehört bei uns selbst die Entdeckung der Motive, warum wir diese Arbeit machen, das Lernen, diese Arbeit instrumentell zu handhaben, was vor allem bedeutet, die Zumutungen zurückzuweisen, die unberechtigt an uns herangetragen werden.

Neben der kollektiven Selbstreflexion müssen die rechtlichen und politischen Rahmen von Gleichstellungsstellen weiterhin ausgelotet werden. Das undefinierte Handlungsfeld korrespondiert mit fehlender Absicherung in den Gemeindeordnungen, woraus sich in der Praxis eine Menge Statusprobleme für die Gleichstellungsbeauftragte ergeben. Die Einrichtung von Frauenbüros wird bisher von den jeweiligen Verwaltungschefs und Fraktionen als Gnadentat gegenüber den benachteiligten »armen« Frauen betrachtet, was dazu führt, daß ihre Existenz u.U. real gefährdet ist. Bei politischem Machtwechsel oder Bruch eines Bündnisses ist es geschehen, daß Gleichstellungsstellen in Frauenberatungsstellen umgewandelt oder ihre Personalkapazität um einen hohen Prozentsatz reduziert wurden. Von einer verbindlichen Verankerung in den Gemeindeordnungen ist deshalb die Klärung folgender Fragen zu erwarten:

- Konkretisierung des Handlungsfeldes,
- Erweiterung des Instrumentariums,
- Verbesserung der Ausstattung,
- Klärung der Entlohnung,
- Konkretisierung der Funktion von Gleichstellungsstellen gegenüber der Verwaltung und den Parlamenten (dazu gehören Fragen wie Ansiedlung, Veto-Rechte, Öffentlichkeitsarbeit etc.)

Schließlich haben die fortschrittlichen Frauenorganisationen die politische Aufgabe, gesellschaftliche Utopien zu entwerfen. Gleichstellungsstellen sind aus der bürgerlichen Idee entstanden, daß Frauen die gleichen Lebenschancen haben sollen wie Männer. Vom Entwurf her verwirklicht sich krass ausgedrückt die Gleichberechtigung auch in einer kapitalistischen Utopie z.B. der Postmoderne. Die in konservativen Utopien angestrebte Kommunikations-, Informations- und Dienstleistungsgesellschaft ist ohne die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen im Berufsleben wie auch in politischen Führungspositionen nicht denkbar. Unablässig weisen die neuen konservativen Politikerinnen und Politiker auf die Bedeutung der Rolle der Frau für die Zukunft unserer Gesellschaft hin. Quotierungen und Frauenförderung sind, zumindest in Teilen von CDU und FDP, kein Tabu. Vergesellschaftung von Frauen vollzieht sich aber zunehmend unter anderen Vorzeichen: Für die europäischen Frauen, deren Bildungschancen und Abschlüsse neue Lebensperspektiven eröffnen, rücken Frauen aus Ländern der Dritten Welt über Heirats- und illegale Arbeitsmärkte nach. Ihre Lebenssituation entzieht sich der derzeitigen öffentlichen Wahrnehmung. Die sichtbare Dimension ihres Problems wird restriktiv bürokratisch über die Ausländergesetzgebung und ihre Ausführungsbestimmungen abgehandelt. Neue Dimensionen der Vergesellschaftung treffen Frauen weiterhin in besonderem Maße im Bereich der Gen- und vor allem der Reproduktionstechnologie. Während Begriffe wie ökologische Produktionsweise und ökologische Verträglichkeit, was den Prozeß des Wirtschaftens angeht, sich weithin etabliert haben, steht die Reproduktionstechnologie noch immer für einen Typus von Wissenschaft auf der Basis eines mechanistischen, Psychologie und Psychosomatik vernachlässigenden Weltbildes. Die hohe Akzeptanz gerade von Techniken wie In-Vitro-Fertilisation in den politischen Parteien weist darauf hin, daß die Gleichung Frau = Mutter in den Köpfen führender Politiker noch nicht überwunden ist und die Unterscheidung zwischen dem technologisch Machbaren und dem gesellschaftlich Wünschenswerten bisher nur unzureichend berücksichtigt wird.

Es bleibt noch die Problematik des Wandels der Lebensformen. Die Familie der Zukunft wird viele Gesichter haben und sich daran messen lassen müssen, ob sie die Bedürfnisse ihrer Mitglieder nach Entfaltung und Selbstverwirklichung erfüllt. Dazu müssen neue Formen der Vergesellschaftung der Hausarbeit und der Vergemeinschaftlichung der Kindererziehung entwickelt werden. Die Eltern der Zukunft werden es sich nicht bieten lassen, daß ihre Wunschkinder in lieblosen Einrichtungen wegorganisiert werden. Anspruchsvolle familienergänzende Kindergärten und Kindertagesstätten, die neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch individualpsychologische und sozialökologische Einsichten zur Kindeserziehung umsetzen müssen, weisen auf einen notwendigen Ausbau und frauenfreundlichen Umbau des Sozialstaates hin. Die Probleme der derzeitig arbeitenden Gleichstellungsstellen können nur gelöst werden, wenn gleichzeitig an der rechtlichen Fundierung, an der beruflichen Selbstreflexion und an gesellschaftlichen Zukunftsentwürfen gearbeitet wird.

# IWF / Weltbank-Tagung

Raul Rojas

## Im Jahre Sechs der Schuldenkrise

Die Jahrestagung des IWF und Weltbank in Berlin

### Der Kongreß

Ein kleines Jubiläum bildete den Auftakt für die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, die im September in Berlin/West stattfand: Die Verschuldungskrise der Dritten Welt war im August gerade sechs Jahre alt geworden. 1982 gab der mexikanische Präsident López Portillo seinen Vertretern bei den Verhandlungen mit den internationalen Banken in Washington den knappen Befehl: »Laßt Rom brennen«, und ließ Mexiko zahlungsunfähig erklären. Wie Dominosteine fiel danach ein Dritte-Welt-Land nach dem anderen. So gingen die berausgenden Jahre der billigen und fast unbegrenzten Kreditaufnahme abrupt zu Ende. Das internationale Finanzsystem konnte jedoch die Krise verkraften, und weder London noch Wall Street sind bis heute in Flammen aufgegangen. Aus diesem Grund konnten die Vertreter der Industrieländer bei der IWF-Tagung in Berlin öffentlich den Erfolg des Krisenmanagements der letzten sechs Jahre beschwören: Das Schlimmste ist abgewehrt worden, das internationale Finanzsystem hat sich behauptet, und die Schuldenkrise hat Wohlstand und Wachstum der Industrieländer nicht gefährdet. Wenn jetzt nur die Industrieländer schneller wachsen könnten, so der Konsens des Kongresses, würde dies auch den Entwicklungsländern größere Wachstumsraten und damit bessere Möglichkeiten zur Leistung des Schuldendienstes bescheren.

In der Tat läßt sich die IWF-Jahrestagung in wenigen Worten beschreiben — es ist einfach nichts geschehen! Vor der Eröffnung der Tagung erklärte die »Gruppe der 24« (bestehend aus je acht Vertretern aus Lateinamerika, Afrika und Asien), daß sie keine Schuldenerlasse fordern, sondern neue Kredite. Die Gruppe der sieben wichtigsten Industrieländer hat dies mit Genugtuung registriert und hinzugefügt, daß Schuldenerlasse sowieso nicht zur Diskussion stünden. Der Rest war Routine. Die Direktoren des IWF und der Weltbank verlasen ihre seit Wochen fertigen Jahresberichte, einige Finanzminister richteten Ansprachen an die versammelten Vertreter der 151 Mitgliedsländer von IWF und Weltbank, einige Finanzminister der Entwicklungsländer gaben Erklärungen für die Presse etc. Nach drei Tagen war die Mammutveranstaltung gelaufen und Berlin um eine Erfahrung reicher geworden.

Die einzige Neuigkeit war das selbstbewußte Auftreten der Japaner in Berlin. Seit einigen Jahren hat Japan die USA als größten Nettogläubiger der Welt abgelöst, da die Reagan-Regierung es in nur acht Jahren fertiggebracht hat, die USA vom größten

Nettogläubiger in den größten Nettoschuldner der Welt zu verwandeln. Mehr als 400 Milliarden US-Dollar Nettovermögen der Japaner warten auf neue Anlagemöglichkeiten, und eine davon könnte die Erhöhung des Kapitalanteils Japans beim IWF sein. Japan verfügt zur Zeit über nur 4,7 Prozent der Stimmrechte im IWF. Frankreich, die BRD und Großbritannien halten jeweils einen größeren IWF-Anteil als die Japaner — aber genau dies soll sich ändern. Japan wäre bereit, seinen Kapitalanteil zu verdoppeln, um auf diese Weise der zweitgrößte Aktionär des IWF zu werden. Dementsprechend sollte die Einflußmöglichkeit Japans auf der internationalen Finanzbühne zunehmen. Dies wäre eine schon längst fällige Korrektur, da die heutigen IWF-Kapitalanteile noch die relative Stärke der Industrieländer in den sechziger Jahren widerspiegeln. Japan ist aber heute schon die zweitgrößte Industrienation der Erde.

Japan versucht seit einiger Zeit, nicht nur eine größere Rolle im IWF und bei der Weltbank zu spielen, sondern auch zur regionalen Hegemonialmacht in Südostasien zu werden. Ein immer größer werdender Teil der Finanzierung südostasiatischer Länder wie Malaysia, den Philippinen oder Indonesien stammt nicht mehr aus den USA oder Europa, sondern aus Japan. Infolge der kumulierten Handelsbilanzüberschüsse Japans sind einige der japanischen Banken zu den größten der Welt geworden: Das Kapitalvolumen, das sie bewegen, ist sogar von amerikanischen Banken nicht zu erreichen. Der Beitrag Japans für die »Sicherheit« des Westens besteht darin, in die Fußstapfen der amerikanischen Banken in Südostasien zu treten und sich in Gläubiger der asiatischen Länder zu verwandeln. Auch die Kredite Japans sind mit wirtschaftspolitischen Auflagen verbunden, genau wie beim IWF oder der Weltbank. Japan konnte jedoch beim IWF-Treffen in Berlin nur seine Absichten verkünden, da in Berlin *nichts entschieden werden konnte*. Der Grund dafür war, daß die USA sich zu der Zeit gerade im Wahlkampf befanden. Der amerikanische Finanzminister Baker hatte gerade seinen Posten verlassen, um den Wahlkampf von George Bush zu leiten, und es waren von der Reagan-Administration keine grundlegenden Entscheidungen in den letzten Monaten seiner Amtszeit zu erwarten. Die USA stehen außerdem einer Erhöhung des IWF-Kapitals skeptisch gegenüber. Japan wird also bis zur nächsten Jahrestagung des IWF warten müssen, um zweite Finanzmacht werden zu können.

Was die Schuldenkrise betrifft, wurde bei der IWF-Jahrestagung nur ganz allgemein und unverbindlich ratifiziert, daß offizielle Kredite an die ärmsten afrikanischen Länder teilweise erlassen werden könnten. Diese Formel, die schon Monate vorher vom französischen Präsidenten Mitterrand vorgeschlagen worden war, wurde aber mit der Erstellung des sogenannten »Menü von Optionen« deutlich abgeschwächt. Nach diesem Schema können die Gläubiger den afrikanischen Ländern eine Reihe von Optionen vorschlagen, darunter die Aufnahme neuer Kredite mit längeren Laufzeiten, Umschuldungen mit niedrigeren Zinsen oder einen partiellen Schuldenerlaß. Es besteht damit die Gefahr, daß korrupte Regierungen die Option der Neuverschuldung der des Schuldenerlasses vorziehen. Die erste Option bringt kurzfristig Geld in das Land hinein. Die Frage der Bewältigung grundlegender Umstrukturierungsprobleme interessiert die einheimischen Machteliten nicht.

Auch die lateinamerikanischen Länder haben sich mit Absichtserklärungen hervor-

getan. In der Zukunft soll es mehr Kooperation zwischen ihnen geben, und es wird geplant, daß lateinamerikanische Länder die Schulden von anderen Ländern der Region kaufen, um damit Exporte oder gegenseitige Schulden zu begleichen. Ob aber diese Pläne eine deutliche Verringerung der Außenschulden mit sich bringen werden, läßt sich bezweifeln.

### Der Gegenkongreß

In der Woche vor der IWF-Jahrestagung fand in Berlin/West eine andere Veranstaltung statt, die als »Gegenkongreß« zum offiziellen Ereignis ausgerufen wurde. Träger des Gegenkongresses waren mehr als 100 verschiedene Organisationen, die sich seit Jahren mit der Schuldenproblematik der Dritten Welt befassen. Der Gegenkongreß war ein Erfolg — mehr als 3000 Besucher nahmen an den Diskussionen in den Räumen der Technischen Universität teil, und zur Abschlußkundgebung in der Nähe des ICC kamen ca. 50000 Demonstranten.

Auf diesem Gegenkongreß wurden in verschiedenen Foren die Ursachen und der Verlauf der Schuldenkrise diskutiert sowie die Politik von IWF und Weltbank kritisiert. Auch die Verknüpfung der Schuldenkrise mit anderen Problembereichen, die früher auf diese Weise nicht thematisiert wurden, stand zur Diskussion, z.B. die Frage der ökologischen Auswirkungen der heutigen Krise.

Bezeichnend für den Gegenkongreß war die Tatsache, daß bei den Teilnehmern kaum ein Zweifel daran bestand, daß die Verschuldung der Dritte-Welt-Länder eine neue Form von Ausbeutung und Neokolonialismus darstellt. Somit wurde auch die Notwendigkeit eines Schuldenerlasses nicht in Frage gestellt. In den Diskussionen zeigte sich aber deutlich, daß bei den Kritikern von IWF und Weltbank zwei sehr unterschiedliche Einstellungen vorherrschten: auf der einen Seite wurden Stimmen laut, die eine sofortige und bedingungslose Schuldenstreichung forderten; auf der anderen gab es einige Teilnehmer des Gegenkongresses, die für eine Verwandlung der Schulden in irgendeine Art von Entwicklungsfonds plädierten. Bei diesem Vorschlag, der früher als »Marshall-Plan« für die Dritte-Welt z.B. von Wilhelm Hankel vorgeschlagen wurde, werden die Regierungen der verschuldeten Länder von der Zahlung des Schuldendienstes nicht entbunden. Sie würden aber nicht mehr an die Banken zahlen, sondern das Geld in der nationalen Währung in einem Fond deponieren, der dann gemeinsam von Gläubigern, Regierungen und nicht-staatlichen Organisationen verwaltet würde. Auf diese Weise würden Diktaturen oder undemokratische Regierungen mit einem Schuldenerlaß nicht belohnt, sondern sogar partiell entmachtet.

Zwischen beiden Vorstellungen liegen Welten. Man kann beide Alternativen als schwer durchsetzbar ansehen (obwohl schon in der Vergangenheit Schuldenstreichungen von bis zu 90 % durchgeführt worden sind). Der zweite Vorschlag verliert aber das Wesentliche aus den Augen: Die Schuldenkrise der Dritten Welt ist nicht nur Resultat von unsolidem finanziellen Verhalten von Regierungen, sondern auch Ergebnis der herrschenden Handels- und Finanzstruktur. Solange der Welthandel seine asymmetrische Struktur beibehält (infolge sich verschlechternder terms of trade für die

Entwicklungsländer), werden Schuldenkrisen chronisch wiederkehren. Die Kreditaufnahme der Dritte-Welt-Regierungen wurde außerdem von den Industrieländern selbst ermöglicht und gefördert. Es war nicht so, daß auf der einen Seite finanzielle Unvernunft herrschte (in der Dritten Welt), während auf der anderen finanzielle Vernunft geübt wurde (Industrieländer). Aus den Industrieländern werden seit Jahren die Rahmenbedingungen und Modalitäten der Wirtschaftspolitik der Entwicklungsländer exportiert. Woher sollte jetzt finanzielle Vernunft importiert werden? Wer würde z.B. den deutschen Anteil bei dem Entwicklungsfond in den verschuldeten Ländern verwalten? Wohl nicht die Grünen, sondern Stoltenberg oder Klein! Von daher könnte man keine Änderung erwarten. Noch schlimmer: durch diese Pläne würde nur der heute verdeckte Neokolonialismus in einen offenen und »klassischen« Kolonialismus verwandelt. Nur ein Beispiel: Die Hälfte des mexikanischen Haushalts wird jedes Jahr für die Zahlung von Zinsen und Tilgungen von Schulden verwendet. Würden diese Zahlungen in einen »Entwicklungsfond« verwandelt, der nicht allein von der mexikanischen Regierung verwaltet würde, dann hätten wir faktisch zwei Regierungen in einem Land. Die Regierung der Gläubiger würde fast dieselbe finanzielle Kraft wie die offizielle Regierung haben.

Ins Reich der frommen Wünsche gehören auch viele der Vorschläge, die für die Reformierung des IWF und der Weltbank beim Gegenkongreß laut wurden. Die Formel »one country, one vote« ist abstrakt gesehen korrekt. Jedes Land würde bei IWF und Weltbank eine Stimme erhalten, und es würde wie bei der UNO abgestimmt. Leider sind IWF und Weltbank auf das Geld der Industrieländer angewiesen. Beide sind eine Art von Aktiengesellschaft, und als solche würden sich die Hauptaktionäre so etwas einfach nicht gefallen lassen. Sie würden aus dem IWF und der Weltbank austreten und den restlichen Entwicklungsländern den seiner Kapitalgrundlage weitgehend beraubten IWF schenken. Aus diesen Gründen kann auch kaum eine andere Art von Konditionalität als die schon heute praktizierte durchgesetzt werden. Eine »linke« Konditionalität bei der Kreditvergabe von IWF und Weltbank wird es voraussichtlich nicht geben können.

Der Erfolg des Gegenkongresses kann damit nicht in der Formulierung von neuen bahnbrechenden Vorschlägen für die Lösung der Schuldenkrise gesehen werden, sondern in der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für den Skandal, daß die armen Länder der Welt seit 1984 die reichen Länder durch einen direkten finanziellen Nettotransfer finanzieren. In dem Maße, in dem die Schuldenkrise der Dritten Welt in ein Politikum verwandelt wird, steigen auch die Chancen dafür, daß endlich das Unvermeidliche unternommen wird: der Schuldenerlaß für die gesamte Dritte Welt.

### **Friedlich in die Katastrophe**

Wer würde aber leugnen, daß die unvermeidlichen Korrekturen nicht aus Vernunft, sondern aus der Not geboren werden? Solange der Tag der Abwertung der heutigen Schulden sich verschieben läßt, wird er verschoben. Solange die unvermeidliche Krise einen Tag später ausbrechen kann, wird mit dem üblichen Krisenmanagement weiter-

gemacht, bis die Dritte-Welt-Länder infolge des vollständigen ökonomischen Zusammenbruchs und nicht etwa aus Kampfeslust die Zahlungen einstellen. In der Zwischenzeit werden Millionen von Menschen an den Folgen der Schuldenkrise gestorben sein oder fürs Leben geschädigt bleiben.

Die Welt ist aber eine Einheit. Die Folgen der Schuldenkrise werden daher in der Zukunft die Bevölkerung der Industrieländer stärker treffen. Die ökologischen Schäden, die z.B. durch Großprojekte in Amazonien oder durch die Abholzung der Regenwälder (die der Steigerung der Exportproduktion dienen) entstehen, treffen die ganze Welt und nicht nur den Süden. Der Treibhauseffekt ist schon heute keine Zukunftsprognose mehr, sondern Realität. Angesichts dieser schon erreichten Grenzen des Wachstums stellt sich die Frage, welche Bedeutung man der Strategie der »Entschuldung durch Wachstum« beimessen kann. Es ist eine Illusion zu glauben, daß Wachstum in seiner heutigen Form verewigt werden kann und daß dieses Wachstum die Lösung aller unserer Probleme sein könnte. Seit dem Ausbruch der Schuldenkrise haben die Industrieländer ihr Bruttosozialprodukt um 15 Prozent gesteigert. Der entsprechende Mehrkonsum in diesen Ländern ist so groß wie das Dreifache des Bruttosozialprodukts Chinas und Indonesiens zusammengenommen! Trotzdem ist die chronische Arbeitslosigkeit nicht überwunden worden, und die sozialen Unterschiede haben sich weiter verschärft.

Ein weiteres Beispiel, das nicht normalerweise in Verbindung mit der Schuldenkrise gebracht wird, kann hier erwähnt werden, um die Dramatik der Schuldenkrise für die ganze Menschheit noch deutlicher zu umreißen — das Problem des Drogenkonsums in den Industrieländern. Seit 1982 ist die Produktion von Kokain in Südamerika *vervierfacht* worden. Länder wie Bolivien, Peru und Kolumbien sind auf den illegalen Export von Drogen angewiesen, um ihre Schulden zu zahlen. In allen drei Ländern ist das Kokain zum wichtigsten Exportartikel des Landes geworden. In Bolivien hängen schon heute 20 Prozent der Arbeitsplätze am Kokainanbau. Das Finanzsystem in Peru ist als die größte Geldwaschanlage der Welt beschrieben worden. In den Industrieländern erreicht der Umsatz von Kokain schon 15 Milliarden US-Dollar jährlich. Auf Grundlage dieser Zahlen hat die englische Zeitschrift *The Economist* festgestellt, daß der Kokainhandel heute zu einem Industriezweig wie jeder andere geworden ist. Drogenhändler sind keine Verbrecher mehr — sie sind »Businessmen«. So lange die Schuldenkrise nicht als globales Problem erkannt wird, ist die Lösung all dieser Probleme unmöglich. Der Bevölkerung der Industrieländer dies vor Augen zu führen, ist entscheidender Bestandteil der politischen Arbeit für die Solidarität mit der Dritten Welt.

# Reaktionen

## Populäre Themen »wissenschaftlich« aufbereitet

Der Titel von *spw* 43 hatte mich neugierig gemacht: Schau an, ein lang vernachlässigtes Thema wird von der marxistischen Linken aufgegriffen.

Zunächst hätte der interessierte Leser eine Analyse des gesellschaftlichen und ökonomischen Stellenwerts des Sports — sowohl der Leistungs- wie des Breitensports — erwartet, vielleicht noch einen Exkurs zum Spannungsfeld Profi- und Amateursport, organisierter und unorganisierter Sport. Ein historischer Beitrag zur Arbeitersportbewegung darf nicht fehlen, auch eine Einbeziehung des Themas Sport und Umwelt nicht.

Was wird geboten? Fangen wir mit dem Positiven an: »Sport und Umwelt« von Jochen Zimmer sei den anderen Schreibern zur kritischen Lektüre empfohlen, mit der Frage im Hinterkopf: Könnte ich nicht auch so schreiben — oder soll ich es besser bleiben lassen?

Der Artikel von Peter Klein kann auf dem nächsten Kommunalpolitischen Kongreß der SPD als Antrag beschlossen werden — bis dahin ist genug Zeit den Forderungs- und Begründungsteil getrennt zu formulieren.

Der Beitrag »Sportliche Zeiten« bringt es immerhin fertig, auf zweieinhalb Seiten »Mein Kampf«, die Arbeitersportbewegung, Sport-Müsli, grüne Turnschuhpolitiker und eine Vielzahl anderer Themen zu versammeln — als Einleitung zu zwei Hausarbeiten aus einem germanistischen Grundkurs. Doch der geplagte Leser hat die zwei schwersten Brocken noch vor sich.

»Sport im Kontext der Arbeitswelt« — klingt gut, muß der sozioökonomische Ansatz sein. Der Inhalt: Kauderwelsch, das die Kenntnis dessen, was aufbereitet und erklärt werden soll, schon voraussetzt. Wenn eine der wichtigsten Arbeiten erst als Buch erscheinen soll — ohne daß der Inhalt stringent referiert wird —, und wenn die Schlußfolgerung des Artikels darin besteht, daß weitere Untersuchungen notwendig sind, die selbstverständliche Gegenstände betreffen — dann war ein deutscher Sozialwissenschaftler am Werk. Zur Arbeitersportbewegung wird nur ein Abklatsch der Quotendiskussion geboten: als *ein* Beitrag informativ, als *der* Beitrag viel zu kurz gegriffen. Die Ambivalenz von Disziplinierungen im Vereinsleben und Emanzipation in der Klassensolidarität, von kleinbürgerlicher Vereinsmeierei und Versuchen, neue Formen sozialen Verhaltens zu leben — sie wird ausgeblendet. Damit ist auch die Analyse der Situation der Frauen unvollständig. Zudem ist es ziemlich unhistorisch, ausgerechnet von der Arbeitersportbewegung die Beseitigung der Defizite zu verlangen, die damals der gesamten Arbeiterbewegung (inklusive der SPD) inhärent waren.

bleibt die schwierige Frage zu entscheiden: welchem der beiden letztgenannten Artikel ist der Preis für die höchste Wissenschaftlichkeit zuzusprechen? Hier muß die Disziplin des Sozialistischen Biathlons erklärt werden, da sie mangels olympischer Würden noch ein Schattendasein fristet. Die Pflicht besteht aus zwei Wertungen und ist völlig objektiv: die Note errechnet sich aus dem Quotienten von »Seiten Anmerkungen pro Seiten Text« und »Anzahl Anmerkungen pro Seiten Text«. Das Endergebnis besteht aus der Addition der Werte. Die Kür wird von einer Jury entschieden und orientiert sich an zwei Kriterien: »Wie unverständlich ist der Artikel« und »Wie bringt der Autor möglichst viel Wesentliches und Unwesentliches bunt gemischt in den Anmerkungen unter«. Die Ergebnisse:

Erzielte Leistung.	Boschert	Heidenreich	Wertungen	Boschert	Heidenreich
Seiten Text	4,3	6,5	Pflicht	4,6	3,8
S. Anmerkungen	1,6	0,5	Kür	5,8	5,2
Anzahl Anm.	13	24	Gesamtergebnis	10,4	9,0

Damit hat Bernhard Boschert eine Jahresbestleistung aufgestellt: Werden wir noch Größeres von ihm lesen?

Zum Schluß — um die Kritik noch einmal positiv zu wenden — ein Vorschlag: Wenn schon regelmäßig ein »Bonner Tagebuch«, warum dann nicht auch eines aus Verl, Karlindach, Niedernhausen und Ochtrup? Die dort ansässigen Genossinnen und Genossen hätten sicher genauso Interessantes zu vermelden, und die Informationen hätten einen entscheidenden Vorteil: man hat sie nicht bereits in der Tagespresse gelesen.

Hans-Ulrich Ronnger

## Besprechungen

**Fiedler, Angela, und Ulla Regenhard: Das Arbeitseinkommen der Frauen.** Analysen zur Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Berlin Verlag Arno Spitz, Berlin/West 1987 (283 + VIII S., kart., 32,- DM)

Was heißt eigentlich Diskriminierung? Schlechtere Behandlung, Herabsetzung, Herabwürdigung, belehrt uns ein Fremdwörterbuch. Doch genau da beginnt das politische Problem, denn solch ethische, auf das Verhalten beschränkte Definition verkürzt das Problem sträflich. Auch die aufgeklärten Konservativen argumentieren heute locker gegen die Herabsetzung von Frauen und verweisen auf Doppelbelastung und doppelten Qualifikationsdruck, um dann nicht minder locker und im Einklang mit der grünen »Neuen Mütterlichkeit« auf die biologische Bestimmung der Frau als Gebälerin, Mutter und Erzieherin zu verweisen und die Grenzen der Emanzipation um so strikter zu ziehen.

Keine Frauenzeitschrift kommt heute mehr aus ohne herzergreifende Artikel über das *Sein* der Frauen und ihr erbarmungswürdiges *Dasein* unter der Fuchtel selbstsüchtiger Männer. Die perfide Quintessenz prangt von riesigen Plakatwänden: *Die Frauen von heute ... (na?) — setzen sich genau soweit durch, wie sie Männerverhalten übernehmen.* Wie's gemacht wird, steht in der nächsten *Freundin*. Der Werbungsaufwand ist erheblich — Geld für weitere Frauenforschung ist demnach vorhanden.

Der aufgeklärte, selbstkritische Szenemann kokettiert mit seinem abgründigen Schwanken zwischen theoretischer Einsicht und überaus praktischem Rückfall und der Softie kämpft um die *Balance des glücklichen Unglücks*, zumal *die Frauen von heute ...* — Stoff genug für weitere hundert Taschenbücher über den freien Fall, genauer: über den freiwilligen Rückfall beider Geschlechter. *Trotta incorporated.*

Das Interesse an solch tragischer Rückfälligkeit nimmt indes ab, die BewährungshelferInnen der Emanzipation haben sich längst der wissenschaftlichen Analyse des Problems zugewandt, der Abgrund ist aufgetan: In einer Untersuchung über »Geschlechtsspezifische Kriminalität und Kriminalisierung« bringen die Autoren ihren Forschungsgegenstand als »*Ungleichheitsforschung*« auf den Punkt (R. Geißler, N. Marißen, KZfSS 40/1988, S.505). Es lebe die kleine Ungleichheit!

Die vorliegende Studie fußt auf der These, daß »geschlechtsspezifische Verdienstdifferenzen *monetäres Resultat* von Prozessen und Mechanismen (sind), die systematisch Frauen diskriminieren«. Fiedler/Regenhard folgern, daß diese arbeitsmarktpolitischen Prozesse aufgedeckt werden müssen, um der Diskriminierung in ihrem vollen Umfang auf die Spuren zu kommen: »Mit der Verteilung von Arbeitskräften auf Arbeitsplätze ist der zentrale arbeitsmarktpolitische Prozeß bestimmt, in dem die Minderentlohnung prozessual angelegt ist. Die Analyse des Verteilungsprozesses eröffnet somit den entscheidenden Zugang zu den Entstehungsbedingungen des Einkommensdifferentials zwischen den Geschlechtern.« Dadurch soll vermieden werden, daß — wie bei herkömmlichen Studien — »die zentrale Frage nach dem *Zustandekommen* der unterschiedlichen Verteilungen der Arbeitskräfte ausgeblendet wird« (5f.). Folglich sind auch Unterschiede schulischer und beruflicher Qualifikation sowie Zugangs- und Aufstiegsbehinderungen zu berücksichtigen, muß deren historische Bedingtheit zu ihrer heutigen Funktion ins Verhältnis gesetzt werden (71ff.).

Frauen werden eben nicht nur durch direktes frauenfeindliches Verhalten, sondern auch im Erwerbsleben ausgegrenzt. Für gleiche Arbeit werden sie schlechter bezahlt, und von qualifizierteren Tätigkeiten werden sie in der Mehrzahl ausgeschlossen. Außerdem gibt es

das »Phänomen« frauentypischer Berufe. Wie hängt das zusammen, wie funktioniert diese gesellschaftliche Diskriminierung von Frauen? Frauen suchen nicht irgendwann einmal Arbeit und werden dann aus heiterem Himmel diskriminiert, sondern sie werden von Kindesbeinen an programmiert für die Rolle als Frau, für den Reproduktionsbereich, qualifizieren sich nach diesem (biologisch gestützten, desto leichter durchsetzbaren/adaptierten) Selbstverständnis überwiegend in frauentypischen Sackgassenberufen und wachsen so nicht nur in ein Geflecht diskriminierender Lebensbedingungen hinein, sondern werden ihrerseits zu Trägerinnen ihrer eigenen Diskriminierung.

Dies Ensemble aus (selbst- und fremdbestimmter) Festlegung der Frauen auf den familiären und gesellschaftlichen Reproduktionsbereich wird wirksam durch seine Präsenz insbesondere in den Köpfen »arbeitgebender« Männer und seiner Indienstnahme nach Maßgabe betriebswirtschaftlicher Interessen unter der *Regie frauenfeindlicher und kapitalfreundlicher Männer*. Es ist diese Verquickung von adressiertem Frauenselbstverständnis und zynisch/dumbbärtigem Männerdenken, das der Emanzipation beider Geschlechter von vornherein im Wege steht, lange bevor betriebswirtschaftliche oder weitergehende ökonomische Überlegungen (57-74) greifen.

Nach solchen Vorüberlegungen und einem aufschlußreichen Rundgang durch die verschiedenen, wissenschaftlich verkleideten Diskriminierungskonzepte (15-56) folgt der empirische dritte Teil, in dem die Unterschiede bereits in der schulischen und beruflichen Qualifikation sowie bei Eintritt und im Verlauf des Berufslebens untersucht und auf die geschlechtsunterschiedlichen Verdienste projiziert werden. Dabei wird prompt durchgängig festgestellt, daß »gravierende geschlechtsspezifische Unterschiede im Bildungsbereich erst mit Einsetzen der beruflichen (!) Ausbildung auftreten.« Diese sind »allerdings nicht über ein niedriges Bildungsniveau der Mädchen im allgemeinbildenden Bereich erklärbar. An der Schwelle ... zur Berufsausbildung sind es vielmehr betriebliche Interessen, die, als Vorurteile über weibliche Arbeitskräfte getarnt, in geschlechtsspezifischem Rekrutierungsverhalten der Betriebe zum Ausdruck kommen. Jungen Frauen werden häufig 'frauentypische' Ausbildungsgänge und Sackgassenberufe zugewiesen, die ihnen Arbeitsmarktchancen nachhaltig versperren.« (93) Der simple Grund: »In diesen Berufen können die Auszubildenden schon während der Ausbildungszeit als billige Arbeitskräfte eingesetzt werden (Verkäuferin, Friseurin, Arzthelferin, Gewerbegehilfin etc.).« (85) Infolgedessen werden zu viele Lehrlinge ausgebildet, denen anschließend nur der Wechsel in einen anderen Beruf übrigbleibt. Bei gleichzeitiger »Fixierung auf ein im Vergleich zu den Männern engeres Berufsspektrum« (85) bzw. betriebs-»interner Quotierung von Ausbildungsstellen« zugunsten der Männer (86) sowie einer stärkeren Tendenz zu geschlechtstypischen Berufen (83) ergibt sich eine diskriminierungsförderliche Konzentration von Frauen in bestimmten Branchen.

Was sich bei empirischen Studien oft als trockene Abhandlung nach der Art »Material und Methode« mit anschließendem, empirisch-statistischem Vorturnen liest, wird hier zu einer empirisch gestützten Argumentation aufbereitet. Die Autorinnen haben ihr Thema im Griff und ihr Untersuchungsziel stets vor Augen, das wissenschaftliche Procedere ist für sie nicht Selbstzweck, sondern Instrument. Dadurch wird das wissenschaftliche Kernstück der Studie ebenso lesbar und informativ wie die beiden anderen Teile, der Einstieg in die Diskussion (»konkurrierende Erklärungsansätze«) und der Ausstieg (»Schlußfolgerungen«), die die Studie abrunden. Wer sich also über den Zusammenhang von Patriarchat und Kapitalismus belesen und für künftige Auseinandersetzungen mit empirischen Ergebnissen wappnen will, besorge sich diese Studie. Auch InteressentInnen an einem feministischen Arbeitsbegriff seien auf diese Studie verwiesen. Die Präsentation ist zwar anstrengend

(Fotodruck des Typoskripts) — doch Frauenforschung ist eben so lange *low budget*-Forschung, wie das vorhandene Geld für dämliche Plakatwände verpulvert wird (zur Benachteiligung von Wissenschaftlerinnen siehe im übrigen etwa M. Brothun, KZfSS, 40, 1988; S.316-336).

Blieben wir noch einen Augenblick bei den Schlussfolgerungen. Aus der Darstellung des arbeitsmarkttheoretischen Kontextes, der einzelbetrieblichen Verwertungsstrategien und der faktischen arbeitswissenschaftlichen Diskriminierung gehen die klassischen Vorurteile ebenso wie deren Verquickung mit Kosten-Nutzen-Überlegungen hervor, wie sie oben angesprochen wurden. Es wäre allerdings sinnvoll gewesen, klassenspezifische Überlegungen miteinzubeziehen: Gelten die Ergebnisse tatsächlich für Frauen aus allen Schichten? Der Hinweis auf die Konzentration von Studentinnen auf bestimmte Fächer und höhere Studienabbruchsquoten bei gleichzeitiger Zunahme ihres Anteils an der Gesamtzahl der Studierenden (88) z.B. bedürfte der Interpretation. Andererseits erfähre man gerne etwas über das Verhältnis von weiblichen zu männlichen ungelerten Arbeitern und deren anteilige Verwendung in Produktions- und Dienstleistungsbetrieben (102 bzw. 108). Branchenspezifische Überlegungen fehlen ganz.

Die wutschnaubende Auseinandersetzung mit dem Konzept des »weiblichen Arbeitsvermögens« von Elisabeth Beck-Gernsheim und Ilona Ostner (156-168) schießt für meine Begriffe weit übers Ziel hinaus. Es hätte der Hinweis genügt, daß dieses Konzept die weibliche Sozialisation und die spezielle weibliche Kultur nicht nur überbewertet, sondern in dieser Ausschließlichkeit den Mißbrauch dieses Konzeptes geradezu herausfordert — analog zur Auffassung der Arbeitswissenschaft von der Frau als »Zwei-Drittel-Mann« (177).

Wie tröstlich sind da die Ergebnisse von Geißler/Marißen (s.o.): »Es gibt Sektoren des sozialen Lebens, in denen die üblichen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern genau auf den Kopf gestellt sind: nicht die Frauen, sondern die Männer befinden sich in 'benachteiligter' Lage. Zu den von der Regel abweichenden Bereichen der Ungleichheit zwischen Männern und Frauen gehört auch die Bestrafung durch die Instanzen der Sozialkontrolle ... Es wird gezeigt, daß Frauen durch Kriminalität und Kriminalisierung in doppelter Weise 'privilegiert' und Männer in doppelter Weise 'benachteiligt' sind.« (Hervorhebungen im Original)

Wie, wenn da ein Zusammenhang bestünde? Sigurd v. Ingersleben (Berlin/West)

**Gehrke, Claudia (Hrsg.): Frauen und Pornografie.** Konkursbuch extra (216 S., DM 24,-)

Die von EMMA im Herbst 1987 neu angefachte Debatte über Pornografie beschäftigt inzwischen nicht nur unsere ParlamentarierInnen (die SPD-Bundestagsfraktion führte im September eine Anhörung »Pornografie — Hinsehen oder wegsehen?« durch), denn der von Alice Schwarzer angekündigte Entwurf eines »Gesetzes gegen Pornografie« liegt nunmehr auf dem Tisch des »Hohen Hauses«, auch auf dem Buchmarkt ist die Debatte mittlerweile angelangt. Angekündigt ist der Titel »Pornografie — Die Macht der Darstellung« aus dem Verlag Frauenoffensive. Den Anfang machte der Konkursbuchverlag mit der bereits im Frühjahr vorgelegten Aufsatzsammlung »Frauen und Pornografie«. Mittlerweile hat nun auch *Der Spiegel* bemerkt, daß sich mit diesem Buch Frauen zu Wort gemeldet haben, denen der Stil und die Zielrichtung der EMMA-Diskussion ganz und gar nicht paßt — Schwerpunkt des *Spiegel* 44 vom 31. Oktober 1988 »Lieben Frauen Porno?«. Wird die Diskussion nun wieder spannend — nachdem doch eigentlich schon alles gesagt wurde? Streiten sich nun die Frauen untereinander, und kommen die Männer damit aus ihrer dämlichen Zwangslage — entweder weinerliche Selbstankläger als ertappte Pornografen oder trotzige Vertei-

diger des »Rechts auf Pornografie« zu sein — endlich heraus? Spannend wird es auf jeden Fall! Mit Sicherheit aber auch differenzierter. Das so einfache Ja oder Nein wird nicht mehr weiterhelfen, man muß zukünftig wieder genauer hinsehen — im wahrsten Sinne des Wortes. Besichtigt werden können aber auch die gesellschaftlichen Verhältnisse, die mit Geld und Markt, mit Kapital und Macht zu tun haben, und die nicht auf den Geschlechtergegensatz reduziert werden können.

Es ist kein Zufall, daß die erste umfassende Antwort auf die EMMA-Kampagne gerade im Konkursbuchverlag der Claudia Gehrke erschienen ist. Vor allem mit ihren »Jahrbüchern der Erotik — Mein heimliches Auge« bewegt sie sich bereits seit 1982 in einer bislang kaum beachteten Subkultur anderer, künstlerischer Pornografie. Sie ist damit automatisch Partei in der von EMMA initiierten Debatte, ja sogar Betroffene, denn so manche Veröffentlichung ihres Verlages könnte nach dem geplanten Gesetz mit beträchtlichen Schadensersatzforderungen wegen »Diskriminierung von Frauen« überzogen werden.

Der Band »Frauen und Pornografie« geht das Thema von verschiedenen Seiten an. Im Mittelpunkt steht die Auseinandersetzung mit den Thesen der PorNo-Kampagne. Cora Stephan attackiert in einem gegenüber ihrem *Zeit*-Artikel leicht veränderten Text unerbittlich Andrea Dworkin und Alice Schwarzer: »Der unermüdliche Kampf gegen das, was Heterosexualität von lesbischer Liebe unterscheidet, ist der Diskurs hinter dem Diskurs über Pornografie« (64). Eine typische linksinterne Debatte protokollieren und resümieren Adrienne Goehler und Margret Hauch. Gerburg Treusch-Dieter stellt die gegenwärtige Debatte in die historische Entwicklung der feministischen Bewegung und kommt zu überaus nachdenklichen Schlußfolgerungen: »Evident wird diese Weiterführung [die fortschreitende Subsumierung der Kapitalismus-Kritik unter die Patriarchats-Kritik, Anm.d.Verf.] durch die Transformation der kulturfeministischen Parole: 'Feminismus ist die Theorie, Lesbischsein die Praxis'. Indem die Pornografie als Ersatz der einst mit der Kapitalismuskritik abgedankten feministischen Theorie auftritt, wird der Kulturfeminismus einerseits fortgeführt. (...) Gleichzeitig aber wird dort die Frauenidentifiziertheit, die sich als Alternative zum Opfer- und Objektstatus verstand, durch die Antipornokampagne in die Identifikation der Frau mit sich selbst als Opfer verkehrt. Wie es scheint, ist das Andere vor dem Spiegel aufgebraucht. Da dieses Opfer nur noch Reflex seines pornografischen Spiegelbildes ist.« (184)

Einen anderen Aspekt spricht Eva S. Poluda-Korte an. Als Psychoanalytikerin beschreibt sie anhand von Beispielen die verschlüsselten Botschaften von Onaniephantasien.

Die Auseinandersetzung mit den rechtlichen Aspekten der Debatte bleibt enttäuschend. Von Jutta Bahr-Jendges erfährt man nichts über die juristischen Implikationen des vorgeschlagenen Gesetzes. Ihre Schlußfolgerung, Pornografie sei schon allein deshalb gefährlich, weil sich viele Vergewaltiger vor Gericht auf deren animierende Wirkung beriefen, ist wohl zu kurzschlüssig. Welcher Täter wird diese Schutzbehauptung nicht — wenigstens zur Strafmilderung — vorbringen?

In dem Buch wird nicht nur über Pornografie geschrieben, es finden sich auch witzige und phantasiereiche Beispiele für erotische Literatur. Frederike Frei schreibt über Mösen und über Gegenstände in Mösen (schadensersatzpflichtig nach dem EMMA-Gesetz!). In der Spermastory von Cornelia Arnhod erfährt man, was einer Arzthelferin so alles passieren kann.

Diese Texte sind Beispiele für die immer wieder im Band geforderten »eigenen Texte und Bilder«, für die Notwendigkeit der Entwicklung einer »eigenen erotischen Kultur«. Claudia Gehrke spricht diese Forderung bereits in ihrem Vorwort an, das mehr ein eigener Beitrag als nur ein Überblick über die nachfolgenden Artikel ist. Sie beklagt das Versagen der

Linken: »Dafür ist die Sexualität ... sozusagen verquer allüberall präsent, im Gesprächs-Bla-Bla, in der therapeutischen Kultur und in jenen patriarchal-pornografischen Bilderwelten. Was nicht passierte mit besagter linker Liberalisierung war, daß wirklich erotische KULTUREN geschaffen wurden. Die Erotik überließ man i.A. dem großen Kapitalismus, der industriellen Pornosubkultur, den Illustriertenkonzernen.« (11) Wie diese mainstream-Pornografie dann in der Realität aussieht, beschreibt die Filmemacherin Ulrike Zimmermann in ihrem »Beitrag zu Entmystifizierung der Pornografie«: »Wenn versucht wird, dem Normalbürger perversen Sex nahezubringen, sieht das in etwa so aus: du bekommst einen Mann zu hören aus dem Off, er liest mit rheinländischem Einschlag einige Sade-Zitate, und dazu spielt ein Paar in verschiedenen Raumkonstellationen Szenen nach, die pervers sein sollen. Ein Mann, den du dir gut als Bankangestellten vorstellen kannst, und eine Frau, die du dir gut als bei der Krankenkasse beschäftigt vorstellen kannst, frei nach Psychopathia sexualis. Er liegt auf einem Tisch in einem abgedunkelten Raum an dem offensichtlich sonst gegessen wird und hat halbherzig angelegte Schnürchen an. Die Frau hat C&A highheels an und setzt halbherzig einen Fuß auf seine Brust. Dazu kommt aus dem Off: 'Der Masochist möchte gequält werden, besonders gerne von einer Frau in hochhackigen Schuhen.'« (125) So ist denn die Haupttendenz in der gegenwärtigen Pornografie nach Ulrike Zimmermann nicht die Gewalt (von Zerstückelung gar nicht zu reden) — das durchgängige Schema ist bestimmt von Biederkeit, patriarchalischem Gehabe und dem immer gleichen Ablauf — die Frau ist immer bereit und der Mann bringt immer — wenn auch oft unter größter Anstrengung — seine Leistung. Die Frau, aber auch der Mann werden so in ihrer Sexualität kariert. »Und trotzdem: wenn du viel guckst, findest du die scharfen Bilder, die sozusagen aus Versehen da drin sind und oft in dilettantischen Inszenierungen. Interessant ist, daß alle Frauen, die Pornoseherfahrung haben, den Vorgang ähnlich beschreiben. Es sind immer kurze Momente, die anturnen, die dich einfach innerhalb einer Sekunde geil machen ... Eine zweite Übereinstimmung war, daß nahezu alle Frauen das Gefühl hatten, daß diese Bilder 'aus Versehen' in den herkömmlichen Heteropornos waren.« (128/129) Der Anteil der Frauen, die Pornos konsumieren, steigt jedenfalls nach übereinstimmenden Aussagen der Anbieter. Beate Uhse sprach auf dem Hearing der SPD-Fraktion bereits von einem Anteil von 30 Prozent.

Die Suche nach eigenen Bildern kann aber nach Gehrke — entgegen der Ansicht der EMMA-Autorinnen — wiederum nicht in der Suche nach ursprünglichen eigenen Bildern bestehen, »denn jedes gefundene Bild läßt sich erneut in das patriarchale oder kapitalistische System integrieren. Es ist eine Teufelsspirale in Art einer unendlichen Selbstreinigung. Und als wahres Unentfremdetes bleibt zuletzt: NICHTS.« (16) Sie schlägt vor: »Diese abgelehnten Bilderfluten also zu unterlaufen, durch massenweise Produktion eigener erotischer Bilder, wäre eine Strategie. auch auf die Gefahr hin, erst einmal durch die bekannten Bilder hindurchzugehen. Und auch wenn es 'schlechte' Versuche geben wird.« (18/19) Diese Auseinandersetzung bedeutet aber auch Kampf gegen die übermächtige Pornoindustrie, gegen die Bundesprüfstelle und für eine völlig andere Vergabepaxis bei der Filmförderung, um den gegenwärtig nur in Subkulturen arbeitenden ProduzentInnen eine Chance zu geben. Damit wären wir aber wieder an der Frage nach Kapital und Macht in dieser Gesellschaft angelangt!

In »Frauen und Pornografie« schreiben nur Autorinnen. Dies kann aber nicht bedeuten, daß Männer dies alles nichts angeht. Nicht wenige fühlen sich durch die gewöhnlichen mainstream-Pornos ebenso gelangweilt, peinlich berührt und oft auch angewidert. Sie sind ebenso auf der Suche nach ihren »eigenen Bildern«. Wo sind aber die alternativen Filme-

macher und Verleger, die sich hier verdient machen könnten? Es bietet sich hier die Gelegenheit, die in der PorNo-Debatte eingenommene Igelstellung bzw. die Position des Kapitulanten aufzugeben und sich aktiv einzumischen. Es soll mir allerdings niemand sagen, er stehe erhaben über diesen Dingen. »Da sind mir die Frauen mit einer entschiedenen EMMA-Position fast lieber, als jene, die, ob weiblich oder männlich, aus dem Bereich der absoluten sexuellen Gesundheit zu stammen scheinen, was auch immer das sein mag: die Bilder- und Phantasielosigkeit bei Ausübung der Sexualität als etwas ganz Unentfremdetes, völlig Natürliches und eben absolut NORMALES — oder sind sie die geheimen Besitzer völlig neuer Bild- und Phantasiewelten? (Bitte verraten, Einladung folgt.)« (28)

Andreas Wehr (Berlin/West)

**Michalski, Bettina:** § 218. Die Reformruine. DVK-Verlag. Berlin/West 1988  
(117 S., br., 12,80 DM)

Am Anfang steht die Umkehrung der Verhältnisse: »Abtreibung — Frauensache? Zeugungszwang für Männer.« ist das erste Kapitel überschrieben, in dem Bettina Michalski vorführt, wie lächerlich und absurd Parolen über das »innerste Wesen der Vaterschaft« und die »Selbstaufopferung des Vaters« klingen würden, wieviel vertrauter dagegen das auf die Frau angewandte Original (11). Indem Schwangerschaft und Mutterschaft zum »innersten Wesen der Frau« erklärt werden, wird sie auf Teile ihrer Körperfunktionen reduziert. Wenn auch, so die Autorin, Männer die Frauen im Kampf gegen die »Apologeten der alten und neuen Mütterlichkeit« unterstützen, »liegt die größere Belastung im gesamten Bereich Verhütung — Schwangerschaft — Abtreibung« bei den Frauen.

Nach diesem überraschenden Einstieg ins Thema folgt ein kurzer historischer Abriss über die Zeit seit Einführung des § 218 im Jahre 1871. »Zu keiner Zeit hat die Strafbarkeit Frauen davon abhalten können, eine ungewollte Schwangerschaft abzubrechen«, lautet hier das Fazit, das auch den Reformgegnern von heute vorgehalten werden muß(17). Ein Abschnitt in diesem Kapitel ist der Reformdiskussion in den siebziger Jahren gewidmet, an deren Anfang die »Aktion 218« und die öffentliche Selbstbezeichnung von über 300 Frauen im *Stern* unter der Überschrift »Ich habe abgetrieben« stand und die 1976 mit der Verabschiedung des bis heute gültigen Indikationsmodells endete. Dazwischen eine breite, auch von den Gewerkschaften getragene Kampagne und in der SPD ein langwieriges Hin und Her zwischen der anfangs von SPD-Frauen und Jusos vertretenen Streichungsforderung, dem Indikationsmodell und der Fristenlösung, zu der die Partei sich schließlich durchrang, und die 1974 zum Gesetz wurde — bis zum Bundesverfassungsgerichtsurteil. An dieser Stelle (34) und ausführlicher noch in einem späteren Abschnitt (70ff.) setzt Bettina Michalski sich mit der Funktion der Beratung auseinander und kommt zu dem Ergebnis: »Die Beratung war also schon damals nicht als Hilfestellung gedacht, sondern als eine Instanz zur Durchsetzung des eigenen Zieles [Austragen der Schwangerschaft; Anm.d.Verf.]. Das Strafrecht hatte sich dafür als ungeeignet erwiesen; das bewiesen die Zahlen der illegalen, aber nicht gesetzlich verfolgten Abtreibungen. Also mußte ein Element dazwischen geschoben werden, das zumindest scheinbar auf die Frauen eingeht und damit zu höherer Akzeptanz und Einflußnahme führt. Wirklich nur scheinbar: Im Hintergrund lauerte auch weiterhin die Strafandrohung.« (72) Die Praxis seit der Reform ist unbefriedigend; quasi abgeschafft ist die Möglichkeit eines Abbruchs in Baden-Württemberg und Bayern. Wenn die Autorin den Memminger Prozeß auch nicht mehr einbeziehen konnte, so fehlte es auch bisher im Süden der BRD nicht an haarsträubenden Beispielen von Verurteilungen gegenüber abtreibenden Frauen (60ff.).

Besonders gelungen ist auch die Herausarbeitung der Ziele des seit Antritt der Rechtsregierung andauernden Angriffs gegen die Reform des § 218. Hier greifen ökonomische Interessen und gesellschaftspolitische Intentionen ineinander. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das Argument, der Angriff gelte dem in der Auseinandersetzung um den § 218, d. h. um die Frage der Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper und ihre Lebensgestaltung, herausgebildeten Selbstbewußtsein und den entwickelten Ansprüchen. Der § 218 ist als »stark emotionalisierende Frage« hervorragend dazu geeignet, auf »geistig-moralischem Gebiet« Einbrüche zu erzielen (51). Wichtigstes Ziel der Reformgegner ist die Notlagenindikation. Ihrer Logik entspricht das Akzeptieren von Schwangerschaft und Mutterschaft als Normalität, die gegenüber denjenigen Frauen durchgesetzt werden muß, die für sich das Recht auf eine eigene und ggf. eine andere Entscheidung in Anspruch nehmen. In der Konsequenz heißt das, nicht nur die häufige Inanspruchnahme der Notlagenindikation ist der Mißbrauch, den es zu bekämpfen gilt, sondern die Notlagenindikation selbst, da sie Ansätze für die Selbstbestimmung der Frau bietet (47ff.).

Im folgenden werden die inzwischen in die Praxis umgesetzten Maßnahmen des 1983 vorgelegten »Geißler-Papiers« (Erziehungsgeld, Stiftung Mutter und Kind) dargestellt und in ihrer Funktion bewertet wie der bisher nicht erfolgreiche Angriff auf die Finanzierung der Abtreibung durch die Krankenkassen. Der »Große Coup« der Bundesregierung gegen die Reform des § 218 soll das sogenannte »Schwangerenberatungsgesetz« sein, das das Ziel der Beratung »für das ungeborene Leben« festschreibt, ÄrztInnen und BeraterInnen eine jährliche »Fortbildung« auferlegt und weitere institutionelle und zeitliche Hürden für die Frauen einbaut. Die Folge: Die Zahl der gemeldeten Abbrüche wird zurückgehen, die Illegalität zunehmen mit hohen Kosten für die Frauen und den aus der Zeit der Weimarer Republik bekannten Konsequenzen für die Gesundheit der Frauen infolge korpufischer Eingriffe.

In einem der letzten Abschnitte werden Fragen angeschnitten, die sich im Zuge der Entwicklung der Reproduktionstechnologien neu stellen. »... wenn die Frau ungestraft bis zur Nidation ... abtreiben darf, wieso soll dann der Wissenschaftler — immer das Gemeinwohl im besorgten Blick — nicht bis zur gleichen Zeitgrenze an den Zellkulturen manipulieren dürfen?« Und: Ist es gerechtfertigt, angesichts der Gefahren dieser Technologien die Abtreibung einzuengen (85ff.)? Diesem Bereich wird auch die Frauenbewegung in Zukunft größere Aufmerksamkeit widmen müssen. Problematisiert wird abschließend die u. a. von Alice Schwarzer propagierte Verfassungsklage, da die Kräfteverhältnisse diesen Weg zur Zeit als nicht erfolgversprechend erscheinen lassen.

Es bleibt die Frage: »Was tun?« Die Autorin plädiert — anders als Herta Däubler-Gmelin und Renate Faerber-Husemann in ihrem Buch, die nicht über die Reform hinausgehen und damit letztlich auch ihre Grenzen und Mängel verteidigen — eindeutig für die ersatzlose Streichung des § 218; alle anderen Modelle enthielten Grauzonen, die in Abhängigkeit von den jeweiligen Kräfteverhältnissen gegen die Frauen ausgelegt werden könnten (80ff.). Und wie sieht der Weg zu diesem Ziel aus? Sinnvolle, von konkreten Problemen ausgehende Zwischenziele formulieren und gleichzeitig die Streichungsforderung »quasi als Dach« aufrecht erhalten. Trotz »zermürbender Kleinarbeit«: »Der Kampf gegen den § 218 aber kann für uns auch eine Chance bieten, gemeinsam für gemeinsame Rechte einzutreten, gemeinsam unsere Freude und Stärke in Auseinandersetzungen zu erleben und uns durch gemeinsame Erfolge zu ermutigen. Wer hindert uns?« (92) — Ein Dokumentenanhang und ein kommentiertes Literaturverzeichnis bilden den Abschluß des Buches, das für die laufenden und noch bevorstehenden Auseinandersetzungen um den § 218 wichtig ist.

Iris Neumann (Berlin/West)

## Über die Autorinnen und Autoren

*Albers, Detlev*, geb. 1943; Hochschullehrer an der Univ. Bremen, FB Arbeitslehre/Politik. Veröffentlichungen u.a.: *Versuch über Bauer und Gramsci* (1983); *Über Irsee hinaus* (Mithrsg., 1987); *Sozialismus im Westen* (1987). Mitglied in SPD und GEW, Vertreter der Bremer SPD in der Programmkommission beim Parteivorstand, Mitherausgeber der *spw*

*Gröning, Katharina*, geb. 1957; Erziehungswissenschaftlerin und Soziologin, Frauenbeauftragte in Maintal (Hessen). Mitglied in SPD, ÖTV und Pro-Familia

*Heidenreich, Frank*, geb. 1956; Doktorand. Wichtigste Veröffentlichung: *Arbeiterbildung und Kulturpolitik* (1983). Mitglied in SPD, GEW und SJD-Die Falken sowie *spw*-Redaktion

*Ingersleben, Sigurd von*, geb. 1944; Dr.phil., Soziologe, Publizist. Veröffentlichungen zu Wissenschafts- und Medizintheorie; Drehbücher, Rezensionen. Mitglied in SPD, ÖTV und *spw*-Redaktion

*Jansen, Mechtild*, geb. 1952; 1975 bis 1978 Vors. des SHB, 1978 Ausschluß aus der SPD, Mitglied der GEW und des Büros des »Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit«. Veröffentlichungen zu Fragen des demokratischen Kampfes, der Frauen- und der Friedensbewegung in der BRD

*Kisker, Klaus Peter*, geb. 1932; Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre/Politische Ökonomie an der FU Berlin. Veröffentlichungen u.a.: *Wirtschaftswunder Berlin?* (Mithrsg., 1987); *Multinationale Konzerne* (1982). Mitglied in SPD, GEW sowie Mithrsg. der *spw*

*Elisabeth Kiderlin*, geb. 1949; Redakteurin bei *Pflasterstrand* seit 1983, aktiv in der Frankfurter Frauenbewegung

*Langer, Ingrid*; Hochschullehrerin für Politikwissenschaften an der Univ. Marburg. Veröffentlichungen zu Sozialpolitik, Frauenpolitik, Familienpolitik. Mitglied in der SPD

*Miller, Susanne*, geb. 1915, freie Mitarbeiterin in Einrichtungen der politischen Bildung, Vorsitzende der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand. Veröffentlichungen: *Das Problem der Freiheit im Sozialismus* (1964); *Burgfrieden und Klassenkampf* (1974); *Die Bürde der Macht* (1978); *Lexikon des Sozialismus* (Mithrsg. 1986); *Kleine Geschichte der SPD* (zus. m. H.Pothhoff, 1988); *Lern- und Arbeitsbuch deutsche Arbeiterbewegung* (Mithrsg. 1988)

*Neumann, Iris*, geb. 1960; Dipl.-Soziologin. Mitglied in SPD, GEW und VVN sowie im Landesvorstand der Berliner Jusos

*Oelsner, Gerd*, geb. 1955; Sozialwissenschaftler, wiss. Mitarbeiter von Rudolf Dreßler im Deutschen Bundestag. Mitglied in SPD und ÖTV.

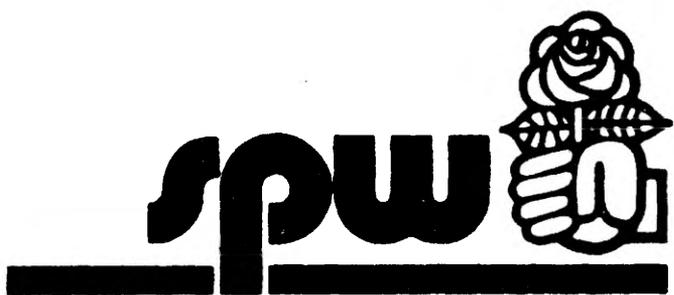
*Pisigin, Valerji*; Metallarbeiter, Leiter des »Bucharin-Clubs« in Naberezhnyje Tchelny, UdSSR

*Rojas, Raul*; Ökonom und Mathematiker, wiss. Mitarbeiter am FB für Informatik der TU Berlin. Veröffentlichungen u.a.: *Die Armut der Nationen* (Mithrsg. 1987)

*Sachs, Michael*, Sozialwissenschaftler im GEWOS — Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung; von 1978-86 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Mitglied in der SPD

*Schöler, Ulrich*, geb. 1953; Jurist, Doktorand. Mitglied in SPD und ÖTV

*Wehr, Andreas*, geb. 1954; Jurist. Mitglied im Fachausschuß I (Berlin, Deutschland, Internationales) des Landesvorstandes der Berliner SPD. Veröffentlichungen u.a.: *Herforder Thesen* (Mithrsg., 1980). Mitglied in SPD, HBV, AWO sowie in Redaktion und Geschäftsführung der *spw*



**Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft**

**Inhaltsverzeichnis  
11. Jahrgang 1988  
spw 39 bis 44**

**spw-Verlag Berlin/West**

---

**Herausgeber/Herausgeberinnen:** Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Jürgen Egert (Berlin-West), Katrin Fuchs (Verl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairlindach), Olaf Scholz (Hamburg), Kurt Wand (Hamburg), Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

**Ständige Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen:** Burchard Bösche (Frankfurt/M.), Arno Brandt (Hannover), Hillevi Burmester (Berlin-West), Peter Ellinghausen (Berlin-West), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

**Redaktion:** Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Sigurd von Ingersleben, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Hans Willi Weizen, Andreas Westphal

**Sekretariat:** Christina Hausberg

**Werbung:** Christian Hossbach

**Redaktion und Auslieferung:** Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61, Telefon (030) 694 49 42

**Verlag:** spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61  
Geschäftsführer: Michael Karnatz, Andreas Wehr, Andreas Westphal

ISSN 0170—4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1988.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Druck: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlag: Jürgen Holtfreter. — Auflage 1.-3. Tausend Dezember 1988.

Die *spw* erscheint 1988 in 6 Hefen mit einem Jahresumfang von 576 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,50 DM, in der Republik Österreich 70,- ÖS, in der Schweiz 9,- sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,50 DM zuzüglich Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 8,- DM (60,- ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift, einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 13 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 83 00 (BLZ 100 101 11)

Postgiroamt Berlin-West 109 974 —105 (BLZ 100 100 10)

	Heft/Seite
<b>Editorials und Verlagsmitteilungen</b>	
Editorial .....	39/ 3
Verlagsmitteilungen .....	39/ 4
Diskussionslinien der Zeitschrift <i>spw</i> .....	39/ 5
Editorial .....	40/ 99
Verlagsmitteilungen .....	40/100
Editorial .....	41/195
Verlagsmitteilungen .....	41/197
Editorial .....	42/294
Editorial .....	43/387
Editorial .....	44/483
Verlagsmitteilungen .....	44/484
<b>Ständige Rubrik</b>	
Bonner Tagebuch ( <i>U.Schöler</i> ) .....	40/101
Bonner Tagebuch ( <i>U.Schöler</i> ) .....	41/199
Bonner Tagebuch ( <i>U.Schöler</i> ) .....	42/294
Bonner Tagebuch ( <i>U.Schöler</i> ) .....	43/390
Bonner Tagebuch ( <i>U.Schöler</i> ) .....	44/485
<b>Aufsätze / Analysen / Kommentare</b>	
<i>Abendroth, Lisa</i> : Irrtum eingesehen. Zur Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses mit dem SDS .....	42/333
<i>Albers, Detlev</i> : Immer noch, nein, mehr denn je unterwegs — 125 Jahre SPD .....	40/133
<i>Albers, Detlev, und Uli Schöler</i> : Glasnost, Perestrojka und Neue Ökonomische Politik. Das Bucharin-Symposium in Wuppertal .....	44/503
<i>Arkenstette, Birgit, Barbara Dröscher, Doris Mölhenrich und Harald Wolf</i> : »Es gibt nichts Wahres im Falschen« (Adorno). Zur Strategiedebatte bei den Grünen .....	40/127
<i>Badekow, Helmut</i> : Mit der Kasse von Bord. Zur Vorgeschichte der Stahlkrise .....	39/ 19
<i>Becker, Johannes M.</i> : Frankreich im Zeitalter LePens .....	41/238
<i>Bimboes, Detlef</i> : Chemie in der Landwirtschaft — Alternativen werden sichtbar! .....	39/ 34
<i>Bimboes, Detlef, und Bernhard Brückner</i> : Umweltverträgliche Chemieproduktion — schwierig, langwierig, aber prinzipiell lösbar! .....	41/248
<i>Blume, Jürgen</i> : Glasnost und Perestrojka .....	42/354
<i>Bock, Ekkehard</i> : Neofaschismus und Antifaschismus in Bremerhaven .....	39/ 76
<i>Boschert, Bernhard, und Manuela Goos</i> : Sportliche Zeiten .....	43/425
<i>Boschert, Bernhard</i> : Sport im Kontext der Arbeitswelt. Zu Geschichte und Aktualität einer wichtigen Diskussion .....	43/437
<i>Brandt, Arno, und Ulrich Wolf</i> : Glasnost und Perestrojka in Hannovers SPD .....	41/259
<i>Brückner, Bernhard</i> : s.u. <i>Bimboes, Detlef</i>	
<i>Christ, Rainer</i> : Steinzeit? Parteiordnungsverfahren in Rheinhessen .....	39/ 48
<i>Dehm, Diether</i> : »Ein akzeptabler Mann?« Zu einem Buch über Brecht und die Frauen .....	41/222
<i>Demele, Ottwald</i> : Auf die neoklassische Logik eingelassen ... Zum »radikalen« Umverteilungsvorschlag von Lafontaine .....	40/103
<i>Dröscher, Barbara</i> : s.u. <i>Arkenstette, Birgit</i>	
<i>Dunkhorst, Stephan, Wolfgang Klever und Udo Klitzke</i> : Demokratische Gestaltung von Arbeit und Technik. »Maschinen- und Werkzeugbau 2000« bei VW .....	42/304

<i>Elfferding, Wieland</i> : Der Montesquieu des Sowjetsozialismus muß noch geboren werden. Zur 19. Parteikonferenz der KPdSU vom 28.6. bis 1.7.1988 .....	42/350
<i>Ewald, Thomas Ralf</i> : Zehn Jahre danach — Stamokap-Streit, SPD-Ausschlüsse und die Folgen .....	39/ 44
<i>Flackus, Jochen</i> : »Da werden nicht nur Atome gespalten«. Dokumentarfilm »Spaltprozesse« über die WAA in Wackersdorf .....	41/252
<i>Gluck, Hans</i> : Brauchen wir nachwachsende Rohstoffe? .....	43/465
<i>Goos, Manuela</i> : s.u. <i>Boschert, Bernhard</i>	
<i>Gröning, Katharina</i> : »Pornographie ist Kriegspropaganda gegen Frauen«. Zur Antipornographie-Kampagne der Zeitschrift EMMA .....	39/ 26
<i>Gröning, Katharina</i> : Bienenköniginnen-Syndrom und Frauenpower. Zur Arbeit kommunaler Gleichstellungsstellen .....	44/545
<i>Günther, Joachim</i> : »... wofür sie besonders schwärmt, wenn es wieder aufgewärmt« Wem nützt das sozialliberale Revival? .....	39/ 51
<i>Günther, Joachim</i> : Muß die Partei ins »Tempodrom«? Wolfgang Michals SPD-Kritik ..	40/178
<i>Haug, Wolfgang Fritz</i> : Die »aufgeklärte Aufklärung« im Bund mit den »unternehmenden Unternehmern«. Perspektiven einer regierungsfähigen Linken bei Peter Glotz .....	39/ 66
<i>Heidenreich, Frank</i> : Frauen und Macht im Arbeitersport. Über Geschlechterverhältnisse in einer proletarischen Massenorganisation vor 1933 .....	43/443
<i>Heidenreich, Frank</i> : Jenninger und die Normalität bürgerlichen Denkens im nachfaschistischen Deutschland .....	44/489
<i>Heise, Arne</i> : Was ist an Lafontaines Vorschlag »neoklassisch«? Replik auf O. Demele ..	42/331
<i>Hirschfeld, Uwe</i> : Zum Nutzen von Gramscis Intellektuellen-Theorie für politische Bildung	42/341
<i>Ingersleben, Sigurd von</i> : »Daß in den Kirchen gepredigt wird, macht deswegen die Blitzableiter auf ihnen nicht unnötig.« Anmerkungen zur linken AIDS-Diskussion .....	39/ 29
<i>Ingersleben, Sigurd von</i> : Einstürzende Neubauten. Betr. Betroffenheit — das Beispiel »konkret« .....	39/ 14
<i>Ingersleben, Sigurd von</i> : Stalin als historische Tatsache .....	40/121
<i>Ingersleben, Sigurd von</i> : Eine bodenlose Jugend. Aspekte der 68er Revolte .....	42/335
<i>Ingersleben, Sigurd von</i> : Boxen bei Brecht .....	43/453
<i>Jansen, Mechtild</i> : Zur Strategie der Frauenbewegung .....	41/207
<i>Jansen, Mechtild</i> : Assoziationen zur Lage der Frauenbewegung .....	44/522
<i>Karnatz, Michael</i> : Vom Zeitgeist in harten Zeiten .....	39/ 9
<i>Karnatz, Michael</i> : Sozialismus in einer Klasse .....	40/108
<i>Katborg, Kennie, und Lars Olsen</i> : Erfolge der marxistischen Linken in Dänemark ...	41/232
<i>Kebir, Sabine</i> : Ist das Volk -tümlich? Bertolt Brecht zu Volkstümelei und Volkstümlichkeit	43/450
<i>Kiderlin, Elisabeth</i> : Der neue Streit um den Paragraphen 218 .....	44/526
<i>Klaus, Horst</i> : Reformperspektiven aus gewerkschaftlicher Sicht. Referat auf dem Treffen des »Frankfurter Kreises« in Oer-Erkenschwick am 26.3.1988 .....	41/268
<i>Klein, Peter</i> : Sport als kommunale Pflichtaufgabe? Grundsatzgedanken zur kommunalen Sportpolitik der SPD .....	43/414
<i>Klever, Wolfgang</i> : s.u. <i>Dunkhorst, Stephan</i>	
<i>Klitze, Udo</i> : s.u. <i>Dunkhorst, Stephan</i>	
<i>Kohler, Mathias</i> : Bei der Verteidigung hören die Grundrechte auf. Bundesverfassungsgericht weist Beschwerde gegen die Lagerung chemischer Kampfstoffe zurück .....	41/225
<i>Krüger, Stephan</i> : Wider den wirtschaftspolitischen Defätismus. Bemerkungen zur Lafontaine-Debatte und zu den Spielräumen alternativer Wirtschaftspolitik .....	43/398

<i>Lang, Klaus</i> : Das »Wie« und »Was« der Produktion beeinflussen. Neue Begründungen und Inhalte gewerkschaftlicher Tarifpolitik .....	42/317
<i>Langer, Ingrid</i> : Familien- und Frauenpolitik heute. Frauen — das empfindliche Gelenk der Familie .....	44/533
<i>Lehnert, Detlef</i> : Sozialstruktur und Mehrheitsfähigkeit. Oder: warum die historischen Konjunkturen des »Genossen Trend«: begrenzt blieben .....	40/146
<i>Machnig, Matthias</i> : »Es brennt an der Ruhr ...!« .....	39/ 22
<i>Mappes-Niediek, Norbert</i> : Welcher Weg zur Macht? .....	42/324
<i>Miller, Susanne</i> : Sozialdemokratie und die deutsche Revolution 1918/19 .....	44/497
<i>Möhlenrich, Doris</i> : s.u. <i>Arkenstette, Birgit</i>	
<i>Naumann, Klaus</i> : Sweet smell of success. Tendenzen und Grenzen einer »Modernisierung« der Union .....	39/ 59
<i>Neumann, Kurt, und Andreas Wehr</i> : Thesen zu Massenarbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung .....	41/276
<i>Oelsner, Gerd</i> : SPD-Parteitag Münster: Aufwertung der Betriebsarbeit .....	44/493
<i>Olsen, Lars</i> : s.u. <i>Katburg, Kennie</i>	
<i>Pausch-Gruber, Uschi</i> : Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren. CDU-Frauenpolitik als Teil der Kulturrevolution von oben .....	41/202
<i>Pelinka, Peter</i> : »prima causa« Waldheim .....	41/240
<i>Pfarr, Heide M.</i> : Chancen und Gefahren für eine solidarische Tarifpolitik. Tarifpolitik und Arbeitsverhältnis — Kollektive Normsetzung und individuelle Gestaltungsfreiheit ....	42/311
<i>Pisigin, Valerij</i> : Warum brauchen wir die politische Rehabilitierung Bucharins? .....	44/509
<i>Riester, Walter</i> : Strukturwandel und Qualifizierung. Konzepte der IG Metall .....	42/308
<i>Rojas, Raul</i> : Im Jahre Sechs der Schuldenkrise. Jahrestagung des IWF und Weltbank ..	44/555
<i>Sachs, Michael</i> : »Ja, in St. Pauli, Hamburg-Altona«: .....	44/491
<i>Schilde, Kurt</i> : Allerhöchstens Pfennige. Zwangsarbeit im deutschen Faschismus. Ein Literaturbericht .....	43/457
<i>Schleifstein, Josef</i> : 125 Jahre SPD. Traditionslinien in der Sozialdemokratie .....	40/137
<i>Schneider, Kerstin</i> : Strategien und Perspektiven Le Pens. »Ich kann als einziger die Franzosen noch zum Träumen bringen« .....	39/ 80
<i>Schöler, Uli</i> : Demokratische Massenpartei — »Bürokratischer Zentralismus« — Parlamentarisierung. Über die Bedeutung von Organisationsfragen in der Geschichte der Sozialdemokratie .....	40/168
<i>Schöler, Uli</i> : s.u. <i>Albers, Detlev</i>	
<i>Vogel, Ursula</i> : Kunst und Politik oder Bertolt Brecht und die Erklärung der Welt. Zu Werner Mittenzweis Brecht Biographie .....	41/216
<i>Wehr, Andreas</i> : Marsch zurück! Anmerkungen zum Seeheimer Beitrag zur Programmdiskussion .....	39/ 53
<i>Wehr, Andreas</i> : s.u. <i>Neumann, Kurt</i>	
<i>Weinzen, Hans Willi</i> : Keine Stadt wie jede andere. Zur Programmebatte der Sozialdemokratie über Berlin-Perspektiven .....	39/ 39
<i>Weitzenegger, Karsten</i> : Falscher Schritt in die richtige Richtung. COCOM-Sanktionen gegen Südafrika .....	42/361
<i>Wickert, Christl</i> : Von der »Gleichheit« zur »Frauenwelt«. SPD-Frauenpolitik vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik .....	40/153
<i>Wolf, Frieder Otto</i> : Ein sozialdemokratisches Jahrhundert? .....	40/142
<i>Wolf, Harald</i> : s.u. <i>Arkenstette, Birgit</i>	

<i>Wolf, Klaus-Peter</i> : Die Zukunftsdiskussion der IG Metall .....	42/299
<i>Wolf, Ulrich</i> : s.u. <i>Brandt, Arno</i>	
<i>Zellner, Wolfgang</i> : Globale Probleme und neues Denken .....	40/112
<i>Zimmer, Jochen</i> : Ein Archiv der Umweltgeschichte gegründet .....	39/ 36
<i>Zimmer, Jochen</i> : Sport und Umwelt — zwei linke Stiefel? .....	43/417

### Berichte

<i>Blume, Jürgen</i> : Krisen der Arbeiterbewegung. Forum der Historischen Kommission am 3./4.3.1988 in Bonn: »Gesellschaftlicher Wandel — soziale Demokratie — 125 Jahre SPD« .....	40/165
<i>Brücker, Eva</i> : Basis, Dschungel, Dogma. 4. Geschichtsfest in Hannover .....	42/379
<i>Buttgereit, Monika</i> : Kurswende? Bericht vom Bundesparteitag der SPD .....	43/393
<i>Dehm, Diether</i> : Es ging um mehr als die Frau. Die Linke in Hessen-Süd hatte zu kämpfen verlernt .....	42/372
<i>Heidenreich, Frank</i> : 2. Tagung der linken europäischen Zeitschriften in Wien .....	42/381
<i>Kremer Uwe, und Ulrike Loida</i> : Bundeskongreß 88: Comeback der Jusos? .....	42/364
<i>Kisker, Klaus Peter, und Andrea Wehr</i> : De IG Metall in der Offensive. Internationaler Zukunftskongreß der IG Metall vom 27.-29.10.1988 in Frankfurt/M. ....	44/514
<i>Lienker, Heinrich</i> : Generationswechsel und Feminisierung. Bezirksparteitag der SPD in Ostwestfalen-Lippe am 11./12.6.1988 .....	42/374
<i>Loewe, Werner</i> : Die Hamburger SPD hat Traute. Bezirksparteitag der SPD in Hamburg am 25.6.1988 .....	42/370
<i>Loida, Ulrike</i> : s.u. <i>Kremer, Uwe</i>	
<i>Pelinka, Peter</i> : Auf dem Weg zur progressiven Institution. Zweite Sommerwerkstatt Steyr .....	43/396
<i>Scholz, Dieter, und Siegfried Stirba</i> : Ökos und Arbeiter — geht das zusammen? IG Metall-Fachkonferenz, 21./22.1.1988 in Frankfurt: »Wege aus der Bedrohung — Umweltpolitik zwischen Reparatur und realer Utopie« .....	40/125
<i>Seidel, Brigitta</i> : Ein Kapitel Parteigeschichte. August Bebel — Ausstellung in der Berliner Staatsbibliothek 1988 .....	40/163
<i>Stirba, Siegfried</i> : s.u. <i>Scholz, Dieter</i>	
<i>Wehr, Andreas</i> : s.u. <i>Kisker, Klaus Peter</i>	
<i>Windmann, Jörg</i> : Neuere Entwicklungen der Produktivkräfte. Bericht von einer Arbeitstagung des <i>spw</i> -Beirats .....	41/245

### Archiv und Dokumentation

<i>Programmkommission der SPD Hessen-Süd</i> : Sozialdemokratische Kulturarbeit — Alternativentwurf zum Kulturteil von Irsee (1988) .....	39/ 58
<i>Rosa Luxemburg</i> : Nach 50 Jahren (1913) .....	40/181
<i>Programmkommission des SPD-Landesverbandes Berlin</i> : Europäische Gemeinschaft — Europäischer Friede — Deutschland und Berlin (1988) .....	41/254
»Linke in den Grünen«: Langweilige Bekenntnisse zu einer illusionslosen Bestandsaufnahme. Zur Situation und Strategie der Grünen (1988) .....	43/404

### Interview

»... die tragenden Säulen dieses neokonservativen Denkgebäudes sind zusammengebrochen« (Interview mit Peter Glotz) .....	39/ 88
--	--------

**Reaktionen**

*Peter, Horst*: Betrifft: Vorschläge zur Parteireform(U.Schöler: Demokratische Massenpartei — »Bürokratischer Zentralismus« — Parlamentarisierung, in: *spw* 40, S.168ff) .. 42/377  
*Ronnger, Hans-Ulrich*: Populäre Themen »wissenschaftlich« aufbereitet ..... 44/560

**Besprechungen**

*Baethge, Martin, u.a.*: Zukunft der Angestellten. Neue Technologien und berufliche Perspektiven in Büro und Verwaltung (*Paul Schlüter*) ..... 42/382  
*Buschak, Willy*: Das Londoner Büro. Europäische Linkssozialisten in der Zwischenkriegszeit (*Uli Schöler*) ..... 40/187  
*Duerr, Hans Peter*: Nacktheit und Scham. Der Mythos vom Zivilisationsprozeß (*Ursula Vogel*) ..... 43/476  
*Feit, Margret*: Die »Neue Rechte« in der Bundesrepublik (*Hartmut Reese*) ..... 39/ 94  
*Fichter, Tilman*: SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei (*Sigurd von Ingersleben*) ..... 43/472  
*Fiedler, Angela, und Ulla Regenhart*: Das Arbeitseinkommen der Frauen. Analysen zur Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt (*Sigurd von Ingersleben*) ..... 44/561  
*Fischer, Benno*: Theoriediskussion der SPD in der Weimarer Republik (*Uli Schöler*) .. 40/187  
*Foitzik, Jan*: Zwischen den Fronten. Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils (*Uli Schöler*) ..... 40/187  
*Gehrke, Claudia (Hrsg.)*: Frauen und Pornografie (*Andreas Wehr*) ..... 44/563  
*Gorbatschow, Michael*: Perestrojka. Die zweite russische Revolution (*Jürgen Blume*) . 42/354  
*Guthke, Karl S.*: Traven. Biographie eines Rätsels (*Sigurd von Ingersleben*) ..... 41/284  
*Hortleder, Gerd, und Gunter Gebauer (Hrsg.)*: Sport — Eros — Tod (*Bernhard Boschert*) ..... 43/470  
*Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.)*: Interdisziplinäre Jugendforschung. Fragestellungen, Problemlagen, Neuorientierungen (*Rainer Bäcker*) ..... 41/280  
*Huber, Maria, und Christian Schmidt-Häuser*: Rußlands zweite Revolution: Chancen und Risiken der Reformpolitik Gorbatschows (*Jürgen Blume*) ..... 42/354  
*Kebir, Sabine*: Ein akzeptabler Mann? Streit um Bertolt Brechts Partnerbeziehungen (*Sigurd von Ingersleben*) ..... 41/222  
*Merkel, Wolfgang, und Bernhard Oldigs*: Morgen rot. 80 Jahre Bremer Arbeiterjugendbewegung. 40 Jahre Landesjugendring (*Hans-Gerd Hofschien*) ..... 41/281  
*Michal, Wolfgang*: Die SPD — staatstreu und jugendfrei (*Joachim Günther*) ..... 40/178  
*Michalski, Bettina*: § 218. Die Reformruine (*Iris Neumann*) ..... 44/566  
*Mittenzwei, Werner*: Das Leben des Bertolt Brecht (*Ursula Vogel*) ..... 41/216  
*Schöler, Uli*: Otto Bauer und Sowjetrußland (*Frank Heidenreich*) ..... 40/185  
*Wickert, Christl*: Unsere Erwählten. Sozialdemokratische Frauen im Deutschen Reichstag und im Preußischen Landtag 1919-1933 (*Uli Schöler*) ..... 40/187

# Blätter für deutsche und internationale Politik

Die auflagenstärkste und meistabbonnierte politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift in deutscher Sprache. Sie bietet Analysen, Meinungen, Dokumente, Chroniken. Unentbehrlich in den aktuellen Auseinandersetzungen um Alternativen und Weichenstellungen für die 90er Jahre.

## *Themen der letzten Hefte u. a.:*

Mythen und Realitäten des Münchener Abkommens · Der deutsch-amerikanische Dauerstreit über die atomare Verfügungsgewalt · Gläserne Bürger für einen undurchsichtigen Staat · Aspekte der Historikerdebatte: die Entsorgung der NS-Vergangenheit · Testfall Golf · Die Grünen: Eine linksradikale Partei der Mitte? · Eiszeit auf dem Arbeitsmarkt · Politik mit und gegen AIDS · Wege zur Aussöhnung mit der Sowjetunion · Zukunftsszenarien der Gewerkschaften · Frontstaatsdämmerung · Der Fall Barbarossa: Es geschah Schlimmeres, als wir wissen wollen · Streit um die NATO-Strategie · 40 Jahre Bundesrepublik: Anstöße zur Bewältigung einer „Erfolgsgeschichte“ · SPD/SED: Kultur des politischen Streits · Der Reaganismus ist ausge-reizt · Die deutsche Bevölkerung und die „Reichskristallnacht“ · Ozonloch und Klimabeeinflussung · Bonn-Paris: Der Erbfeind als Ersatzfreund · Amerikanisch-sowjetische Annäherung und regionale Konflikte · Stalinismus als politisches System

## *In den letzten Heften geschrieben u. a.*

Elmar Altvater · Egon Bahr · Ulrich Beck · Angelika Beer · Karl Bonhoeffer · Andreas von Bülow · Frank Deppe · Hans-Peter Dürr · Valentin Falin · Olaf Feldmann · Iring Fetscher · Georg Fülberth · Katrin Fuchs · Heinz Galinski · Diethelm Gohl · Wilhelm Hankel · Heinrich Hannover · Selig S. Harrison · Mechtild Jansen · Walter Jens · Hubert Kleinert · Arno Klönne · Verena Krieger · Reinhard Kühnl · Annette Kuhn · Dieter S. Lutz · Alfred Mechttersheimer · Meinhard Miegel · Hans Mommsen · Bahman Nirumand · Helmut Ridder · Karin Roth · Karl Heinz Roth · Sergej Salygin · Kurt Scharf · Hermann Scheer · Walter Schütze · Susanne Schunter-Kleemann · Hermann Otto Solms · Christian Streit · Bernd-Jürgen Wendt · Karl-Georg Zinn

Schreiben Sie uns oder rufen Sie an.

Wir schicken Ihnen kostenlos und unverbindlich ein Probeheft zu.

„Blätter“-Service für Leserinnen und Leser,  
Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon (02 21) 3 60 02 38

# Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

---

*Zeitschrift für Demokratie und Sozialismus*

Herausgeber:

Holger Börner · Walter Dirks · Eugen Kogon f · Johannes Rau  
Heinz O. Vetter · Hans-Jochen Vogel · Herbert Wehner

Schwerpunktthema des November-Heftes:

**Modernisierung und Traditionalismus –  
oder Lafontaine und kein Ende?**

mit Beiträgen von

**Peter Glotz · Ingomar Hauchler · Bernd Hey  
Uwe Jens · Jürgen Kromphardt  
Wolfgang Nairstedt · Jürgen P. Rinderspacher**

**Janko Pieterski:**

Der Sozialismus und die Völker

**Ferdinand W. Menne:**

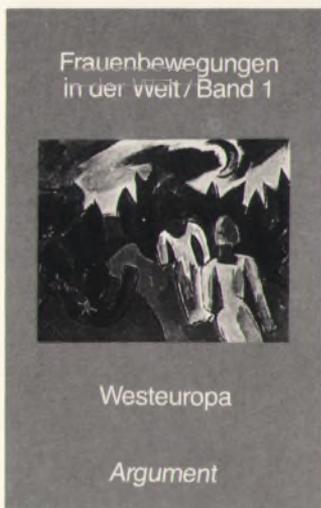
Die Untergeher der Abschreibungsgesellschaft.  
Widerworte

**DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE** erscheint monatlich,  
kostet im Jahresabonnement DM 66.– zuzüglich Versandkosten.

Abonnements und Probehefte:

Redaktion **DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE**  
Postfach 20 13 52, 5300 Bonn 2

# Frauenbewegungen in der Welt



## **Band 1: Westeuropa**

Hg.: *Autonome Frauenredaktion*

Anfang der siebziger Jahre erhoben sich die Frauen in der ganzen Welt. Sie durchbrachen die Grenzen des Schicklichen und Normalen und wurden unüberhörbar öffentlich. Kein Bereich, der vom neuen Feminismus nicht respektlos durchquert wurde.

Die geplante vierbändige Enzyklopädie soll Auskunft geben über die Geschichte und Gegenwart der Frauenbewegungen in der Welt, über ihre Ziele und Bündnisse, über das Verhältnis zu anderen politischen Gruppen und gegenüber dem Staat. Die Autorinnen analysieren die verschiedenen Strömungen innerhalb der jeweiligen Frauenbewegung und berichten

von der Entstehung von Frauenkultur und Frauensolidarität. Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der weltweiten Frauenkämpfe werden so erkennbar.

Der erste Band enthält Beiträge aus England (M. Barrett, L. Segal), Irland (E. Mahon), Finnland (S. Bergman, V. Vehkakoski), Schweden (A. Peterson), Dänemark (D. M. Søndergaard), Norwegen (R. Haukaa), Belgien (V. Degraef), Frankreich (L. Blanquart, D. Léger, C. Rogerat), Spanien (M. Threlfall), Portugal (T. Sá E Malo), Italien (R. Rossanda, Y. Ergas), Griechenland (E. Stamiris), Österreich (E. Fischer), der BRD (F. Haug), den Niederlanden (B. Rang) und der Schweiz (V. Hinn).  
AS 150, 176 S.

In Vorbereitung:

Frauenbewegungen in der Welt

Band 2: »Dritte Welt«, AS 170

Band 3: Sozialistische Länder, AS 176

Band 4: Außereuropäische kapitalistische Länder, AS 181

Je Band DM 18,50/15,50 für Studierende. Bei Subskription aller vier Bände je Band DM 13,50

## **Argument**

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

**30 Jahre Argument**